

**Runder Tisch**  
**„Interkommunales Gewerbegebiet**  
**Hechingen-Bodelshausen“**

*Evaluation des Projektes*

Irene Roch\*

**Nr. 142 / April 2000**

**Arbeitsbericht**

ISBN 3-932013-80-8

ISSN 0945-9553

---

\* Dipl.-Psych. Irene Roch, Fürstenbergstr. 23, 80809 München, Tel. 089 / 308 6929

***Akademie für Technikfolgenabschätzung  
in Baden-Württemberg***

Industriestr. 5, 70565 Stuttgart  
Tel.: 0711 • 9063-0, Fax: 0711 • 9063-299  
E-Mail: [info@ta-akademie.de](mailto:info@ta-akademie.de)  
<http://www.ta-akademie.de>

Die *Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg* gibt in loser Folge Aufsätze und Vorträge von Mitarbeitern sowie ausgewählte Zwischen- und Abschlussberichte von durchgeführten Forschungsprojekten als *Arbeitsberichte der Akademie* heraus. Diese Reihe hat das Ziel, der jeweils interessierten Fachöffentlichkeit und dem breiten Publikum Gelegenheit zu kritischer Würdigung und Begleitung der Arbeit der Akademie zu geben. Anregungen und Kommentare zu den publizierten Arbeiten sind deshalb jederzeit willkommen.

## Vorwort

Seit der Rio-Deklaration von 1992 dokumentieren eine Vielzahl von Forschungsvorhaben, Projekten und Veranstaltungen das Bemühen, die Ziele einer Nachhaltigen Entwicklung in der Stadt- und Siedlungspolitik zu verwirklichen.

Konkretisierung und Umsetzung dieses Leitbildes waren und sind Themen internationaler Konferenzen wie z. B. Habitat II oder des im Jahr 2000 stattfindenden Städtebaukongresses Urban 21. Nationale Wettbewerbe wie "Regionen der Zukunft" und "Städte der Zukunft" sowie die in mittlerweile zahlreichen Kommunen begonnenen Agenda 21-Prozesse belegen die andauernde Aktualität des Themas. Programmatische Aussagen und projektorientierte Umsetzung in Modellvorhaben prägen die Lern- und Spannungsfelder einer nachhaltigen Zukunftsgestaltung.

Haushälterische Bodenpolitik, ökologisch orientiertes Flächenmanagement, umweltverträgliche Verkehrsgestaltung, eine vorsorgende Umweltpolitik bei allen Bau- und Sanierungsvorhaben stellen dabei wichtige Handlungsfelder dar. Die jüngste Studie der Enquete-Kommission "Schutz des Menschen und der Umwelt" erhebt unter anderem die Forderung nach einem Einfrieren unseres weiteren Flächenverbrauchs auf die 10%-ige Rate des Verbrauchs zwischen 1993 und 1995. Zunehmender Nutzungsdruck auf die Flächen, die Verschärfung interkommunaler und regionaler Konkurrenz angesichts international agierender Unternehmen und steigende Wohnraum- und Erholungsansprüche zwingen die Kommunen immer mehr zu Problemlösungen über die Gemeindegrenzen hinweg. Das neue Schlagwort heißt Kooperation – Kooperation zwischen einzelnen Kommunen, zwischen Kernstadt und Umland, in Städtenetzen bis hin zu transnationalen Projekten über die Landesgrenzen hinweg.

Um eine bessere Umsetzung der Ressourcennutzung zu erreichen, fordert die Enquete-Kommission, Leitbilder, Ziele, Instrumente und Maßnahmen stärker aufeinander zu beziehen. Auch die Frage nach dem richtigen Instrumenteneinsatz und -mix steht im Mittelpunkt der Diskussionen. Dabei geht es in der Frage der Siedlungs- und Verkehrspolitik einerseits darum, steuernd und begrenzend auf die nach wie vor hohe Flächeninanspruchnahme einzuwirken, und andererseits auch die Möglichkeit zu bieten, Zielkonflikte zu bearbeiten und umsetzungsorientierte Konzepte zu erstellen. Die Rolle von ökonomischen Instrumenten rückt dabei ebenso ins Blickfeld wie die Frage nach der Wirksamkeit von Instrumenten der Kommunikation und Kooperation, bei denen die Akteure Politik, Verwaltung, Investoren, Verbände und Bürger einbezogen werden.

In diesem Spannungsfeld von Globalisierung und Regionalisierung, ökonomischen imperativen und kooperativen Lösungen bewegt sich auch das hier beschriebene, vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Projekt "Nachhaltige Entwicklung für Deutschland - Ansätze im Handlungsfeld 'Bauen und Wohnen'".

Ziel dieses Projektes ist es, wesentliche Themenfelder für einen nachhaltigeren Umgang mit Siedlungsflächen (insbesondere mit Gewerbeflächen) in Stadt und Region zu identifizieren und dabei besonderes Augenmerk auf die Kooperation der verschiedenen Akteure zu legen. Ins Blickfeld rückt dabei der gesamte Planungs-, Bau- und Umnutzungsprozess in Gewerbe- und Industriegebieten. Untersucht werden Strategien eines nachhaltigen Flächen-, Stoffstrom- und Bestandsmanagements sowie die Frage nach Möglichkeiten, gestalterische Ansprüche an Architektur, Städtebau, Freiraum- und Landschaftsplanung einzulösen.

Ein Auftaktworkshop<sup>1</sup> befaßte sich mit den organisatorischen Voraussetzungen und Umsetzungsbedingungen neuer Kooperationen zwischen den beteiligten Akteuren. Die Teilnehmer des Workshops setzten sich dabei mit der Frage nach zentralen Handlungsfeldern, nach Handlungsmöglichkeiten und -spielräumen der einzelnen Akteure und nach dem geeigneten Einsatz von Instrumenten, v.a. der "weichen" Instrumente der Kommunikation und Kooperation, auseinander.

Zwei Handlungsfelder, in denen eine stärkere Kommunikation gefordert ist, stellten sich als wesentlich heraus:

Die Wiedernutzung von Brachflächen: Mangelnde Kommunikation unter den betroffenen Akteuren führt dazu, daß Brachflächen nur schleppend in den planerischen Prozeß wieder aufgenommen werden, sei es aus Mangel an potentiellen Investoren, sei es, um mögliche Konflikte zu vermeiden, z. B. bei der Frage nach der Behandlung von Altlasten, nach der Nachnutzung bestehender Gebäude oder nach einem sozialverträglichen Umgang mit Bewohnern dieser Flächen, sofern diese bei einer neuen städtebaulichen Konzeption umgesiedelt werden müßten. Dies führt dazu, daß neue Investoren nur schwer zu finden sind. Eine Wiederverwertung gemäß deren Zeitvorstellungen ist kaum leistbar. Außerdem kann das Belassen von Brachflächen ohne sanierende und gestaltende Eingriffe zu einem Imageverlust des Quartiers und angrenzender Stadtteile beitragen. Dies erschwert erneut ihre Wiederverwertung.

Die interkommunale Kooperation zur Neuausweisung von Gewerbegebieten: Durch die Vergrößerung des Aktionsradius von Unternehmen über die einzelne Gemeindegrenze hinaus ist die zwischengemeindliche Konkurrenz um Standorte und Unternehmen so groß geworden, daß sich Alleingänge bei der Ausweisung von neuen Gewerbegebieten immer weniger lohnen. Vor allem die Regionalplanung drängt aus diesem Grund und um weitere Flächeninanspruchnahmen auf infrastrukturell günstige Standorte zu lenken, verstärkt auf interkommunale Kooperationen zu regional bedeutsamen Entwicklungsschwerpunkten für Industrie

---

<sup>1</sup> Langer, Kerstin (1998): Organisatorische Voraussetzungen und Umsetzungsbedingungen für eine nachhaltigere Gestaltung von Gewerbe- und Industriegebieten. - Workshop-Dokumentation. Arbeitsbericht der Akademie für Technikfolgenabschätzung, Nr. 109

und Gewerbe. Auch wenn das Kooperationsprinzip von den betroffenen Akteuren befürwortet wird, bestehen noch viele Widerstände, sich auf kooperative Projekte einzulassen, z. B. wegen Bedenken, politische Entscheidungskompetenzen zu verlieren oder auf eigene Entwicklungspotentiale oder Einnahmen aus gewerblichen Ansiedlungen verzichten zu müssen.

Vor diesem Hintergrund war unser Projekt zweigleisig angelegt:

Zum einen analysierten wir Fallstudien zu Projekten der Wiedernutzung von Brachflächen und zu interkommunalen Kooperationen. Diese Fallstudien vermitteln einen Eindruck über die Ausgangslage der Projekte, das zugrundeliegende Konzept der Wiedernutzung oder des interkommunalen Gewerbegebietes, die Projektereignisse, Akteure, Organisationsformen und Erfahrungen mit verschiedenen Instrumenten. Diese Analyse erlaubt praxisnahe Rückschlüsse auf die Erfolgsbedingungen gelungener Wiedernutzungen oder interkommunaler Kooperationen.

Zum zweiten wurden parallel zu den Fallstudien mittels eines Pilotprojektes Chancen und Grenzen innovativer und kooperativer Planungsansätze bei der interkommunalen Ausweisung von Gewerbegebieten ausgelotet.

Der vorliegende Bericht dokumentiert die Evaluation dieses Pilotprojektes, das als Mediationsverfahren konzipiert war, um die entstandenen Konflikte mit der ansässigen Bevölkerung um die Neuausweisung eines interkommunalen Gewerbegebietes zu schlichten. Im Mittelpunkt der Interviews stand die Frage nach den Erwartungen und Befürchtungen der Akteure in diesem Verfahren, nach der Beurteilung der Prozeßgestaltung und der Verwendbarkeit der Arbeit für den formalen Entscheidungsprozeß. Angesprochen ist darin auch das Thema Vertrauen gegenüber dem durchführenden und moderierenden Team sowie den verschiedenen Akteuren am Runden Tisch.<sup>2</sup>

Diese Evaluation soll einen konstruktiven Beitrag zu einer praxisnahen Umsetzung nachhaltiger Konzepte in der Stadt- und Regionalplanung leisten. Dabei geht es nicht um außergewöhnliche Modellvorhaben, sondern vielmehr um Möglichkeiten und Chancen einer ökologisch orientierten Siedlungspolitik im planerischen und vollziehenden Alltag.

Ortwin Renn, Kerstin Langer

---

<sup>2</sup> Weitere Ergebnisse des Gesamtprojektes sind veröffentlicht in: Langer, K.; Renn, O. (2000): Kooperative Planungsansätze in der interkommunalen Zusammenarbeit – Konfliktschlichtung am Runden Tisch? (Arbeitsbericht Nr. 116), Kahnert, R.; Rudowsky, K. (1999): Interkommunales Gewerbegebiete: Eine Dokumentation von Fallbeispielen (Arbeitsbericht Nr. 143) und Kahnert, R.; Rudowsky, K. (1999): Wiedernutzung von Brachflächen: Eine Dokumentation von Fallbeispielen (Arbeitsbericht Nr. 144).

# Inhaltsverzeichnis

<b>1 Ziele und Fragestellungen der Studie</b> .....	1
<b>2 Methodisches Vorgehen</b> .....	3
2.1 Qualitativ-inhaltsanalytischer Ansatz.....	3
2.2 Datenerhebung.....	4
2.3 Auswertung.....	5
2.4 Art der Darstellung im Bericht und Lesehilfen .....	7
<b>3 Kontext und Ausgangslage des Runden Tisches</b> .....	9
3.1 Planerischer Entscheidungskontext und Anlass des Konfliktes .....	9
3.2 Problemthematisierung.....	13
3.3 Initiierung des Runden Tisches .....	14
3.4 Akteure und deren in Vorgesprächen geäußerte Interessen.....	16
3.5 Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Runden Tisch .....	19
<b>4 Bewertung der Ergebnisse des Runden Tisches</b> .....	22
4.1 Anfängliche Erwartungen und Befürchtungen der Beteiligten zum Runden Tisch... 22	
4.2 Inwieweit bewahrheiteten sich Erwartungen und Befürchtungen? .....	23
4.3 Zufriedenheit mit den Ergebnissen des Runden Tisches .....	25
4.4 Zufriedenheit mit der Gesprächsatmosphäre am Runden Tisch .....	28
4.5 Zusammenfassung der Ergebnis-Bewertungen .....	31
<b>5 Bewertung der Prozessgestaltung des Runden Tisches unter Berücksichtigung von Aspekten des Vertrauens ins Verfahren und in die beteiligten Akteure</b> .....	32
5.1 Zeitpunkt des Runden Tisches.....	32
5.2 Prozessgestaltung durch das Moderationsteam der Akademie.....	35
5.2.1 Vertrauen gegenüber dem Moderationsteam der Akademie, wahrgenommene Fairness und Neutralität der Prozessgestaltung .....	35
5.2.2 Teilnehmer-Zusammensetzung.....	41
5.2.3 Mandat des Runden Tisches.....	47
5.2.4 Vorstrukturierung, Themen-Reihenfolge, Tagesordnung .....	50
5.2.5 Raum und Sitzordnung .....	52
5.2.6 Zeitliche Gestaltung der Sitzungen.....	52
5.2.7 Diskussionsleitung.....	56
5.3 Informationsangebot .....	58
5.3.1 Informationsangebot als Grundlage für einen sachkundigen Diskurs .....	58
5.3.2 Glaubwürdigkeit der einbezogenen Experten.....	60
5.4 Beziehung zwischen den Kontrahenten im Verlauf der Zusammenarbeit am Runden Tisch unter dem Aspekt des gegenseitigen Vertrauens bzw. Misstrauens .....	62
5.4.1 Begriffsverständnis.....	62
5.4.2 Anlässe für Misstrauen gegenüber den Kontrahenten .....	64
5.4.3 Umgang mit Eigeninteressen einer Konfliktpartei .....	68
5.4.4 Veränderung des gegenseitigen Misstrauens im Laufe der Sitzungen.....	69
5.5 Zusammenfassung: Kritische Punkte für die Entwicklung von Vertrauen in das diskursive Verfahren und in die Prozessgestaltung .....	71

<b>6</b>	<b>Wahrgenommene Anschlussfähigkeit des Runden Tisches an bestehende Gremien und Entscheidungsverfahren .....</b>	<b>74</b>
6.1	Einschätzung der Auswirkungen des Runden Tisches auf die weiteren Schritte im Planungsverfahren .....	74
6.2	Auswirkungen der Teilnahme am Runden Tisch auf die eigene Arbeit der Teilnehmer/innen.....	78
6.3	Einschätzung der Auswirkungen des Runden Tisches in der Öffentlichkeit.....	83
6.4	Einschätzung der Auswirkungen des Runden Tisches auf die interkommunale Abstimmung .....	85
6.5	Zusammenfassung der wahrgenommenen Auswirkungen des Runden Tisches auf das weitere Planungsverfahren, die weitere Arbeit der Akteure und in der Öffentlichkeit.....	86
6.6	Anwendungsfelder und Einsatzbereiche für Runde Tische im Rahmen der Raumplanung.....	87
<b>7</b>	<b>Zusammenfassung und Empfehlungen für die Prozessgestaltung künftiger Runder Tische.....</b>	<b>92</b>
7.1	Zusammenfassung .....	92
7.2	Empfehlungen für die Prozessgestaltung künftiger Runder Tische.....	93
<b>8</b>	<b>Literatur .....</b>	<b>98</b>
<b>9</b>	<b>Anhang .....</b>	<b>99</b>
9.1	Anfangsinterview – Leitfaden .....	99
9.2	Abschlussinterview – Leitfaden .....	100
9.3	Tabelle: Empfehlungen zur Prozessgestaltung künftiger Runder Tische .....	102

## Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: Verortung des Runden Tisches im formalen Ablauf der Planungsverfahren .....	15
Abbildung 2: Sitzordnung am Runden Tisch .....	21
Tabelle 1: Akteure, ihre Funktionen, Interessen/Positionen und deren Fremdwahrnehmung durch die anderen Konfliktbeteiligten .....	19
Tabelle 2: Teilnehmer/innen des Runden Tisches und deren Anwesenheit in den fünf Sitzungen .....	20
Tabelle 3: Erwartungen und Befürchtungen, die der Runde Tisch erfüllte oder nicht erfüllte .....	24
Tabelle 4: Zufriedenheit mit den Ergebnissen des Runden Tisches.....	26
Tabelle 5: Zufriedenheit mit der Gesprächsatmosphäre am Runden Tisch.....	30
Tabelle 6: Beurteilung des Zeitpunkts, zu dem der Runde Tisch stattfand.....	33
Tabelle 7: Beurteilung der Teilnehmer-Zusammensetzung des Runden Tisches .....	43
Tabelle 8: Beurteilung der zeitlichen Gestaltung der Sitzungsfolge .....	53
Tabelle 9: Vorschläge für die zeitliche Gestaltung künftiger Runder Tische .....	55
Tabelle 10: Beurteilung der Diskussionsleitung durch das Moderatorenteam.....	56
Tabelle 11: Angemessenheit und Ausgewogenheit des Informationsangebots.....	59
Tabelle 12: Einschätzung der Auswirkungen des Runden Tisches auf den weiteren Entscheidungsprozess.....	77
Tabelle 13: Eingeschätzte Auswirkungen des Runden Tisches in der Öffentlichkeit.....	85
Tabelle 14: Anwendungsfelder und Einsatzbereiche für Runde Tische im Rahmen der Raumplanung .....	91
Tabelle 15: Empfehlungen zur Prozessgestaltung künftiger Runder Tische.....	103



# 1 Ziele und Fragestellungen der Studie

Bei Konflikten im Bereich von Raumplanungen wurden in den letzten zehn Jahren mit partizipativen diskursiven Verfahren – ausgerichtet auf die gleichberechtigte Kooperation aller Konflikt-Beteiligten in einem informellen Gremium, um nach einer für alle akzeptablen Lösung zu suchen – vielfältige Erfahrungen gemacht (vgl. dazu Wiedemann, Femers und Hennen, 1991; Claus und Wiedemann, 1994; Köberle, Gloede und Hennen, 1997). Die Akademie für Technikfolgenabschätzung hat seit 1992 diskursive Verfahren bei Raumplanungen durchgeführt und beforscht (vgl. z.B. Renn u.a., 1999). Als entscheidend für deren Nutzen im politischen Feld erwies sich dabei die Frage nach ihrer Anschlussfähigkeit an die Modalitäten politischer Entscheidungsfindung. „Unter Theoretikern und Praktikern diskursiver Verfahren besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass die Ergebnisse diskursiver Verfahren kein imperatives Mandat beanspruchen können und nur als Empfehlungen in den formalen Prozess der politischen Entscheidungsfindung eingebunden werden sollten.“ Sicherzustellen ist dabei, „dass der Diskurs keine politisch unverbindliche und folgenlose Bildungsveranstaltung bleibt, sondern normative Kraft im Gestaltungsspielraum der Politik entfaltet.“ (Renn a.a.O., S. 57).

Die vorliegende Studie geht der Frage nach, wie der informelle partizipative Diskurs eines Runden Tisches besser als bisher in den politischen und verwaltungsrechtlichen Entscheidungskontext eingebettet werden kann. Untersucht wird dies am Beispiel eines Runden Tisches, der im Herbst 1998 in der Region Neckar-Alb stattgefunden hat. Dort war ein Konflikt um ein zwischen den Gemeinden Hechingen und Bodelshausen liegendes Gebiet entstanden, das von Seiten der Regionalplanung und den beiden beteiligten Kommunen als Standort für ein interkommunales Gewerbegebiet favorisiert wurde. Gegen ein solches Gewerbegebiet gab es in der betroffenen Bevölkerung heftigen Widerstand, der im Frühjahr 1998 zur Gründung einer Bürgerinitiative geführt hatte. Um dieses Gewerbegebiet entwickeln zu können, war zunächst eine Änderung des Regionalplans notwendig, über die die Verbandsversammlung des Regionalverbands Neckar-Alb zu entscheiden hatte. Der Runde Tisch mit Vertretern der Regionalplaner, der beiden Kommunen, der Bürgerinitiative und von beteiligten Behörden konstituierte sich im Vorfeld dieser anstehenden Entscheidung der Verbandsversammlung über eine Regionalplanänderung.

Mit der Begleitstudie des Runden Tisches werden zwei Ziele verfolgt:

- (1) Verlauf und Ergebnisse des Runden Tisches aus der Sicht der Beteiligten zu evaluieren und Hinweise auf Steuerungsmöglichkeiten, insbesondere bei kritischen Punkten der Prozessgestaltung, abzuleiten,
- (2) Ansätze zur Verbesserung der Anschlussfähigkeit des informellen Gremiums 'Runder Tisch' an bestehende Gremien und politische Entscheidungsprozesse zu erkunden.

Für die **Evaluation des Verfahrensverlaufs** werden zum einen die Bewertungen der Ergebnisse des Runden Tisches durch die Beteiligten zusammengestellt:

- Inwiefern haben sich die anfänglichen Erwartungen oder Befürchtungen erfüllt bzw. bewahrheitet?
- Wie zufrieden sind die Beteiligten mit Ergebnissen und Gesprächsatmosphäre des Runden Tisches?

Zum anderen wird der Verlauf des Runden Tisches aus dem Blickwinkel der **Prozessgestaltung** unter die Lupe genommen und es werden Aspekte der Verfahrensorganisation wie Zeitpunkt des Runden Tisches, Teilnehmer-Zusammensetzung, Informationsangebot und Strukturierung der einzelnen Sitzungen untersucht. Dabei sollen **kritische Punkte im Verfahrensverlauf** identifiziert und Hinweise auf entsprechende Steuerungsmöglichkeiten abgeleitet werden. Besonderes Augenmerk gilt dabei den **Anlässen für Glaubwürdigkeits- und Vertrauensgewinne bzw. –verluste** der verschiedenen Beteiligten. Diesbezüglich wird untersucht,

- inwiefern die Beteiligten das Moderationsteam als glaubwürdig und vertrauenswürdig wahrnahmen, inwiefern sie ihm prozedurale Kompetenz zuschrieben und wie sich die wahrgenommene Vertrauenswürdigkeit im Laufe der Zusammenarbeit verändert hat,
- wie die eingeladenen Expertinnen und Experten von den Beteiligten wahrgenommen und inwiefern sie als glaubwürdig akzeptiert wurden,
- ob und wie sich das anfängliche gegenseitige Misstrauen der Kontrahenten untereinander im Laufe der Zeit verändert hat.

Zur Frage der **Anschlussfähigkeit des Runden Tisches an bestehende Gremien** (wie Verbandsversammlung, Gemeinderat, Bürgerinitiative) **und Entscheidungsprozesse** (verwaltungsrechtliche Genehmigungsverfahren) werden folgende Aspekte betrachtet:

- Welche Auswirkungen hat der Runde Tisch auf die nachfolgenden Planungs- und Entscheidungsschritte? Kann er die Arbeit der beteiligten Akteure erleichtern oder inwiefern erschwert er sie?
- Wie wird der Einfluss des Runden Tisches auf die Öffentlichkeit wahrgenommen?
- Wie wirkt er sich auf die interkommunale Abstimmung der beiden beteiligten Gemeinden aus?
- Wo sehen die Beteiligten aufgrund ihrer Erfahrungen Anwendungsfelder und Einsatzmöglichkeiten von Runden Tischen im Rahmen der Raumplanung?

Die Zusammenschau der erörterten Einzelaspekte soll schließlich zu **Empfehlungen für die Prozessgestaltung künftiger Runder Tische** führen.

## 2 Methodisches Vorgehen

### 2.1 Qualitativ-inhaltsanalytischer Ansatz

Diese Begleitstudie soll eine Zusammenfassung der Erfahrungen liefern, die die Beteiligten des Runden Tisches mit diesem diskursiven Verfahren gemacht haben. Sprachvermittelte Bedeutungs- und Handlungszusammenhänge stehen somit im Mittelpunkt des Interesses, so dass sich ein qualitativer Forschungsansatz anbot, um den Relevanzsystemen der Befragten Rechnung tragen zu können. Die Daten wurden mittels freier, **leitfaden-gestützter Interviews** mit allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Runden Tisches erhoben und durch teilnehmende Beobachtung aller Plenumsitzungen des Runden Tisches ergänzt. Die transkribierten Interviews wurden mit der Methode der **qualitativen Inhaltsanalyse** nach Mayring (1985) ausgewertet. Das heißt, die vorliegende Beschreibung der Erfahrungen und Bewertungen des Runden Tisches wurde induktiv aus den Äußerungen der Befragten abgeleitet, wobei ein anhand der interessierenden Fragestellungen entwickeltes Raster von Auswertungsgesichtspunkten die Grundlage zur Strukturierung der Beschreibung bildete.

Der methodische Ansatz hatte sich auch an den für die Begleituntersuchung verfügbaren begrenzten Ressourcen zu orientieren. Aufgrund dessen konnte nur ein relativ schmales **Zeitfenster für die Datenerhebung** gewählt werden. Insbesondere für die Fragestellung, wie sich das Vertrauensverhältnis zwischen den verschiedenen Beteiligten des Runden Tisches entwickelt hat, wäre eine Längsschnitt-Untersuchung mit mehreren Erhebungszeitpunkten (vor Beginn des Runden Tisches, zu verschiedenen Zeitpunkten im Verlauf der Sitzungen, kurz nach Ende des Runden Tisches, einige Zeit danach) wünschenswert gewesen. Auch bezüglich der Auswirkungen des Runden Tisches auf den weiteren Verlauf des Planungsverfahrens wäre interessant gewesen, die Entscheidung der Verbandsversammlung über die Regionalplanänderung abzuwarten, und erst danach die Einschätzungen der Beteiligten einzuholen. Dies erwies sich jedoch als nicht praktikabel, nachdem die Entscheidung der Verbandsversammlung im Dezember 1998 auf unbestimmte Zeit vertagt worden war und dann erst im Januar 2000 getroffen wurde. Realisierbar waren letztlich zwei Interviewzeitpunkte: Um die Erwartungen und Einschätzungen der Beteiligten zu Beginn des Runden Tisches mit den Erfahrungen und Einschätzungen nach Abschluss der Sitzungen vergleichen zu können, wurden die Beteiligten nach der konstituierenden Sitzung des Runden Tisches im September 1998 erstmalig interviewt und zum zweiten Mal gut einen Monat nach der Abschlussveranstaltung im Januar 1999. Die Vorgehensweise bei der Datenerhebung und –auswertung wird im Folgenden näher beschrieben.

## 2.2 Datenerhebung

Die Datenbasis der Studie wurde folgendermaßen erhoben:

- **Teilnehmende Beobachtung** aller Veranstaltungen des Runden Tisches seit der konstituierenden Sitzung (September bis Dezember 1998),
- **Telefonische Anfangsinterviews** mit 14 Teilnehmerinnen und Teilnehmern (zwischen der ersten und zweiten Sitzung des Runden Tisches, Anfang Oktober 1998),
- **Persönliche Abschlussinterviews** mit 15 Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Runden Tisches, mit zwei Teilnehmern - aus Termingründen - telefonische Abschlussinterviews (dritte Januar-Woche 1999). Diese Interviews wurden auf Tonband aufgezeichnet.

Die Äußerungen der Beteiligten in den Einzelinterviews bilden die Grundlage für die Beantwortung der Fragestellungen der Studie. Die durch die teilnehmende Beobachtung der Sitzungen gewonnenen Informationen dienten als Hintergrund, um die Aussagen der Befragten einordnen zu können.

Die Beteiligten wurden jeweils einzeln interviewt, wobei sich der Stil der Interviews am fokussierten Interview nach Merton und Kendall (1984) orientierte. Ausgangspunkt von fokussierten Interviews sind Situationen, die Interviewer/in und Befragte gleichermaßen miterlebt haben, so wie im vorliegenden Fall die Plenumsitzungen des Runden Tisches. Den Interviews lag jeweils ein Leitfaden der anzusprechenden Themen zugrunde, der anhand der interessierenden Fragestellungen entwickelt worden war (siehe Anhang 9.1 und 9.2). Diese Themen wurden im Interview in Form von offenen Fragen und erzählenden oder berichtenden Antworten behandelt. Die Gesprächsführung der Interviewerin folgte den Äußerungen der Befragten, indem sie ihnen durch offene Fragen Gelegenheit gab, sich zu den Aspekten zu äußern, die ihnen wichtig waren. Die Reihenfolge der Themen war nicht festgelegt und entwickelte sich in den verschiedenen Interviews unterschiedlich. Bei den Themen des Interview-Leitfadens wurden die Befragten gegebenenfalls durch Nachfragen aufgefordert, ihre Äußerungen weiter auszuführen oder zu präzisieren. Der Leitfaden wurde immer wieder verlassen, um den Relevanzsystemen der Befragten (und nicht nur denen der Begleitforscherin) Geltung zu verschaffen. Außerdem wurde dadurch versucht, eine Gesprächssituation zu erreichen, die einer kommunikativen Situation im Alltag möglichst nahe kam (Prinzip der Naturalizität qualitativer Forschung; vgl. Lamnek, 1995). Dementsprechend wurden die Befragten für die Abschlussinterviews in ihrer vertrauten Umgebung (Arbeitszimmer oder zu Hause) aufgesucht. Zur Orientierung an diesen „natürlichen“ Gegebenheiten der Befragten gehörte auch, sich nach ihrem Zeitbudget zu richten. Sie wurden vorab informiert, dass das (Abschluss-)Interview etwa eine Stunde, je nachdem auch länger, dauern würde. Einige Befragte nahmen sich mehr als zwei Stunden Zeit. Um die offene Gesprächsführung auch bei

begrenzter Interview-Dauer realisieren zu können, wurden die Themen des Leitfadens mit verschiedenen Prioritäten versehen. Auf jeden Fall angesprochen wurden:

- die Zufriedenheit mit dem Runden Tisch insgesamt,
- die wahrgenommene Neutralität und Vertrauenswürdigkeit des Moderationsteams,
- die Einschätzungen zu den Auswirkungen des Runden Tisches auf das weitere Verfahren und die wahrgenommene Anschlussfähigkeit des Runden Tisches an bestehende Gremien und Entscheidungsprozesse und
- die zusammenfassende Betrachtung, was sich bei der Durchführung des Runden Tisches bewährt hat und was künftig anders gemacht werden sollte.

Die Prozessgestaltung des Runden Tisches im einzelnen und Aspekte des Vertrauens bzw. Misstrauens gegenüber den anderen Beteiligten wurde nur dann angesprochen, wenn noch Zeit blieb. Das heißt, dass zu manchen Fragen nicht von allen Befragten Äußerungen vorliegen. Am kürzesten fielen die beiden Interviews (beide telefonisch) mit dem Vertreter des Fischereivereins Bodelshausen aus, da dieser sich aus beruflichen Gründen nur sehr wenig Zeit dafür nehmen konnte (12 und 15 Minuten). Alle anderen Abschluß-Interviews dauerten zwischen 45 und 150 Minuten. Die Abschluß-Interviews wurden mit Einverständnis der Befragten auf Tonband aufgenommen. Bis auf einen Befragten waren alle mit dem Mitschnitt einverstanden.

Die Anfangsinterviews wurden aus Gründen der begrenzten zeitlichen und finanziellen Ressourcen telefonisch durchgeführt. Sie dauerten zwischen 12 und 64 Minuten. Zum Zeitpunkt der Interviews – nach der konstituierenden Sitzung des Runden Tisches – standen noch nicht alle kontinuierlichen Teilnehmer/innen fest, so dass nur 14 von 17 Beteiligten befragt werden konnten. Ein Vertreter der Bürgerinitiative wollte sich erst nach Abschluss des Runden Tisches interviewen lassen.

## 2.3 Auswertung

Die transkribierten Interviews wurden mit der Methodik der **qualitativen Inhaltsanalyse** nach Mayring (1985) ausgewertet. Von der von Mayring entwickelten Methode wurden bei den vorliegenden Daten hauptsächlich die Techniken der Zusammenfassung und der Strukturierung angewandt. Grundlage der Auswertung – als erste Strukturierung – war ein Raster von Auswertungsgesichtspunkten, das aufgrund der Fragestellungen der Studie entwickelt worden war und gleichzeitig das Gerüst der Interview-Leitfäden bildete. Anhand dieses Rasters wurden die Interview-Äußerungen der Befragten geordnet und zusammengefasst. Alle weiteren Kategorien zur Strukturierung und Beschreibung der Daten wurden induktiv aus den Äußerungen der Befragten abgeleitet.

Die Auswertung der Daten wurde computergestützt unter Verwendung des Datenbank-Programms Microsoft-Access 97 vorgenommen und in folgenden Schritten erarbeitet:

- (1) Wörtliches **Transkript** der Tonbandaufzeichnungen (sprachlich geglättet, ohne Füllwörter).
- (2) **Erste Strukturierung**: Kategorisierung der Interview-Äußerungen entsprechend den Auswertungsfragen.
- (3) **Zusammenfassung**: Äußerungen zu kurzen Sätzen oder Stichworten komprimieren, dabei ggf. Aussagen zu einer Kategorie an verschiedenen Stellen im Interview zusammenfassen.
- (4) **Aussagen aller Befragten zu den einzelnen Auswertungskategorien** mittels Datenbank-Abfragen **zusammenstellen**.
- (5) **Zweite Strukturierung**: Aus den Äußerungen aller Befragten zu einer Auswertungskategorie weitere inhaltlich-strukturierende Kategorien ableiten (zum Beispiel zur Auswertungskategorie 'Zeitpunkt des Runden Tisches' die Unterkategorien 'zu früh', 'genau richtig', 'zu spät').
- (6) **Dritte Strukturierung**: Zusammenfassung und tabellarische Übersicht der Aussagen zu den einzelnen Kategorien geordnet nach Akteuren (wie z.B. 'kommunale Vertreter', 'Vertreter der Bürgerinitiative und des Ortschaftsrats Sickingen', 'Vertreter der Landratsämter').

Diese Zusammenfassung der Aussagen einzelner Befragter zu Gruppen von Akteuren diente auch der Anonymisierung der Daten. Die Zusammenfassung erfolgte wenn möglich als quantitative Angabe von Häufigkeiten, um eine evaluative Gesamtsicht zu erleichtern. Die resultierenden Tabellen werden in der Regel im Bericht wiedergegeben.

- (7) **Themenorientierte Darstellung im Text**: Beschreibung der Aussagen zu den einzelnen Auswertungsfragen/-Kategorien mit Betonung des zusammenfassenden Überblicks über die einzelnen Akteure hinweg (wer genauer wissen möchte, welche Akteure welche Einschätzung gegeben haben, kann das jeweils der tabellarischen Übersicht entnehmen). Illustration der Beschreibung durch anonymisierte Zitate.
- (8) **Ableitung weiterer Beschreibungen bzw. beschreibender Hypothesen** im Sinne einer typisierenden Strukturierung (vgl. Mayring, 1985), z.B. Herausarbeiten von unterschiedlichen Zielsetzungen für einen Runden Tisch, die in evaluativen Äußerungen der Befragten implizit enthalten sind.
- (9) **Zusammenfassende Darstellung** der Befunde unter dem Blickwinkel, was bei künftigen Runden Tischen besonders beachtet werden sollte.

Die Beschreibung der vorliegenden Interview-Daten zum Runden Tisch ist nie endgültig abgeschlossen in dem Sinne, als jederzeit anhand der bei der Beschreibung entwickelten Hypothesen die Daten nochmals betrachtet und in mehreren rekursiven Schleifen daraus weitere beschreibende Hypothesen entwickelt, sowie Einzelhypothesen mehr und mehr zu einem Gesamtbild integriert werden können. Dieses Studie beschränkt sich im wesentlichen auf evaluative Befunde zu Ergebnissen und Verlauf des Runden Tisches. Durch die Art der Darstellung soll ein möglichst plastisches Bild der vorliegenden Daten entstehen, so dass die Leser der Studie ihrerseits die hier vorgelegten Beschreibungen aufgreifen und weiter entwickeln können.

## 2.4 Art der Darstellung im Bericht und Lesehilfen

Die Auswertungskategorien schließen sich nicht alle gegenseitig aus sondern überschneiden sich teilweise, so dass ein und dieselbe Äußerung eines Befragten mehreren Kategorien zugeordnet werden kann. So können zum Beispiel Einschätzungen der Befragten zur Angemessenheit des Zeitpunkt des Runden Tisches hinführen zu Überlegungen, wie Ausgangssituationen für den sinnvollen Einsatz von Runden Tischen beschaffen sein müssten. Der vorliegende Bericht ist so aufgebaut, dass die Erfahrungen der Beteiligten mit dem Runden Tisch anhand der Auswertungskategorien aus verschiedenen Blickwinkeln rekonstruiert und in den entsprechenden Kapiteln des Berichts dargestellt werden. Daraus ergibt sich eine teilweise redundante Darstellung der Befunde.

Die **Darstellung im Text** soll

- sowohl einen kompakten Überblick über die Daten entsprechend der evaluativen Zielrichtung der Studie geben – dazu dienen die beschreibenden Texte jeweils zu Beginn der Kapitel, die Häufigkeitsangaben und die tabellarischen Übersichten,
- als auch von den Erfahrungen der Befragten einen plastischen Eindruck mit Zwischentönen vermitteln – dazu werden zum Teil längere wörtliche Zitate wiedergegeben.

**Zusammenfassungen** der berichteten Befunde sowie beschreibende Hypothesen aus einer Überblicksperspektive finden sich jeweils am Ende der Abschnitte und Kapitel.

Um eine **anonyme Behandlung der Daten** zu gewährleisten, wurden die Äußerungen der Befragten im Bericht so zusammengefasst, dass sie nach Möglichkeit nicht einzelnen Personen zugeordnet werden können. Meistens wurden die Angaben eines Befragten einer Gruppe von Akteuren zugeordnet, die in ähnlicher Funktion am Runden Tisch teilnahmen (z.B. 'kommunale Vertreter', 'Vertreter der Naturschutzverbände', 'IKG-Befürworter'). Dabei wurde bei der Erwähnung im Text jeweils die

männliche Form gewählt, auch wenn es sich um Äußerungen der beiden beteiligten Frauen handelte, um deren Anonymität zu sichern.

Als **Abkürzung** wird im Text durchgängig IKG für den häufig vorkommenden Begriff „Interkommunales Gewerbegebiet“ gebraucht. In Tabellen werden gelegentlich verwendet: RT für „Runder Tisch“, BI für „Bürgerinitiative“.

Wenn einer der am Runden Tisch teilnehmenden Akteure in einer Tabelle oder einer aktorsbezogenen Darstellung im Text nicht auftaucht, liegen von ihm keine Angaben zu der betreffenden Kategorie vor. Dies gilt an einigen Stellen für den Vertreter des Amtes für Landwirtschaft, Landschafts- und Bodenkultur sowie für den Vertreter des Fischereivereins Bodelshausen, mit dem jeweils nur sehr kurze Interviews geführt werden konnten. Seine Angaben wurden in der Regel unter die Rubriken ‘Bürgerinitiative und Ortschaftsrat Sickingen’ bzw. ‘IKG-Gegner’ subsummiert.

Der Bericht ist so gegliedert, dass nach der Beschreibung des Kontexts und der Ausgangslage des Runden Tisches in Kapitel 3 die Befunde zu den Hauptfragestellungen der Studie jeweils in einem Kapitel berichtet werden:

- die Bewertung der Ergebnisse des Runden Tisches in Kapitel 4,
- die Bewertung der Details der Prozessgestaltung in Kapitel 5 und
- die Einschätzungen zu den Auswirkungen des Runden Tisches auf die weiteren Schritte im Planungsverfahren, auf die eigene Arbeit der Akteure, sowie auf die Öffentlichkeit in Kapitel 6.

In Kapitel 6 werden auch die Befunde zu Anwendungsfeldern und Einsatzbereichen für Runde Tische im Rahmen der Raumplanung dargestellt.

Ein **schneller Überblick** über die berichteten Befunde lässt sich durch die Zusammenfassung in Kapitel 7 gewinnen. Die in Kapitel 5.5 herausgearbeiteten kritischen Punkte für die Entwicklung von Vertrauen in die Prozessgestaltung des Runden Tisches werden in Kapitel 7.2 aufgegriffen und Empfehlungen für die Prozessgestaltung künftiger Runder Tische gegeben.



### 3 Kontext und Ausgangslage des Runden Tisches<sup>3</sup>

Zwischen den beiden Gemeinden Hechingen und Bodelshausen liegende Flächen wurden seitens der Regionalplanung als Standort für ein interkommunales Gewerbegebiet favorisiert. Die vorliegende Thematik bewegt sich somit auf **verschiedenen Ebenen der Raumplanung** und betrifft **unterschiedliche Akteure**:

- Regionalplanung in Zuständigkeit des Regionalverbands Neckar-Alb und
- kommunale Bauleitplanung (Flächennutzungsplanung, Bebauungsplanung) in Zuständigkeit der beiden Kommunen Hechingen und Bodelshausen.

Um die Interessen der verschiedenen Akteure nachvollziehen zu können, werden zunächst die regionalplanerischen Überlegungen geschildert, die zur Favorisierung des Standortes Hechingen – Bodelshausen geführt haben (Kap. 3.1). Dann wird die Entstehung des Konflikts erläutert (Kap. 3.2) und berichtet, wie es zum Runden Tisch kam (Kap. 3.3). Der Beschreibung der Interessen und Positionen der verschiedenen Akteure (Kap. 3.4) schließt sich ein Überblick über die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Runden Tisches an (Kap. 3.5).

#### 3.1 Planerischer Entscheidungskontext und Anlass des Konfliktes

Aus der Sicht der Regionalplanung stellt sich die Ausgangslage vor Beginn des Runden Tisches folgendermaßen dar:

Die Region Neckar-Alb grenzt unmittelbar an den Ballungsraum und die Region Stuttgart. Durch diese Nähe beeinflusst die Entwicklung des Ballungsraumes in zunehmendem Maß den nördlichen Teil der Region Neckar-Alb, der identisch ist mit dem Verdichtungsraum um das Oberzentrum Reutlingen/Tübingen. Die Überlastungserscheinungen im Ballungsraum Stuttgart und die damit verbundenen Abwanderungstendenzen sowie die Attraktivität der Universität Tübingen und der Fachhochschulen in Reutlingen zogen Bevölkerung in diesen Teil der Region. Dieser Bevölkerungsdruck setzte sich auch auf die Gemeinden in der Randzone des Verdichtungsraumes fort. Die verbesserte verkehrliche Erschließung durch die Bundesstraße B 27 und die Bundesautobahn A 81, verbunden mit Problemen der Flächenverfügbarkeit in der Region Stuttgart, führen seit Mitte der 80er Jahre zu einem sich stetig verstärkenden Wachstum im verdichteten Raum Reutlingen/Tübingen und in seiner Randzone.

---

<sup>3</sup> Textpassage in Anlehnung an den Abschlußbericht des Moderationsteams der Akademie zum Runden Tisch (Langer und Renn, in Vorbereitung)

Der Strukturwandel der in der gesamten Region vorherrschenden Textilindustrie mit dem teilweise an sie gekoppelten Maschinenbau konnte somit im Verdichtungsraum Reutlingen/Tübingen rascher und effektiver vollzogen werden als in den übrigen ländlichen Teilräumen der Region. Der Regionalverband sieht die Region deswegen vor allem mit zwei Problemen konfrontiert (Regionalplan Neckar-Alb 1993, S.7ff.):

- Zunehmende Überlastungserscheinungen im Verdichtungsraum Reutlingen/Tübingen und in einigen Gemeinden der Randzone, die erkennbar sind an einer intensiven Flächeninanspruchnahme, Flächenverknappung, Verkehrsbelastung der Städte und Gemeinden sowie in den damit einhergehenden Belastungen der natürlichen Ressourcen und der Landschaft.
- Gefahren für die infrastrukturelle Versorgung im ländlichen Raum durch Abwanderung vor allem jüngerer Bevölkerungsteile sowie Funktionsverlust der Städte und Gemeinden. Beides könnte die Abwanderungstendenz aus diesen Räumen verstärken, da ein Ausgleich weder bei der infrastrukturellen Versorgung noch bei den Arbeitsplätzen in Pendelentfernung möglich ist.

Diese innerregionalen Ungleichgewichte bergen somit einerseits die Gefahr einer Minderung der Wohnqualität im Verdichtungsraum und andererseits eine Verringerung der Standortqualität für Gewerbeansiedlungen im ländlichen Raum.

Um weiterhin Arbeitsplätze in der Region schaffen zu können, sieht der Regionalplan Neckar-Alb (Fortschreibung von 1993) in seinen Planungsaussagen zu den künftigen Siedlungsbereichen mehrere „Schwerpunkte für Industrie und Dienstleistungen“ vor. Diese Schwerpunkte sollen als Entlastungsstandorte für den Verdichtungsraum Stuttgart und Tübingen/Reutlingen dienen, um bei zunehmendem Zuzug von Arbeitnehmern in die Region einerseits Arbeitsplätze bereitstellen und andererseits den Abwanderungstendenzen im ländlichen Raum entgegenwirken zu können. Der Pendlerverkehr (52 000 Einpendler pro Tag nach Reutlingen/Tübingen) soll nach Möglichkeit reduziert werden. Als mögliche Standorte für diese „Schwerpunkte für Industrie und Dienstleistungen“ wurden Orte gewählt,

- die in angemessener Entfernung von den Verdichtungsräumen Reutlingen und Tübingen liegen,
- die sich entlang der regionalen Entwicklungsachsen bzw. entlang der Entwicklungsachsen des Landesentwicklungsplanes Baden-Württemberg (von 1983) befinden, d.h. verkehrlich gut erschlossen sind,
- die aufgrund der Topographie bebaubar und geeignet sind und nicht in Konflikte mit den Zielen der Freiraumsicherung geraten,
- in denen die Kommunen die Bereitschaft signalisiert haben, Standort für einen überörtlich bedeutsamen Entwicklungsschwerpunkt für Gewerbe zu sein.

Die **Idee der interkommunalen Kooperation** wird von der Regionalplanung an die Kommunen als Vorschlag herangetragen und folgendermaßen begründet: „Durch eine gemeindeübergreifende Kooperation bei der Industrie- und Gewerbeansiedlung

sowie bei der Ansiedlung bestimmter Dienstleistungen soll erreicht werden, dass der Druck auf die verbliebenen Freiflächen im Verdichtungsraum und seiner Randzone abgeschwächt wird. Gleichzeitig sollen durch Kooperation die Standortchancen, die bei einer gemeindeübergreifenden Planung auch für kleinere und wirtschaftschwächere Gemeinden entstehen, genutzt werden“ (Regionalplan Neckar-Alb 1993, S.35).

Überörtlich bedeutsame Neuansiedlungen oder Verlagerungen von Gewerbebetrieben, die wegen der Größe ihres Flächenbedarfs nicht in bestehende Industrie- und Gewerbegebiete eingegliedert werden können, werden als „Vorsorgestandorte für Industrie und Gewerbe“ ausgewiesen. Vorsorgestandorte sind ein definiertes Ziel der Regionalplanung, d.h. bei der Inanspruchnahme dieser Flächen ist im Konfliktfall aus regionalplanerischer Sicht der Nutzung für Gewerbe und Dienstleistungen Vorrang vor anderen Nutzungen und Funktionen zu geben. Die parzellenscharfe Abgrenzung und Ausgestaltung dieser Standorte obliegt aber der Bauleitplanung. Der Standort Hechingen-Bodelshausen war zu Beginn des Konfliktes noch kein „Vorsorgestandort“ im Regionalplan, sondern lediglich als „Bereich für Industrie und Gewerbe“ und damit als Vorschlag zur langfristigen Flächensicherung aufgenommen. Die Lage an der Entwicklungsachse Reutlingen/Tübingen - Balingen und damit der Anschluss an zwei Bundesstraßen und an die Bahn sowie die begrenzten Flächenpotentiale der beiden Kommunen sprechen für diesen Standort.

Die **Stadt Hechingen** kam **als Akteur** ins Spiel, als die Post für ein Postverteilzentrum (mit bis zu tausend Arbeitsplätzen) Gewerbeflächen in der Region suchte. Da der Gewerbestandort zwischen Hechingen und Bodelshausen, das Gebiet des "Nasswasen", dafür in Frage kam, erstellte die Stadt für diese Flächen einen Bebauungsplan. Um diesen Bebauungsplan genehmigen zu können, musste aber erst der Flächennutzungsplan fortgeschrieben werden. Mit der Einleitung dieses Verfahrens wurde deutlich, dass gerade auf diesem Teil ein regionaler Grünzug ausgewiesen ist, der eine Bebauung an dieser Stelle ausschließt. Eine Fortschreibung des Flächennutzungsplans konnte also nur erfolgen, wenn der regionale Grünzug an dieser Stelle zurückgenommen werden würde. Diese Entscheidung kann aber nur im Rahmen einer Regionalplanänderung getroffen werden. Dazu musste wiederum ein eigenes Verfahren eingeleitet werden<sup>4</sup>.

---

<sup>4</sup> Die Problematik, dass regional bedeutsame Einrichtungen auch innerhalb regionaler Grünzüge liegen können, wurde im Regionalplan wohl erkannt. Wie mit diesem Konflikt umzugehen sei, wird im Regionalplan Neckar-Alb 1993 (S.45) beschrieben: „Derartige Einrichtungen müssen in regionalen Grünzügen und Grünzäsuren grundsätzlich möglich sein, wenn sie nicht außerhalb dieser Bereiche verwirklicht werden können. Dabei ist allerdings die Beeinträchtigung so gering zu halten, dass der Freiraum seine Funktionen noch in ausreichendem Maß erfüllen kann. Es ist nicht möglich, in regionalem Maßstab sämtliche denkbaren Konflikte mit zukünftigen Siedlungs- und Infrastrukturansprüchen vorab zu lösen. Daher muss die konkrete Ausgestaltung und Abgrenzung der regionalen Grünzüge und Grünzäsuren im Rahmen der Bauleitplanung vorgenommen werden. Für Entscheidungen im Einzelfall können u.U. Umweltverträglichkeitsprüfungen erforderlich sein.“

Da die fraglichen Grundstücksflächen bereits seit Jahrzehnten im städtischen Besitz waren, der Stadt weitere Gewerbeflächen fehlten und von Seiten der Regionalplanung signalisiert wurde, dass ein derartiger Standort nur als interkommunales Gewerbegebiet (IKG) genehmigungsfähig sei, war die Kommune sehr an der Realisierung eines IKG interessiert und ihr Handlungsdruck dementsprechend hoch<sup>5</sup>. Die interkommunale Kooperation wurde vom Regionalverband deswegen angemahnt, da die alleinige Realisierung des Gewanns "Nasswasen", das von den Hechingern als "Filetstück" betrachtet wird, zu einer Splittersiedlung auf der grünen Wiese führen würde ohne Anschluss an bestehende Siedlungsgebiete<sup>6</sup>.

Die **Gemeinde Bodelshausen** ist aus mehreren Gründen an einer Ausweisung als IKG interessiert: erstens möchte sie Mitbestimmungsmöglichkeiten bei einem Gewerbegebiet wahrnehmen, das unmittelbar an die Gemeinde angrenzen würde, zweitens hat sie Interesse an der Ausweisung eines „Vorsorgestandorts“, da bei relativ kleinem Gemeindegebiet derzeit noch Gewerbegebietserweiterungsflächen vorhanden sind, diese aber langfristig fehlen, und drittens möchte sie den Erweiterungsbedarf einer ortsansässigen Firma langfristig sicherstellen, was nur auf Hechinger Gemarkung möglich ist (aktuell benötigt die Firma Parkplätze). Außerdem ist die Gemeinde bei ihrem bestehenden Gewerbegebiet, das ebenfalls an der Gemarkungsgrenze zu Hechingen gelegen ist, auf die Kooperation mit der Nachbarstadt angewiesen, so dass ihr an einem langfristig guten nachbarschaftlichen Verhältnis mit Hechingen sehr gelegen ist. Beiden Kommunen wurde signalisiert, dass eine Bebauung des „Nasswasen“ wenn dann nur im Zusammenhang mit einem IKG geht, das an Bodelshausen anschließt. Alle potentiellen Flächen liegen fast ausschließlich auf Hechinger Gemarkung, grenzen aber direkt an die Siedlungsbereiche von Bodelshausen an.

Das **Verfahren zur Regionalplanänderung** war zum Zeitpunkt der Kontaktaufnahme mit der Akademie für Technikfolgenabschätzung bereits eingeleitet. Dieses Verfahren behandelte den Änderungsvorschlag, den regionalen Grünzug auf dem „Nasswasen“ zu entfernen und gleichzeitig den Vorschlag für einen „Bereich für Industrie und Gewerbe“ in einen „Vorsorgestandort für Industrie und Gewerbe“ umzuwandeln. Dies hätte die Verbindlichkeit der Aussage erhöht, da dieser Standort dann statt als „Vorschlag“ als „Ziel“ im künftigen Regionalplan verankert sein würde. Im Rahmen des Regionalplanänderungsverfahrens wurden die Gemeinden,

---

<sup>5</sup> Der Handlungsdruck wurde insofern etwas geringer, als der ursprünglich vorgesehene Investor schließlich abgesprungen war und seinen Standort in Reutlingen gewählt hatte.

<sup>6</sup> Im Laufe des Mediationsverfahrens wurde aber von Seiten des Regierungspräsidiums deutlich gemacht, dass die Realisierung eines interkommunalen Gebietes nicht zwangsweise auch das Gewann "Naßwasen" beinhalten müsste, da hier schwerste Bedenken gegenüber einer Besiedelung bestanden. Außerdem liegt der "Naßwasen" am weitesten vom Bahnanschluß entfernt und grenzt an ein wertvolles Feuchtbiotop an ("Schlichtgraben"), der in der Diskussion steht, als Naturschutzgebiet ausgewiesen zu werden.

die übrigen Träger der Bauleitplanung, andere öffentliche Planungsträger sowie die nach § 29 BNatSchG anerkannten Verbände angehört<sup>7</sup>. Beide Anhörungen zur Regionalplanänderung hatten bereits stattgefunden mit dem Ergebnis, dass der Regionalverband weiterhin vorschlug, den regionalen Grünzug auf dem „Nasswasen“ zurückzunehmen und den Standort als „Ziel“ auszuweisen, im Gegenzug aber eine Erweiterung des Grünzuges nordwestlich des „Nasswasens“ vorzunehmen. Die endgültige Entscheidung über diese Regionalplanänderung wird von der Verbandsversammlung gefällt. Die Verbindlicherklärung einer Änderung obliegt nach § 10 Abs. 1 des Landesplanungsgesetzes dem Wirtschaftsministerium, das trotz Entscheidung und Empfehlung der Verbandsversammlung eine Änderung untersagen kann.

Der Runde Tisch konstituierte sich nach der Vorberatung im Planungsausschuss (Mai 1998) und vor der Erörterung mit den Bedenkenträgern sowie der Beschlussfassung der Verbandsversammlung<sup>8</sup>.

### 3.2 Problemthematisierung<sup>9</sup>

Am 28.03.1998 gründete sich die Bürgerinitiative „Interkommunaler Widerstand Hohenzollern“. Sie besteht zur Hälfte aus Sickinger Bürgern - Sickingen ist ein Teilort von Hechingen, der im Zuge der Gemeindereform eingemeindet wurde - und zur anderen Hälfte aus Bürgern von Bodelshausen. Zum damaligen Zeitpunkt umfasste die Bürgerinitiative 100 Personen, von denen 20 zum aktiven Kern gezählt werden können. Der Widerstand gegen ein Gewerbegebiet speist sich aus unterschiedlichen Interessen: Während die Bürger von Bodelshausen vor allem negative Beeinträchtigungen des Butzensees befürchten, der unmittelbar an das betroffene Gebiet angrenzt und als wichtiger Naherholungsort dient, wollen die Sickinger nicht noch weiter von Gewerbe eingekreist werden, da bereits im Westen und Süden Gewerbegebiete bestehen (ca. 40 ha) und sie ihre Wohn- und Lebensqualität nicht noch weiter beeinträchtigt sehen wollen.

Die Problemthematisierung erfolgte also im Falle des geplanten IKG Hechingen – Bodelshausen in zweifacher Weise: Zum einen brachten im Rahmen des formalen Anhörungsverfahrens mehrere Träger öffentlicher Belange ihre Bedenken vor. Zum anderen wurde mit zunehmender Konkretisierung einer möglichen Bebauung des

---

<sup>7</sup> Das Regionalplanverfahren sieht nach § 9 Abs. 2 + 3 Landesplanungsgesetz ein zweistufiges Beteiligungsverfahren vor: Beteiligung „bei der Ausarbeitung“ und „nach der Ausarbeitung“ des Regionalplans.

<sup>8</sup> Am 25.01.2000 hat die Verbandsversammlung die Regionalplanänderung beschlossen (mit 35 Ja-Stimmen, 13 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen). Anschließend muss noch die Genehmigung durch das Wirtschaftsministerium erfolgen, die jedoch aufgrund der Stellungnahmen des Wirtschaftsministeriums zur Regionalplanänderung von einigen Teilnehmern des Runden Tisches als unwahrscheinlich eingeschätzt wird.

<sup>9</sup> Bezeichnung nach dem „Zyklusmodell diskursiver Verfahren“ von Oppermann (in Vorbereitung).

„Nasswasen“ die Bürgerinitiative aktiv und machte die breite Öffentlichkeit auf die bevorstehenden möglichen Änderungen aufmerksam. Sie verfasste ein Positionspapier, mit dem sie sich an alle Vertreter der Verbandsversammlung wandte, um ihre Argumente gegen ein Gewerbegebiet vorzubringen. Die Presse verfolgte den öffentlich ausgetragenen Streit und trug durch die Art der Berichterstattung nicht immer zu einer sachlichen Diskussion bei. Auch öffentliche Informationstermine, die seitens der Stadtverwaltung Hechingen einberufen wurden, endeten eher im Eklat als dass sie zu einer Klärung der Sachverhalte führten.

Während die Gemeinde- und Stadträte von Bodelshausen und Hechingen sich zunächst mit großer Mehrheit für ein interkommunales Gewerbegebiet ausgesprochen hatten, führten die Aktivitäten der Bürgerinitiative dazu, mehrere Bodelshausener Gemeinderäte ins Wanken zu bringen und damit das gemeinsame Projekt zu gefährden<sup>10</sup>.

### **3.3 Initiierung des Runden Tisches**

Durch einen Tagungsvortrag des Verbandsdirektors der Region Neckar-Alb wurde die Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg auf diesen Konflikt der interkommunalen Kooperation aufmerksam und nahm daraufhin Kontakt zum Regionalverband Neckar-Alb auf. In einem ersten Telefonat wurden Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit der Akademie besprochen. Der Verbandsdirektor zeigte sich sehr aufgeschlossen und leitete eine Voranfrage der Akademie an die beiden Bürgermeister weiter. Schließlich übermittelte der Verbandsdirektor der Akademie den ausdrücklichen Wunsch der beiden Bürgermeister nach einer offiziellen Anfrage und bot gleichzeitig seine aktive Mitarbeit an. Nach Eingang der Anfragen in den beiden Gemeinden wurde eine Beteiligung an einem zu initiiierenden Mediationsverfahren zunächst in Gemeinderats- bzw. Ausschuss-Sitzungen intern beraten. Nachdem sich die beiden Kommunen prinzipiell einverstanden zeigten, konnte das Moderationsteam der Akademie Kontakt zu den relevanten Konfliktbeteiligten aufnehmen und erste Vorgespräche führen. Nach dem Schneeballsystem wurden dann alle relevanten Akteure kontaktiert und in bilateralen Gesprächen (per Telefon, per Brief oder im persönlichen Gespräch, zum Teil in Gruppengesprächen) deren Interessen und Positionen und ihre Teilnahmebereitschaft an einem Mediationsverfahren erkundet. Die in der bereits erfolgten ersten Anhörung der Bedenkenräger vorgebrachten Argumente wurden gesichtet und in Gesprächen weiter erkundet. Das Profil aller bezüglich des geplanten IKG bestehenden Interessen wurde somit um die Sicht der Fachverwaltung und der Naturschutzverbände ergänzt (siehe Kapitel 3.4). Die

---

<sup>10</sup>Im Bodelshausener Gemeinderat gab es zu diesem Thema insgesamt drei Abstimmungen: Bei den ersten beiden wurde die Beteiligung an einem IKG einstimmig befürwortet. Schließlich erfolgte am 11.05.99 der Mehrheitsbeschluss, aus dem Projekt eines IKG auszusteigen.

folgende Abbildung zeigt im Überblick, wie sich das informelle Beteiligungsverfahren des Runden Tisches in den formalen Ablauf der Planungsverfahren eingliedert.

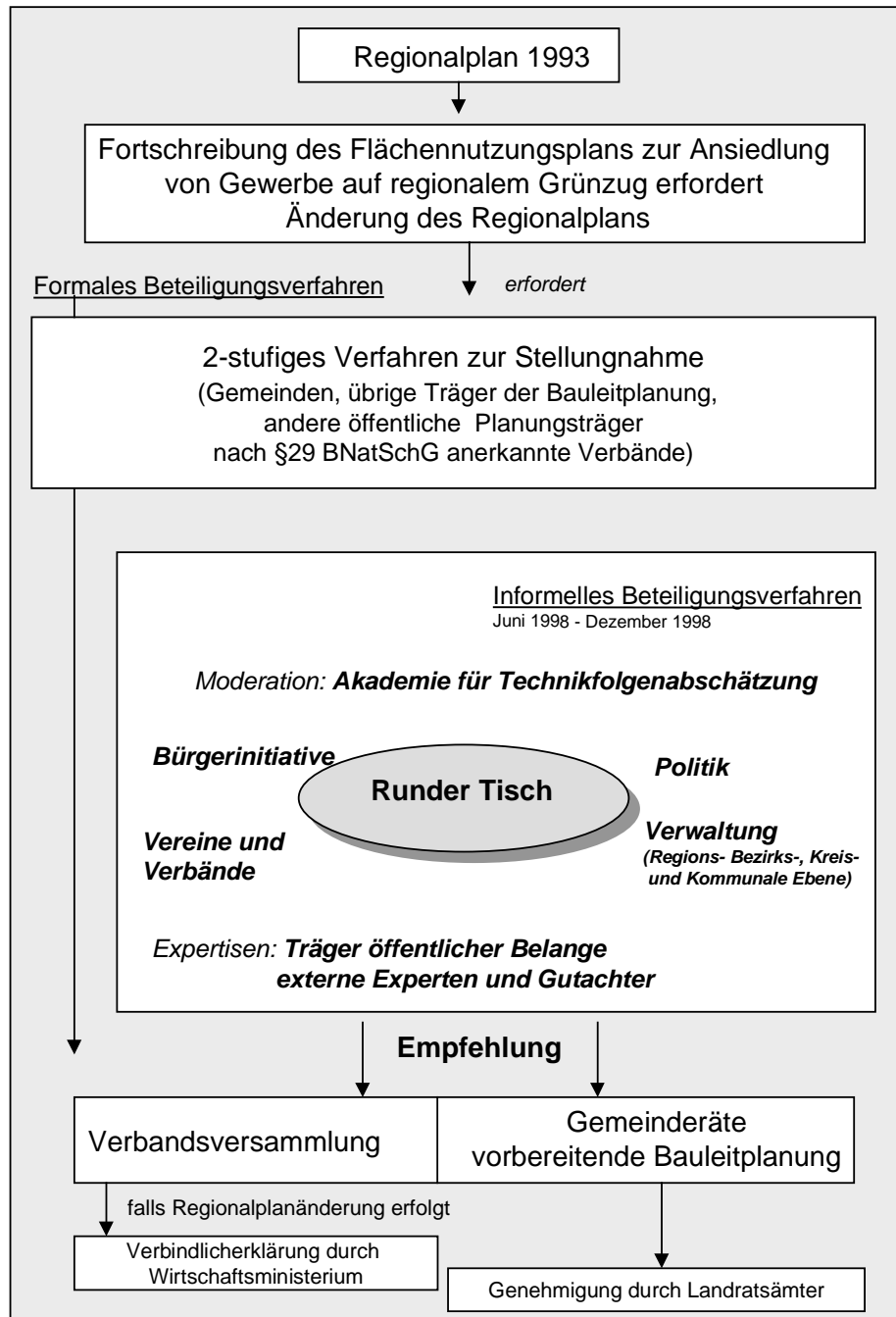


Abbildung 1: Verortung des Runden Tisches im formalen Ablauf der Planungsverfahren

### 3.4 Akteure und deren in Vorgesprächen geäußerte Interessen

Die von den verschiedenen Akteuren in den Vorgesprächen mit dem Moderationsteam geäußerten Positionen und Interessen sind in der folgenden Übersicht dargestellt.

Akteur	Funktion	Positionen/ Interessen	Fremdwahrnehmung durch andere Akteure
<b>Vertreter des Regionalverbandes</b>	Regionalplanung Zuständig für das Verfahren zur Regionalplanänderung	<p>Der Regionalverband</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- befürwortet den Standort aus übergeordneten Gesichtspunkten (Verringerung von Pendlerströmen, günstige Verkehrsanbindung, Entlastung des Verdichtungsraumes)</li> <li>- sieht Beeinträchtigung des Landschaftsbildes und der Hohenzollernburg nicht für gegeben, da Gebiet nur für kurzen Moment im Zusammenhang mit der Hohenzollernburg gesehen wird und ansonsten topographisch bedingt weitgehend verdeckt bleibt</li> <li>- ist völlig offen für die Größe des Gebietes und seine Strukturierung</li> <li>- plädiert für eine Rücknahme des regionalen Grünzugs, um für das IKG ein Gesamtkonzept einschließlich des Gewinns Nasswasen zu ermöglichen.</li> </ul> <p>Kritisch hinterfragt wird, ob der Standort</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- in Konkurrenz zu anderen, besser geeigneten Standorten steht (z. B. Bisingen),</li> <li>- topographisch bedingt ausreichend geeignete bebaubare Flächen bietet,</li> <li>- den Butzenssee beeinträchtigen könnte.</li> </ul> <p>Der Verbandsdirektor befürwortet ein Mediationsverfahren, um der Gegenseite in Ruhe die Argumente für den Standort erklären und sie von dessen Eignung überzeugen zu können. Alle relevanten Informationen lägen vor, seien aber schlecht vermittelbar. Die Kommunikation zwischen der regionalen Ebene und den Bürgern und Bürgerinitiativen sei ein Problem.</p>	<p>Bürgerinitiative: „Der Regionalverband plant zusammen mit den Bürgermeistern von Hechingen und Bodelshausen eine große Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungszone entlang der B27“</p> <p>→ wahrgenommene Interessenskoalition dieser drei Akteure</p> <p>IHK: „Der Regionalverband steht immer in der Schusslinie der Kommunen, da sie ihn bezichtigen, er würde ihnen die kommunale Planungshoheit rauben.“</p>
<b>Vertreter Hechingen</b>	Kommunale Bauleitplanung	<p>Gewerbeflächen gehen zur Neige: Hechingen muss – um auch längerfristig Mittelzentrum zu bleiben - stärkere Vorsorgepolitik betreiben.</p> <p>Nachnutzungspotential in bestehenden Gebieten gering, werden v.a. für Wohnen und Dienstleistungen nachgenutzt. Interkommunaler Gedanke sei in den Köpfen der Gremien noch schwer zu realisieren.</p> <p>Chance des Runden Tisches von der Größe des Gremiums abhängig gemacht: Gewünscht wird ein Gremium aus Vertretern der beiden Kommunen und der Bürgerinitiative.</p> <p>Da Teilnahme der Gemeinderäte schwer möglich ist (sprengt die Teilnehmerzahl am Runden Tisch), Einigung mit Vertreter aus Bodelshausen auf praktikable Lösung.</p> <p>Die Absprachen mit dem Bürgermeister von Bodelshausen seien problemlos.</p> <p>Ein Kompromiss in der Sache sei von beiden Seiten erforderlich (Bürgerinitiative und Kommunen).</p> <p>Wunsch: den Glaubwürdigkeitsverlusten der Politik bei der Bevölkerung entgegenwirken.</p>	<p>Bürgerinitiative (s.o.)</p> <p>Wahrnehmung einer Interessenskoalition der Vertreter von Hechingen, Bodelshausen und des Regionalverbandes</p>



Akteur	Funktion	Positionen/ Interessen	Fremdwahrnehmung durch andere Akteure
<p><b>Vertreter Bodelshausen</b></p>	<p>Kommunale Bauleitplanung</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Möchte vor allem dem Erweiterungsbedarf einer ortsansässigen Firma an dieser Stelle stattgeben</li> <li>- sieht unmittelbar keinen großen Bedarf für ein IKG an dieser Stelle zumal noch bestehende Flächen in gemeindeeigenen Gewerbegebieten vorhanden sind, langfristig jedoch Interesse an <u>Vorsorge</u>-Standort</li> <li>- plädiert für ein offenes Ergebnis des Runden Tisches bzw. des weiteren Verfahrens, kann mit allen Ergebnissen gut leben, wenn die Langzeitwirkungen gut abgewogen sind</li> <li>- legt viel Wert auf ein gutes nachbarschaftliches Verhältnis mit Hechingen</li> <li>- verlangt ein persönliches Mandat, nicht wechselnde Teilnehmer von Seiten der BI, das „Entgegenkommen ist bereits groß genug“.</li> </ul> <p>Eine Entscheidung sei erst möglich, wenn alle Fakten auf dem Tisch lägen (bzgl. Butzenssee).</p>	<p>Bürgerinitiative (s.o.)</p> <p>Wahrnehmung einer Interessenskoalition der Vertreter von Hechingen, Bodelshausen und des Regionalverbandes</p>
<p><b>Vertreter der Bürgerinitiative und des Ortschaftrates Sickingen</b></p>		<p>Keine Einkreisung der Gemeinde Sickingen mit Industrie und Gewerbe.</p> <p>Statt des Gewerbegebiets wird die Erweiterung des regionalen Grünzugs gefordert.</p> <p>Vertreter erarbeiteten Positionspapier, das an alle Mitglieder der Verbandsversammlung geschickt wurde mit der „Bitte, den vorgesehenen Standort nicht zu befürworten, sondern Alternativen zu suchen“</p> <p>Argumente:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Zerstörung der einmaligen landschaftlichen Ensemblewirkung aus Hohenzollernburg, schwäbischer Albkette, der Silhouette von Hechingen mit seiner Stadtkirche und den Talauen („Visitenkarte unserer Heimat“)</li> <li>- negative Auswirkungen auf den Fremdenverkehr</li> <li>- Gefährdung für sensible Bereiche: Butzenssee, Schlichtgraben, Krebsbach, Seewiesenbach, Ettenbach, Schwefelquellen von Sankt Elisabeth</li> <li>- Misstrauen gegenüber der Hechinger Verwaltung: statt eines schmalen Streifens wird eine große Ausweisungsfäche befürchtet</li> <li>- aufgrund mangelnder Flächennachfrage und ausreichendem Angebot in Nachbargemeinden (Mössingen, Bodelshausen, Bisingen, Haigerloch, Burladingen, Balingen, Albstadt-Ebingen) werde Neuausweisung obsolet</li> <li>- aufgrund von Topographie und Geologie hohe und unkalkulierbare Investitionskosten</li> <li>- Planung eines IKG an diesem Standort sei nicht mit dem Wohnumfeld vereinbar, v.a. Verkehr durch die Wohngebiete</li> <li>- Dienstleistungszentren an der B27 führten zur Verödung der Ortsmitten von Hechingen und Bodelshausen</li> <li>- Existenz mehrerer landwirtschaftlicher Betriebe werde gefährdet.</li> </ul> <p>→ Unterstützung der Ablehnung in Sickingen durch mehr als die absolute Mehrheit der Wahlberechtigten</p> <p>→ Unterstützung der Ablehnung durch Fischereiverein Bodelshausen (hinsichtlich einer Gefährdung des Butzenssees), Schwäbischen Albverein, Tierschutzverein, NABU, BUND</p>	<p>Regionalverband: Ein Teil der BI wird als aufgeschlossen und moderat wahrgenommen, mit anderen Mitgliedern gab es aber auch schon unerfreuliche Auseinandersetzungen, Informationen wurden verdreht wiedergegeben.</p>

Akteur	Funktion	Positionen/ Interessen	Fremdwahrnehmung durch andere Akteure
<b>Vertreter der Bürgerinitiative und des Ortschaftrates Sickingen (Fortsetzg.)</b>		<p>BI-Mitglieder wollen sich persönlich an die einzelnen Bauausschüsse sowie an jeden Stadtrat wenden, um sie von der „Zerstörung der Landschaft“ abzuhalten.</p> <p>BI sieht die räumlich und fachlich betroffenen Träger öffentlicher Belange auf ihrer Seite.</p> <p>Teile der BI sind zwar Gegner des IKG, andere Teile könnten aber den „Nasswasen“ als Gewerbegebiet noch tolerieren.</p> <p>Teile der BI befürchten, dass der Runde Tisch sie nur weich machen soll, sobald sie sich einen Spalt der Bebauung öffneten, käme das ganze Baufenster.</p> <p>Bereitschaft teilzunehmen nur dann, wenn sich der Runde Tisch nach einem möglichen Ausstieg der BI auflösen würde.</p>	
<b>Vertreter der Naturschutzverbände: NABU Naturschutzbüro Zollernalb e.V.</b>	<p>Stellungnahmen als nach §29 BNatSchG anerkannter Verband:</p> <p>Anhörungsrecht wie Träger öffentlicher Belange, aber kein qualifiziertes Anhörungsrecht, d.h. keine Klagemöglichkeit</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Befürworten Runden Tisch, Bereitschaft zur Teilnahme vorhanden</li> <li>- Sehen Zeitpunkt als richtig an, da ein Runder Tisch erst bei der Bauleitplanung zu spät sei</li> <li>- Wollen übergeordnete Belange vertreten</li> <li>- Die Nulloption (keine Bebauung) wird als Voraussetzung zur Teilnahme am Runden Tisch gesehen</li> <li>- Sehen es als interessante Frage an, wie Regionalplanung und kommunale Bauleitplanung zusammen agieren können bzw. was über die Regionalplanung für den Flächennutzungsplan vorweggenommen werden kann</li> <li>- Empfinden Runder Tisch als vorbereitendes Gremium für die Bauleitplanung</li> <li>- Finden es wichtig, dass das Gremium nicht zu groß wird.</li> </ul> <p>Eindruck ist entstanden, dass man das Gebiet jetzt „durchdrücken“ wolle.</p>	Keine Äußerungen
<b>Vertreter der Ministerien: Wirtschaftsministerium Ministerium für Umwelt und Verkehr Ministerium Ländlicher Raum</b>	<p>Wirtschaftsministerium erklärt Regionalplanänderungen für verbindlich.</p> <p>Die anderen Ministerien erarbeiten fachliche Stellungnahmen dazu.</p>	<p>Wirtschaftsministerium will aufgrund seiner Stellung im Genehmigungsverfahren keine Anregung und Mandat für den Runden Tisch geben und nicht außerhalb der gesetzlichen Verfahrensregeln teilnehmen.</p> <p>Sowohl das Ministerium für Umwelt und Verkehr als auch das Ministerium Ländlicher Raum sehen sich aufgrund des weit fortgeschrittenen gesetzlich vorgeschriebenen Verfahrens nicht in der Lage, ein Mandat zu erteilen oder teilzunehmen.</p> <p>Das Ministerium für Umwelt und Verkehr betont die „schwersten Bedenken“ gegenüber einer Besiedelung des „Nasswasen“ aus naturschutzfachlicher Sicht.</p>	Keine Äußerungen
<b>Vertreter des Regierungspräsidiums</b>	<p>Koordinieren die Stellungnahmen, Bündelungsbehörde für Ministerien, weisungsbefähigend für Landratsämter bei Genehmigung der Flächennutzungsplanung</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Befürworten die Idee der interkommunalen Kooperation, halten den Entscheidungsprozeß aber schon als zu weit fortgeschritten, als dass man noch konstruktiv verhandeln könnte</li> <li>- Skeptisch gegenüber einer eigenen Teilnahme am Runden Tisch: wenn dann als Beobachter</li> <li>- Würden Verhandlungen befürworten, wenn der künftige Investor mit am Tisch säße</li> <li>- Bedenken gegen Nasswasen aus Sicht des Naturschutzes, des Denkmalschutzes und des Landschaftsbildes.</li> </ul>	Keine Äußerungen
<b>Vertreter der Landratsämter</b>	<p>Genehmigen die Flächennutzungsplanung</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Fühlen sich nicht sehr betroffen</li> <li>- Äußern prinzipielles Interesse am Verfahren.</li> </ul>	Keine Äußerungen

Akteur	Funktion	Positionen/ Interessen	Fremdwahrnehmung durch andere Akteure
<b>Vertreter des Landesdenkmalamtes</b>	Vertreten die öffentlichen Belange des Denkmalschutzes	Bedenken v.a. wegen einer Bebauung des Nasswasen, keine prinzipielle Ablehnung des IKG „Umgebungsschutz“ der Hohenzollerburg, Verbindung zwischen Natur- und Kulturdenkmal muss gesehen werden Bereitschaft zur Teilnahme am Runden Tisch.	Keine Äußerungen
<b>Vertreter des Amtes für Landwirtschaft, Landschafts- und Bodenkultur</b>	Vertreten die öffentlichen Belange der Landwirtschaft	- Zur punktuellen Mitarbeit am Runden Tisch bereit - wollen nicht in einen Topf mit der BI geworfen werden.	Keine Äußerungen
<b>Vertreter der IHK</b>	Stellungnahmen bei der Ausweisung von Gewerbegebieten	- Sehen prinzipiell weitere Gewerbeflächen als notwendig für die Zukunft der Region an, um dritten Entwicklungsschub von Stuttgart aufzufangen - Möchten kein förmliches Mitglied am Runden Tisch sein, um durch Äußerungen nicht bei weiteren folgenden formalen Anhörungen als befangen zu gelten - Signalisieren Gesprächsbereitschaft über alle Aspekte des Gewerbegebietes.	Keine Äußerungen

Tabelle 1: Akteure, ihre Funktionen, Interessen/Positionen und deren Fremdwahrnehmung durch die anderen Konfliktbeteiligten

### 3.5 Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Runden Tisch

In der Anfangsphase des Runden Tisches war längere Zeit unklar, wer als Teilnehmer/in und wer als Experte/in an den Sitzungen teilnehmen sollte. In der ersten Sitzung wurde nach lebhafter Diskussion beschlossen, wer die „konstitutiven Mitglieder“ des Runden Tisches sein sollten, nämlich die Vertreter der beiden Kommunen, die Vertreter der Bürgerinitiative und Moderatorin und Moderator von der Akademie für Technikfolgenabschätzung. Der besondere Status dieser Mitglieder wurde dadurch bestimmt, dass nach einem etwaigen Ausscheiden eines dieser Mitglieder die Arbeit des Runden Tisches beendet sei. „Alle weiteren Mitglieder des Runden Tisches besitzen aber kraft ihrer Argumente die gleichen Empfehlungs- und Vetorechte“, wurde im Protokoll der ersten Sitzung festgehalten. Bis zur vierten Sitzung wurden in den Protokollen jeweils „Teilnehmer und Teilnehmerinnen“ vermerkt, die nicht kontinuierlich anwesend waren und teilweise dann als Experten auftraten (z.B. die beiden Vertreter/innen des Landesdenkmalamtes).

Die Teilnehmerinnen (zwei Frauen) und Teilnehmer des Runden Tisches kamen insgesamt sehr kontinuierlich zu den Sitzungen. Zwei Teilnehmer (vom Ortschaftsrat Sickingen und vom Landratsamt Zollernalbkreis) wurden in jeweils einer Sitzung durch eine andere Person vertreten. Der dritte Vertreter der Stadt Hechingen kam ab der zweiten Sitzung zum Teilnehmerkreis hinzu, der Vertreter des Landratsamtes Tübingen nahm erst ab der dritten Sitzung teil. Die Bürgerinitiative kam in der zweiten Sitzung mit vier statt der vereinbarten drei Vertreter. Aufgrund des Ein-

spruchs des Bürgermeisters von Bodelshausen blieb es in den folgenden Sitzungen dann jedoch bei den vereinbarten maximal drei Vertretern jeder Seite.

In Tabelle 2 sind alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Runden Tisches und deren Anwesenheit in den Sitzungen aufgeführt.

	Teilnehmer insgesamt	IKG-Befürworter					IKG-Gegner					Träger öffentlicher Belange, die Bedenken gegen das IKG geäußert hatten							
		Regionalverband		Hechingen		Bodelshausen	Ortschaftsrat Sick	Bürgerinitiative + Fischereiverein Bod				Naturschutzverbände	RP	Landratsämter	Amt f. LLB				
1. Sitzung	14	-	x	x	x		x	Vertreter	x	x	x	x	x	x	x	x	x	-	x
2. Sitzung	14	x	x	x	-	als Gast	x	x	x	x	x	x	x	x	-	x	x	-	-
3. Sitzung	14	-	x	x	x	als TN	x	x	x	x	-	x	x	-	Vertreter	x	x	x	x
4. Sitzung	17	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
5. Sitzung	17	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x

Tabelle 2: Teilnehmer/innen des Runden Tisches und deren Anwesenheit in den fünf Sitzungen

Seit der ersten Sitzung platzierten sich die IKG-Befürworter und IKG-Gegner auf verschiedenen Seiten des – von der Form her langgestreckt-rechteckigen - Tisches. Diese ‘Stammplätze’ wurden in den weiteren Sitzungen im wesentlichen beibehalten. Abbildung 2 gibt diese charakteristische Sitzordnung wieder (vgl. Kap. 5.2.5, S.52 zur Beurteilung dieser Sitzordnung). Wie die Beteiligten die Zusammensetzung der Personen am Runden Tisch abschließend beurteilten, ist Kapitel 5.2.2 (S.41ff.) zu entnehmen.

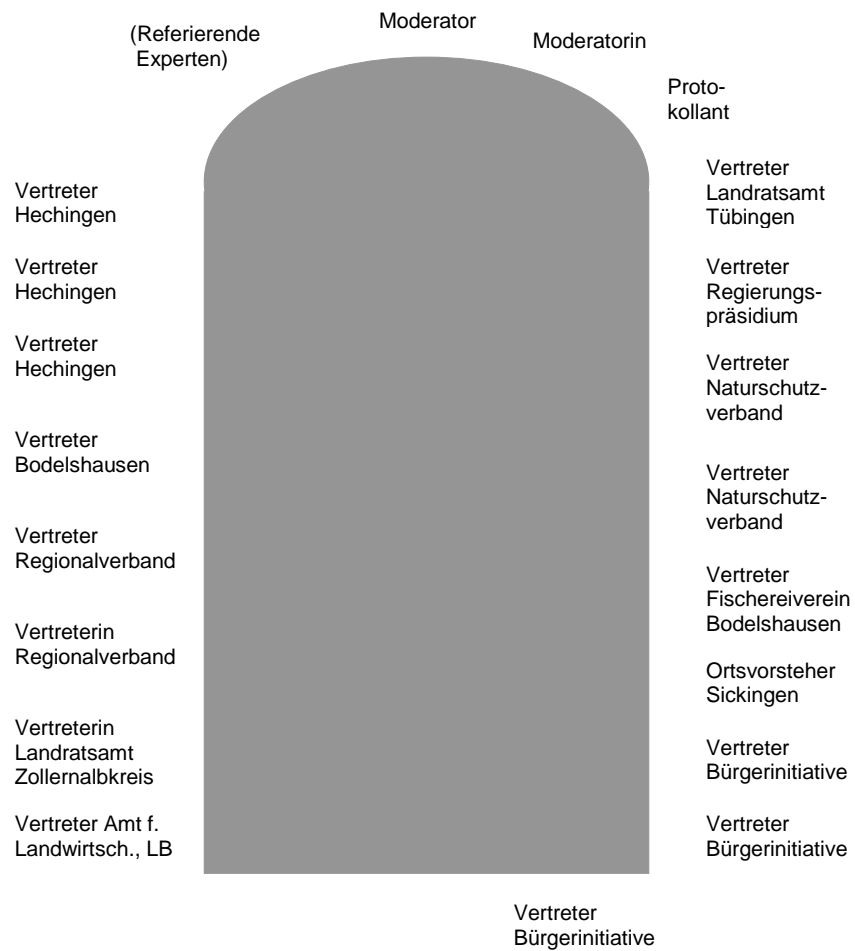


Abbildung 2: Sitzordnung am Runden Tisch

## 4 Bewertung der Ergebnisse des Runden Tisches

### 4.1 Anfängliche Erwartungen und Befürchtungen der Beteiligten zum Runden Tisch

Die Bewertungen der Ergebnisse des Runden Tisches werden im folgenden im Zusammenhang mit den anfänglichen Erwartungen der Beteiligten betrachtet.

Im Anfangsinterview wurde deutlich, dass die Mehrzahl der Befragten von vornherein mit begrenzten Erwartungen an den Runden Tisch ging und sich skeptisch zeigte, inwieweit die Befürworter und Gegner des IKG sowie die Bedenkenträger (d.h. die Vertreter öffentlicher Belange, die bereits im Vorfeld in schriftlichen Stellungnahmen zum geplanten IKG Bedenken geäußert hatten) zum jetzigen Zeitpunkt noch von ihren bereits öffentlich geäußerten Positionen abrücken würden. Zugleich verbanden viele Befragte ihre Teilnahme am Runden Tisch mit genau dieser Hoffnung. Auch Teilnehmer außerhalb der beiden 'Lager' sahen zum Teil geringe Chancen, dass die Kontrahenten sich aufeinander zu bewegen könnten. Aus der Sicht der Vertreter der Naturschutzverbände komme der Runde Tisch zu spät (nachdem schon schriftliche Stellungnahmen von Trägern öffentlicher Belange vorlagen) bzw. erschwere es die bisherige Entwicklung und derzeitige Konstellation den Befürwortern, noch ohne Gesichtsverlust von der verfolgten Linie abzurücken. Die Vertreter der Stadt Hechingen hätten eine andere Teilnehmer-Zusammensetzung des Runden Tisches begrüßt (nur drei Parteien: Hechingen, Bodelshausen und die Bürgerinitiative), so dass sich ihre Skepsis bezüglich eines konstruktiven Verlaufs des Runden Tisches auch an der Teilnahme der Bedenkenträger festmache.

Von den Gesprächen am Runden Tisch erhofften sich die Beteiligten:

- eine sachliche - anstelle der bisher emotional geführten – Diskussion, einen sachlichen Austausch von Argumenten
- ein Zusammentragen aller relevanten Informationen, so dass für alle Beteiligten ein gleicher Informationsstand hergestellt werde
- die Klärung von Sachfragen
- seitens der IKG-Gegner eine Rückenstärkung der eigenen Argumentation durch die Expertenaussagen
- sowohl von Befürwortern als auch Gegnern, dass die Gegenseite sich durch Argumente überzeugen lasse und von ihrer bisherigen Position abrücke.

Wünschenswerte Ergebnisse des Runden Tisches wären aus der Sicht eines kommunalen Vertreters:

„Wenn am Ende eines solchen Verfahrens wirklich stehen könnte: 'Jetzt machen wir das so und dann geht's weiter', dann wäre das eine tolle Sache.“

und aus der Sicht eines Mitglieds der Bürgerinitiative:

„Ich bin dann mit dem Runden Tisch zufrieden, wenn ich am Ende ein Resultat habe, das ich akzeptieren kann und selbst wenn am Ende etwas getan wird, was ich eigentlich überhaupt nicht haben will. Das ist ein Faktor der Demokratie, dass man auch Dinge akzeptieren muss, die einem zuwider sind. Absolut wichtig: ein Ergebnis! Ein Runder Tisch hat nur dann einen Sinn, wenn am Ende entweder eine Lösung im Sinne von Veränderung anfänglicher Positionen steht - "es geht weiter, man setzt sich auseinander" - oder ein klares Bekenntnis der Parteien zu ihren unverrückbaren Positionen - "Alles was Euch interessiert, interessiert uns nicht".“

## 4.2 Inwieweit bewahrheiteten sich Erwartungen und Befürchtungen?

Durch den Verlauf des Runden Tisches sahen die Beteiligten ihre Erwartungen erfüllt, dass sich die wesentlichen Akteure am Runden Tisch beteiligten, dass dieser über die geplanten fünf Sitzungen zusammen blieb und dass in einem rationalen sachlichen Gesprächsklima die relevanten Sachfragen fundiert behandelt werden konnten. Darüber hinaus zeigten sich die Vertreter der IKG-Gegner zufrieden, dass ihre Argumente durch die Expertenbeiträge untermauert worden seien.

Bestätigt fühlten sich auch die skeptischen Stimmen, die es von Anfang an als eher unwahrscheinlich betrachtet hatten, dass durch die Zusammenarbeit am Runden Tisch Bewegung in die kontroversen Positionen kommen könnte. Die einen führten dies auf die vorliegende Konstellation zurück, die nach dem bisherigen Verfahrensverlauf durch mangelnden Verhandlungsspielraum beider Seiten gekennzeichnet sei. Die anderen machten dafür die Grundhaltung der jeweiligen Kontrahenten verantwortlich.

Welche Erwartungen und Befürchtungen im einzelnen sich für die verschiedenen Akteure im Laufe des Runden Tisches erfüllten und welche nicht, zeigt Tabelle 3.

In den Einschätzungen der Befragten zeigten sich dabei unterschiedliche **Zielsetzungen**, was ein Runder Tisch in diesem Fall leisten sollte:

- den Konflikt zwischen Gegnern und Befürwortern des IKG lösen im Sinne einer eindeutigen „Wegweisung“ für die nachfolgenden Planungsschritte, sei es durch eine konsensuale Abwägung und Empfehlung der Beteiligten am Runden Tisch oder durch eine Art Schiedsspruch seitens der Akademie
- die Pro- und Contra-Argumente fundiert zusammenstellen, so dass die Entscheidungsträger der nächsten Planungsschritte auf dieser Grundlage ihre Abwägung eigenverantwortlich vornehmen können

[Fortsetzung übernächste Seite]

Akteur	Erwartungen / Befürchtungen	
	erfüllt	nicht erfüllt
<b>Vertreter Regionalverband</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kontrahenten sind überhaupt gekommen, haben sich an diesem Prozess beteiligt</li> <li>• Sachargumente kamen auf den Tisch, es wurde sachlich diskutiert, man konnte Kriterien für die Abwägung entwickeln</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gemeinsam am RT Kompromisse finden, die Planung durch Auflagen mitgestalten</li> <li>• Gemeinsam für die zur Diskussion stehenden Teilflächen eine Abwägung anhand gemeinsam bestimmter Kriterien vornehmen</li> </ul>
<b>Vertreter Hechingen</b>	<p>Erwartung</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• neutrales, vernünftiges Gesprächsklima, das sachliche Diskussion ermöglichte</li> </ul> <p>Befürchtungen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Standpunkte sind nicht wesentlich bewegt worden</li> <li>• Zeitpunkt des RT war zu spät, da Positionen schon zu sehr fixiert waren</li> <li>• Teilnahme der Vertreter von Behörden und Naturschutzverbänden haben die Verständigung der IKG-Befürworter und –Gegner nicht erleichtert</li> </ul>	
<b>Vertreter Bodelshausen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• dass Pro- und Contra-Argumente fundiert zusammengestellt wurden, so dass sich jeder selbstverantwortlich mit der Thematik auseinandersetzen und selbst eine Abwägung vornehmen kann</li> </ul>	
<b>Bürgerinitiative und Ortschaftsrat Sickingen</b>	<p>Erwartungen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Sachfragen wurden mit dem nötigen Ernst und fundiert behandelt</li> <li>• eigene Argumente wurden durch die Experten untermauert</li> </ul> <p>Befürchtungen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Weder die Befürworter noch die Gegner des IKG wichen von ihren anfänglichen Positionen ab</li> <li>• Wie in der großen Politik gehe es um Macht, um Zahlen und Erfolge, d.h. in Bodelshausen a) um Arbeitsplätze und Steigerung der Einwohnerzahl, b) um das diplomatische Sich-Erhalten einer guten Beziehung zu Hechingen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Erwartung einer Lösung bzw. „Wegweisung“ durch eine abschließende Empfehlung der AFTA → Wünschenswert: Alternativflächen für Gewerbegebiet in die Überlegungen mit einzubeziehen und die Bereitschaft der Akademie-Vertreter, eine abschließende Empfehlung abzugeben</li> <li>• Gewisse Hoffnung, dass die kommunalen Vertreter sich offen gegenüber den Argumenten gegen ein IKG an diesem Standort zeigen würden</li> </ul>
<b>Vertreter Naturschutzverbände</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Annahme, dass die Situation für einen Runden Tisch ungeeignet sei, aus folgenden Gründen: <ol style="list-style-type: none"> <li>1) keine neue Fragestellung, sondern der Verfahrensstand schon sehr weit fortgeschritten, dadurch klare Fronten</li> <li>2) Interessenlage der IKG- Befürworter und –Gegner lässt nur Entweder-oder-Entscheidung zu (Pro oder Contra IKG an diesem Standort), so dass es weder qualitative noch quantitative Kompromissmöglichkeiten gab</li> </ol> </li> <li>• Erwartung, dass die kommunalen Vertreter von ihrem Vorhaben nicht abweichen: Ausgangskonstellation birgt Gefahr für Beteiligte, nach ihren öffentlichen Äußerungen bei einem Abrücken von ihrer Position das Gesicht zu verlieren</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Hoffnung, auf der menschlichen Ebene etwas zu bewegen, d.h. IKG-Befürwortern und Gegnern dazu zu verhelfen, die jeweils andere Seite zu akzeptieren und durch gute Argumente dazu zu veranlassen, ihren Standpunkt zu überdenken, ohne sich in die Enge getrieben zu fühlen</li> </ul>
<b>Vertreter Regier.s-präsidium</b>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Befürchtung, er solle in Bezug auf seine zuvor abgegebene schriftliche Stellungnahme zur Fläche des Nasswasen „weichgeklopft“ werden</li> </ul>
<b>Vertreter Landratsämter</b>	<p>Erwartungen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• dass der Kreis in der Lage war, die 5 Sitzungen zusammenzubleiben und vernünftig zu diskutieren</li> <li>• dass durch die Gespräche am RT wieder eine Basis entsteht, in Ruhe miteinander zu reden</li> </ul> <p>Befürchtungen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• dass die Standpunkte sich wahrscheinlich nicht annähern werden, da die Auffassungen sehr weit auseinander lagen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Hoffnung, dass sich die Positionen etwas bewegen würden</li> </ul>

Tabelle 3: Erwartungen und Befürchtungen, die der Runde Tisch erfüllte oder nicht erfüllte



- durch die Bearbeitung der Sachfragen am Runden Tisch eine gemeinsamen Informationsbasis herstellen und für alle Beteiligten den gleichen Zugang zu Informationen gewährleisten
- Entscheidungsträgern bzw. Vertretern von Kommunen und Behörden gute Argumente an die Hand zu geben, die ihnen dabei helfen, ihren Standpunkt zu überdenken, ohne dass sie sich in die Enge getrieben fühlen
- durch die neutrale Vermittlung eine rationale Gesprächsbasis zwischen den Kontrahenten wiederherstellen
- im zwischenmenschlichen Bereich zu gegenseitigem Verständnis der Kontrahenten beitragen („dass man sich kennenlernt und es vielleicht gelingt, den Beteiligten beizubringen, dass jemand, der eine andere Meinung hat, deswegen nicht - auf gut Schwäbisch - ein Arschloch sein muss“)
- zum Verständnis der verschiedenen Positionen (auch in der Öffentlichkeit) beitragen und die emotionalen Wogen in der Öffentlichkeit glätten.

Diese verschiedenen Zielsetzungen wurden in der Regel nicht ausdrücklich thematisiert, unterschieden sich zum Teil auch zwischen den verschiedenen Vertretern derselben Gruppierung. Implizit beeinflussten sie mit Sicherheit die Bewertungen der Beteiligten, was am Runden Tisch erreicht wurde.

### **4.3 Zufriedenheit mit den Ergebnissen des Runden Tisches**

Bei der Bewertung der Ergebnisse des Runden Tisches unterschieden die Befragten (oft schon von sich aus, ohne entsprechende Nachfrage):

- Veränderung der anfänglichen Positionen
- Schriftlich vorliegendes Endergebnis in Form des Abschlussdokuments
- Erarbeitete Informationen und Gutachten
- Gesprächsatmosphäre zwischen den Kontrahenten.

Während die meisten Teilnehmer sich unzufrieden über die nicht stattgefundenen Veränderungen der anfänglichen Positionen der Kontrahenten zeigten, werteten sie doch die jetzt vorliegenden fundierten Informationen zu den relevanten und strittigen Themenbereichen und die verbesserte Gesprächsatmosphäre zwischen den Befürwortern und den Gegnern des geplanten IKG als Gewinn. Für die Mehrzahl der Befragten habe der Runde Tisch „schon was gebracht“ und sei keine verlorene Zeit gewesen. Sieben Beteiligte (drei kommunale Vertreter und jeweils die beiden Vertreter der Naturschutzverbände und der Landratsämter) stuften das Ergebnis des Runden Tisches als ihren (begrenzten bzw. negativen) Erwartungen entsprechend ein, insgesamt dreizehn Beteiligte waren mit mindestens einem Aspekt des Ergebnisses unzufrieden, während fünfzehn von siebzehn Beteiligten dem Ergebnis des Runden Tisches mindestens einen positiven Aspekt abgewinnen konnten.

Zufriedenheit mit Ergebnissen des Runden Tisches	Summe <sup>11</sup> der Befrag- ten	Befragte im einzelnen						
		Regio- ver- band	Vertreter Kommun- nen	Bl u. Ortschaft- srat Sick	Natur- schutz	RP	Land- rats- ämter	Amt f. LLB
<b>Ergebnis entspricht den</b> (begrenzten bzw. negativen) <b>Erwartungen</b>	<b>7</b>		3		2		2	
<b>Unzufrieden</b> (mit mindestens einem Aspekt)	<b>13</b>							
‣ da Ergebnis gleich Null; vom Ergebnis her hätte man sich die Zeit sparen können				3				
‣ da die Positionen sich nicht verändert haben	6		1	2	1		2	
‣ dass die Gegenseite sich nicht einsichtig zeigte und ihre Position revidierte	6	1	2	3				
‣ dass jeder aus den Expertenvorträgen nur das für seine Position Passende rausgepickt hat							1	
‣ dass jetzt das Ergebnis des RT in der Öffentlichkeit so dargestellt wird, jeder sei bei seiner Position geblieben			1					
‣ dass die AFTA zum Schluss nicht selbst eine Empfehlung (Schiedsspruch) aussprach				2				
‣ mit Abschlusspapier, das der vorherigen differenzierten Erörterung nicht entsprach			1					
‣ da keine Bewertung der Teilflächen mehr vorgenommen wurde und somit kein eigentliches Ergebnis vorliegt		1						
‣ da durch den RT dem eigenen Ziel nicht näher gekommen			2					
Absolut betrachtet: Unzufrieden, da keine Seite sich bewegt hat. Beide Seiten haben aber doch einen Vorteil daraus gezogen, daher: relativ zufrieden		1						
<b>Zufrieden</b> (mit mindestens einem Aspekt)	<b>15</b>							
‣ mit den fundierten fachlichen Grundlagen (durch die Gutachten) und Zugewinn an Informationen	11	2	4	5				
‣ dass die ganze Themenbreite zur Problematik zusammengetragen wurde, dass Argumente und Positionen deutlicher geworden sind					1	1		
‣ mit der fundierten Erörterung aller wichtigen Aspekte als Grundlage für eigene Abwägung der Gemeinderäte			1					
‣ da die eigenen Argumente durch die Experten bestätigt wurden				2				
‣ damit, Argumentationshilfen für das weitere Verfahren bekommen zu haben			1					
‣ mit dem Gutachten zur Wassermenge, da es die Chance für entsprechende Bauauflagen steigert					1			
‣ mit Fotosimulation: könnte der weiteren Diskussion dienlich sein, eine Hilfe für die Gremien, die sich damit befassen werden					1			
‣ mit Konsens über das Erweiterungsgelände für die Fa. Ott in Bodelshausen				1				
‣ mit Verbesserung der Atmosphäre zwischen den Kontrahenten, Wiederherstellen v. Gesprächsbasis	6		3	2			1	
‣ mit der Erfahrung des Runden Tisches insgesamt: Problem breitgefächert diskutieren, pers. Kontakte								1
Runder Tisch hat auf jeden Fall was gebracht, war keine verlorene Zeit	<b>3</b>		1		1		1	

Tabelle 4: Zufriedenheit mit den Ergebnissen des Runden Tisches

<sup>11</sup>Einige der Befragten erörterten mehrere Aspekte, notiert wurden die Einzeläußerungen. In der Summen-Spalte ist die Anzahl der Personen wiedergegeben, die sich in die jeweilige Richtung äußerten.

### **Unbefriedigende Aspekte des Ergebnisses**

Die Unzufriedenheit der Beteiligten mit dem Ergebnis des Runden Tisches bezog sich hauptsächlich darauf, dass die Positionen der Kontrahenten durch die Zusammenarbeit am Runden Tisch sich nicht geändert hätten. Damit waren sowohl Befürworter wie Gegner des IKG, je ein Vertreter des Regionalverbands und der Naturschutzverbände, sowie die beiden Vertreter der Landratsämter unzufrieden. In den Lagern der Befürworter und Gegner wurde dies so formuliert: Man sei unzufrieden, dass die Gegenseite sich in ihrer Position nicht beweglich gezeigt habe. Zwei Beteiligte am Runden Tisch, die nicht direkt einem der beiden 'Lager' zuzurechnen sind, beschrieben die Situation folgendermaßen:

„Jeder fühlt sich ja aufgrund dieses Ergebnisses bestätigt. Jeder liest aus dem Abschlussdokument das raus, was seiner Linie entspricht.“

„Hier wurde die Ergebnisoffenheit postuliert und alle haben auch brav Lippenbekenntnisse abgegeben, aber ob ein objektiver Betrachter zustimmen würde, wenn alle Seiten sagen: 'Meine Auffassung ist durch die Gutachter bestätigt worden', da mache ich doch ein Fragezeichen. Die eigene Auffassung hätte mindestens kräftig relativiert werden müssen in einigen Bereichen, was nicht stattgefunden hat. Das habe ich auch bei der Bürgerinitiative nicht gesehen, bei den Gemeindevertretern sowieso nicht.“

Ein kommunaler Vertreter kritisierte hingegen, dass nach Ende des Runden Tisches in der Öffentlichkeit die trotz Runden Tisch unveränderten Positionen so stark betont würden, anstatt zu verdeutlichen, dass die beiden im Abschlussdokument begründet dargestellten Positionen gegenüber dem IKG die Grundlage für die sich jetzt anschließende Abwägung seien.

Zwei Beteiligte waren mit dem in Form des Abschlussdokuments schriftlich vorliegenden Endergebnis unzufrieden: Da dieses Papier unter großem Zeitdruck zustande gekommen sei, werde es der differenzierten Diskussion, so wie sie während der Sitzungen des Runden Tisches stattgefunden habe, nicht gerecht. Es wurde bedauert, dass letztlich keine Einzelbewertung der zur Diskussion stehenden Teilflächen mehr vorgenommen wurde. Diese differenzierte Bewertung wäre der wertvollste Bestandteil einer Empfehlung an die Verbandsversammlung und die Gemeinderäte gewesen, der nun fehle.

Zwei Vertreter der IKG-Gegner waren damit unzufrieden, dass das Team der Akademie zum Schluss nicht selbst eine Empfehlung (im Sinne eines Schiedsspruchs) ausgesprochen hatte. Aufgrund des Namens der Akademie – „für Technikfolgenabschätzung“ – war bei einigen der IKG-Gegner die Erwartung eines solchen abschließenden Stellungnahme, einer „Abschätzung“, entstanden.

Zwei Vertreter der Stadt Hechingen äußerten sich unzufrieden darüber, durch den Runden Tisch ihrem Ziel einer Weiterentwicklung der Planungen nicht nähergekommen zu sein.

### **Zufriedenstellende Aspekte des Ergebnisses**

Während die Befragten ihre Unzufriedenheit hauptsächlich an den unveränderten Positionen der Kontrahenten und am Abschlussdokument festmachten, bezog sich ihre Zufriedenheit auf die fachlichen Informationen und die Gesprächsatmosphäre.

Elf der siebzehn Teilnehmer/innen waren mit den durch die Experten beigetragenen fundierten fachlichen Grundlagen und dem Zugewinn an Informationen durch den Runden Tisch zufrieden. Zwei Vertreter der IKG-Gegner waren insbesondere befriedigt, dass die eigenen Argumente durch die Experten bestätigt worden seien. Andere Stimmen meinten, es sei wertvoll gewesen, dass die ganze Themenbreite zur Frage der Regionalplanänderung und des IKG zusammengetragen worden sei. Die Argumente und Positionen seien dadurch klarer geworden. Diese fundierte Erörterung aller wichtigen Aspekte könne jetzt als Grundlage für eine Abwägung der Gemeinderäte dienen (äußerte ein kommunaler Vertreter). Einzelne Befragte waren insbesondere zufrieden mit dem Gutachten zur Wassermenge des Butzensees und der Fotosimulation. Ein kommunaler Vertreter war auch zufrieden damit, Argumentationshilfen für das weitere Verfahren bekommen zu haben.

Sechs Befragte (drei Befürworter und zwei Gegner des IKG sowie ein Vertreter der Landratsämter) sahen in der Verbesserung der zwischenmenschlichen Atmosphäre zwischen den Kontrahenten und dem Wiederherstellen einer Gesprächsbasis einen Gewinn durch den Runden Tisch. Der Runde Tisch habe zum besseren gegenseitigen Verständnis beigetragen und darauf könne man im weiteren Verlauf des Verfahrens aufbauen. Durch den Runden Tisch hätten sich die Beteiligten besser kennen- und ihre Standpunkte akzeptieren gelernt, so dass man jetzt wesentlich sachlicher miteinander umgehe als zuvor. Atmosphärisch habe der Runde Tisch viel wieder gut gemacht, was vorher zertrampelt worden sei. Ein Beteiligter beschrieb, dass er vor dem Runden Tisch „wie eine kalte Hand im Genick“ gehabt habe, wenn einer der Kontrahenten etwas gesagt habe. Das sei durch den Runden Tisch deutlich anders geworden.

## **4.4 Zufriedenheit mit der Gesprächsatmosphäre am Runden Tisch**

Bei der abschließenden Sitzung des Runden Tisches beschrieb ein Vertreter der Bürgerinitiative in seinem Resümee die Gesprächsatmosphäre folgendermaßen:

„Wir sind sehr artig miteinander umgegangen und sind uns menschlich näher gekommen, als wir uns in der Sache gewesen sind.“

Dieses Zitat wurde vom Hechinger Bürgermeister bei der Abschlussveranstaltung aufgegriffen und seinerseits unterstrichen.

Zwölf von siebzehn Beteiligten waren zufrieden mit der Gesprächsatmosphäre und dem gegenseitigen Umgang am Runden Tisch, während fünf Befragte Kritik äußerten (siehe Tabelle 5). Positiv wurde vermerkt, dass man sich trotz unterschiedlicher Positionen akzeptiert gefühlt habe und die eigene Argumentation ernst genommen wurde. Sechs Befragte (drei Befürworter und zwei Gegner des IKG, sowie ein Vertreter der Landratsämter) vermerkten ausdrücklich, dass sich die Atmosphäre im Laufe der Sitzungen zunehmend verbessert habe. Ein neutraler Beteiligter beschrieb die Atmosphäre folgendermaßen:

„Die Gesprächsatmosphäre fand ich sehr angenehm. Die Leute haben sich zugehört, haben die Argumente der anderen gewürdigt und nicht pauschal abgewertet, waren alle ... sehr kenntnisreich, sehr motiviert bei der Sache.“

Zur guten Gesprächsatmosphäre habe beigetragen,

- dass auch emotionale Äußerungen und Spitzen einen Platz hatten, aber insgesamt im Rahmen blieben,
- dass die Runde durch das Team der Akademie gut moderiert worden sei,
- dass aus der Sicht eines IKG-Befürworters ein Sprecher der IKG-Gegner immer wieder schlichtend und vermittelnd eingegriffen habe,
- dass man sich auch unter den Kontrahenten jedes Mal die Hand gegeben und auch die eine oder andere Zigarette miteinander geraucht habe.

Zwei Beteiligte, die am Tisch eine neutrale Position einnahmen, erlebten das Gesprächsklima als interessant, spannend, nie langweilig. Das Mitmachen und Debattieren habe Spaß gemacht, so dass man ungeachtet der teilweise sehr langen Sitzungsdauer konzentriert dabei geblieben sei.

Die positive Einschätzung der Gesprächsatmosphäre war jedoch durchaus nicht einhellig. Kritisiert wurde von einem Vertreter der Bürgerinitiative, dass es zu keiner offenen Auseinandersetzung der Kontrahenten gekommen und somit das Lob der Streitkultur (durch kommunale Vertreter) nicht gerechtfertigt sei:

„Deswegen ist es keine Gesprächskultur, weil man die Chance zum Streit gar nicht gehabt hat, weil die andere Seite kein Argument ausgepackt hat, das angreifbar war. Bei unseren Aussagen haben sie sich bedeckt gehalten und sie selber haben keine getätigt. .... Wenn (der Gemeindevertreter) zum (Vertreter des Naturschutzverbands) gesagt hätte: "Wissen Sie, das ist nett und gut, aber das interessiert mich eigentlich nicht." Er lehnt sich beim entsprechenden Vortrag zurück und man sieht genau an seiner Art: Es rollt an ihm vorbei oder es flutscht an ihm runter und es interessiert ihn nicht. Wenn er zu solchen Dingen seine Meinung sagt, ganz offen und ehrlich, dann hat man die Chance auf einen Streit und erst dann kann man von Streitkultur reden. ... Bei der Art von seichter Unterhaltung kann am Ende kein Ergebnis rauskommen.“

Zufriedenheit mit der Gesprächsatmosphäre am Runden Tisch	Summe der Befragten <sup>12</sup>	Befragte im einzelnen						
		Regio. verband	Vertreter Kommunen	Bürgerinitiative u. Ortschaftsrat Sick	Naturschutz	RP	Landratsämter	Amt f. LLB
<b>Zufrieden</b> mit der Gesprächsatmosphäre und dem gegenseitigen Umgang <ul style="list-style-type: none"> <li>▸ da man sich jetzt trotz unterschiedlicher Positionen mehr akzeptiert bzw. da die eigene Argumentation ernst genommen wurde</li> <li>▸ da sich die Atmosphäre im Laufe der Sitzungen zunehmend verbesserte bzw. sich die Beteiligten aggressiver Äußerungen immer mehr enthielten</li> <li>▸ da auch emotionale Äußerungen und Spitzen einen Platz hatten, aber im Rahmen blieben</li> </ul>	<b>12</b>	1	4 1 3 1	3 2 2		1	2 1	1
Runder Tisch war vom menschlichen Umgang, vom Gesprächsklima, vom Ton den man gepflegt hat, ein Gewinn	<b>4</b>		3	1				
<b>Gesprächsatmosphäre war ...</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>▸ spannend, nie langweilig, es war immer was los, Lust am Debattieren und Mitmachen war da</li> <li>▸ sehr angenehm: Die Leute haben sich zugehört, haben die Argumente der anderen gewürdigt und nicht pauschal abgewertet, waren alle sehr kenntnisreich, sehr motiviert bei der Sache</li> </ul>						1	1	1
Erfreulich war, dass die Gegenseite einem Streitkultur bescheinigte				1				
<b>Zur guten Gesprächsatmosphäre trug bei</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>▸ Moderation durch Team der Akademie</li> <li>▸ schlichtende Eingriffe von Prof. S. (Mitglied der BI)</li> <li>▸ dass man jedem jedes Mal die Hand gegeben hat, jedes Mal sogar noch eine Zigarette miteinander geraucht hat</li> </ul>	<b>5</b>	1	2 1 1	2				
<b>Unzufrieden</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>▸ mit mangelnder Bereitschaft, der Gegenseite zuzuhören und sich deren Argumenten zu öffnen</li> <li>▸ damit, dass die sogenannte Streitkultur in der Vermeidung von Auseinandersetzungen bestand</li> <li>▸ da sich die Fronten von Sitzung zu Sitzung verhärtet haben</li> <li>▸ mit der Konfrontationssituation allein durch die Sitzordnung</li> </ul>	<b>5</b>	1 1 1	1	2 1	1			
Gestört hat Haltung (von Gemeindevertretern) gegenüber Experten, die Argumente gegen IKG brachten: Versuch, sie lächerlich zu machen, Killerargumente	<b>2</b>			1	1			
Die Gesprächsatmosphäre war auch vor dem Runden Tisch nicht so schlecht, er hat nicht zu einer Verbesserung der Atmosphäre beigetragen	<b>1</b>				1			

Tabelle 5: Zufriedenheit mit der Gesprächsatmosphäre am Runden Tisch

<sup>12</sup>Einige der Befragten erörterten mehrere Aspekte, notiert wurden die Einzeläußerungen. In der Summen-Spalte ist die Anzahl der Personen wiedergegeben, die sich in die jeweilige Richtung äußerten.

Das Fehlen der Möglichkeit zur direkten Auseinandersetzung wurde außer an der Haltung der Kontrahenten auch an der zeitlichen Gestaltung der Sitzungen festgemacht, die kaum Zeit für die Diskussion der Expertenbeiträge gelassen habe.

Bei Befürwortern und Gegnern des IKG wurde die mangelnde Bereitschaft kritisiert, der Gegenseite zuzuhören und sich deren Argumenten zu öffnen, wobei diese Kritik an detaillierten Verhaltensbeobachtungen der Kritisierten festgemacht wurde. Auch körpersprachliche Äußerungen wurden sehr genau registriert und interpretiert (vgl. Zitat S.29). Einzelnen kommunalen Vertretern wurde hinsichtlich ihres Umgangs mit Kontrahenten „negativer politischer Stil“ attestiert, z.B. der Versuch, Personen, die Gegenargumente brachten, lächerlich zu machen, sie auszulachen und ihnen mit Killerphrasen zu kontern. Interpretiert wurde dies als Haltung, die man von Stadtverwaltungen schon kenne:

„Wir sitzen da auf unserem Posten, uns kann keiner, wir bestimmen. Ihr könnt denken, meinen und glauben, was Ihr wollt, im besten Fall sind wir freundlich zu Euch. Aber wir ziehen durch, was wir wollen.“

Ein anderer Beteiligter sah darin „atavistische Verhaltensweisen“, die schließen ließen auf die „Angst und innere Gefährdung dieser Leute“ angesichts von Gegenargumenten, gegen die „sie sich nicht mehr anders wehren (konnten) als durch Trotz und Aufbegehren“. Ein Beteiligter nahm eine Verhärtung der Fronten von Sitzung zu Sitzung wahr, was er auch auf die Sitzordnung zurückführte, bei der sich die Befürworter und Gegner des IKG jeweils an den Längsseiten des Tisches gegenüber saßen (siehe dazu auch Kap. 5.4.2, S.62ff.).

## 4.5 Zusammenfassung der Ergebnis-Bewertungen

Die Befragten beurteilten die Ergebnisse und den Ertrag des Runden Tisches nach den Kriterien:

- Veränderung der Positionen der Konfliktbeteiligten
- Endergebnis in Form des Abschlussdokuments
- Erarbeitete Informationen und Gutachten
- Gesprächsatmosphäre zwischen den Konfliktbeteiligten.

Die Mehrzahl der Befragten hatte von vornherein begrenzte Erwartungen, was ein Runder Tisch bei den vorliegenden Ausgangsbedingungen leisten könne. Zwei Drittel der Teilnehmer waren unzufrieden, dass die Positionen der Befürworter und Gegner des IKG unverändert geblieben waren. Sie werteten jedoch die durch den Runden Tisch erarbeiteten und dokumentierten Informationen zu den relevanten und strittigen Themenbereichen und die verbesserte Gesprächsatmosphäre zwischen Befürwortern und Gegnern des IKG als Gewinn.

## **5 Bewertung der Prozessgestaltung des Runden Tisches unter Berücksichtigung von Aspekten des Vertrauens ins Verfahren und in die beteiligten Akteure**

In diesem Kapitel wird der Verlauf des Runden Tisches aus dem Blickwinkel der Prozessgestaltung unter die Lupe genommen. Dabei sollen „heikle“ Punkte im Verfahrensverlauf identifiziert und Ansatzpunkte für entsprechende Steuerungsmöglichkeiten abgeleitet werden. Besonderes Augenmerk wird dabei den Anlässen für Glaubwürdigkeits- und Vertrauensgewinne bzw. –verluste der verschiedenen Beteiligten gewidmet.

Zunächst wird in Kap. 5.1 dargestellt, inwieweit der Zeitpunkt für die Initiierung des Runden Tisches im Ablauf des förmlichen Planungsverfahrens aus der Sicht der Beteiligten angemessen war. Einzelne Aspekte der Prozessgestaltung - wie Teilnehmer-Zusammensetzung, Mandat, zeitliche Gestaltung der Sitzungen und Diskussionsleitung - werden in Kap 5.2 betrachtet und beschrieben, inwiefern die Beteiligten das Moderationsteam der Akademie als glaubwürdig und vertrauenswürdig erlebten, inwieweit sie ihm prozedurale Kompetenz zuschrieben. In Kap. 5.3 wird auf das Informationsangebot und die Akzeptanz der hinzugezogenen Experten eingegangen und in Kap. 5.4 das Verhältnis der Kontrahenten zueinander im Hinblick auf Anlässe für gegenseitiges Misstrauen rekonstruiert. Kap. 5.5 fasst schließlich zusammen, welche Punkte sich im Verlauf des Runden Tisches als kritisch für die Prozessgestaltung erwiesen.

### **5.1 Zeitpunkt des Runden Tisches**

Der Zeitpunkt des Runden Tisches war für die Befragten ein wichtiger Aspekt ihrer Einschätzung seines Erfolgs bzw. seiner Ergebnisse. Einige der Befragten erörterten mehrere mögliche Zeitpunkte (siehe Tabelle 6), das heißt, je nach Perspektive kann der Zeitpunkt des Runden Tisches unterschiedlich bewertet werden.

Als exemplarisch für eine Erörterung verschiedener möglicher Zeitpunkte können die Einschätzungen der Vertreter des Regionalverbands gelten: Ihnen sei im Verlauf des Runden Tisches klar geworden, dass er kein greifbares Ergebnis bringen konnte, weil die IKG-Gegner keinen Zwang hatten, Zugeständnisse zu machen. Die Regionalplanänderung ist nur ein Vorverfahren; die eigentlichen Sachfestlegungen erfolgen in den Bauleitplan-Verfahren. Warum sollten also jetzt schon Zugeständnisse gemacht werden? Diese könne sich die Gegnerseite für die Verfahren der Bauleitplanung aufbewahren, falls sie bei der Regionalplanänderung unterliege. Der Runden Tisch hätte im Rahmen des Flächennutzungsplan-Verfahrens wesentlich mehr Chancen auf ein



konkretes Ergebnis gehabt. Aus dieser Sicht kam der Runde Tisch also zu früh. Andererseits sei mehrfach gesagt worden, der Runden Tisch hätte schon wesentlich früher - bei der Vorauswahl der Standorte für den Regionalplan - stattfinden müssen; damit Alternativen zum Standort Hechingen/Bodelshausen hätten diskutiert werden können. Ein solcher Tisch hätte aber sicherlich eine andere Teilnehmer-Zusammensetzung gebraucht, jedoch hätten es wohl kaum Vertreter aus allen Gemeinden der Region sein können (siehe auch Kap. 5.2.3, S.48). Um den Runden Tisch arbeitsfähig zu halten, hätte man repräsentative Vertreter gebraucht – und die habe man ja auch in der Verbandsversammlung des Regionalverbands. Daher sei also die Standortauswahl doch richtig erfolgt, unter Beteiligung aller Kommunen und Fachbehörden in zwei Anhörungsverfahren zur Aufstellung des Regionalplans 1993. Auch folgende Überlegung lasse einen früheren Zeitpunkt des Runden Tisches sinnvoll erscheinen: Er hätte auch nach der Aufstellung und Verbindlicherklärung des Regionalplans 1993, jedoch vor der Einleitung des Änderungsverfahrens im Bereich „Nasswasen“ stattfinden können. Die Expertenaussagen wären dann eine gute Grundlage für die Abwägung gewesen, ob der „Nasswasen“ als Bestandteil des „Schwerpunkts für Industrie und Gewerbe“ Hechingen/Bodelshausen zu rechtfertigen ist oder nicht.

Zeitpunkt des Runden Tisches	Summe der Befragten <sup>13</sup>	Befragte im einzelnen					
		Regio.-verband	Vertreter Kommunen	Bürgerinitiative u. Ortschaftsrat Sick	Naturschutz	RP	Landratsämter
Früher	9	1	1		2	1	1
Gerade richtig	5		3	2			
Später	3	1	1		1		
Abhängig von Gesprächsbereitschaft d. Kontrahenten	2			1	1		

Tabelle 6: Beurteilung des Zeitpunkts, zu dem der Runde Tisch stattfand

Die Mehrzahl der Befragten (insgesamt neun) waren der Ansicht, der Runde Tisch hätte früher stattfinden müssen, zu einem Zeitpunkt bevor sich feste Meinungen und Positionen gebildet hätten und bevor schriftliche Stellungnahmen abgegeben worden seien, die kaum ohne Gesichtsverlust wieder revidiert werden könnten. Der Bürgermeister von Bodelshausen fand, dass der Runde Tisch bei den ersten Anzeichen eines Konflikts hätte kommen sollen (jedoch kam der Konflikt in Bodelshausen unerwartet auf, da der Gemeinderat sich bereits vorher am 16.9.97 in öffentlicher Sitzung einstimmig – und ohne öffentlichen Protest - für eine Beteiligung an einem IKG ausge-

<sup>13</sup>Einige der Befragten erörterten mehrere mögliche Zeitpunkte, d.h. die Spaltensumme kann jeweils größer als die Zahl der Teilnehmer sein. In der Spaltenspalte wurden die Einzeläußerungen summiert.

sprochen hatte). Die Vertreter der Stadt Hechingen waren der Meinung, dass der Runde Tisch zum richtigen Zeitpunkt stattgefunden habe, nämlich nachdem es zu den heftigen Emotionen in der Bevölkerung gekommen war. Ein Runder Tisch sollte nach ihrer Meinung auch erst dann eingesetzt werden, wenn es zu einer emotionalen Austragung von Konflikten komme. Solange dies nicht der Fall sei, könne man sich ein solches Verfahren sparen. Auch zwei Vertreter der IKG-Gegner fanden den Zeitpunkt des Runden Tisches richtig aufgrund der aktuell aufgetretenen sehr emotionalen Auseinandersetzungen.

Die Vertreter des Regierungspräsidiums, eines Landratsamts und der Naturschutzverbände, sowie der Bürgermeister von Bodelshausen sprachen sich hingegen dafür aus, einen Runden Tisch – oder zumindest ein Zugehen auf mögliche Gegner einer Planung, z.B. in Form einer Informationsveranstaltung - schon im Vorfeld möglicher Konflikte in Erwägung zu ziehen, wenn man abschätzen könne, dass durch eine Planung größere Bevölkerungsgruppen tangiert seien und ein Konfliktpotential bestehe. Planungsträger sollten in einer solchen Situation die Initiative ergreifen: „Leute, das und das haben wir vor. Wir haben noch keine festen Vorgaben. Hocken wir uns zusammen!“. Diese Gespräche sollten ergebnisoffen geführt werden unter Beteiligung all derer, „die meinen, was Wichtiges beizutragen zu haben“.

Drei Befragte, die den Zeitpunkt des Runden Tisches insgesamt als richtig gewählt beurteilten, erörterten jedoch auch, dass der Runde Tisch zu einem späteren Zeitpunkt hätte erfolgversprechend sein können, nämlich dann, wenn es um definierte Flächen (bei der Flächennutzungsplanung) oder um konkrete Bauvorhaben gehe. Solche konkreten zur Debatte stehende Vorhaben hätten aus Sicht dieser Befragten die Diskussion wesentlich erleichtert, da dann keine Unklarheiten bezüglich der Planungsebene bestanden hätten und man sich gezielt hätte mit der Gestaltung dieser Planungen auseinandersetzen können. Bei einem konkretem Bauvorhaben seien die Vorhabenträger außerdem in der Lage zu erklären, welche Vorschläge bzw. Auflagen sie wie umsetzen werden. Dadurch könne mehr Vertrauen in die Umsetzung der Ergebnisse eines Runden Tisches entstehen.

Zwei Stimmen (je ein Vertreter der IKG-Gegner und der Naturschutzverbände) wollten den Zeitpunkt eines Runden Tisches nicht an Planungsstadien sondern an der Gesprächsbereitschaft der verantwortlichen Planer und Entscheidungsträger festmachen: Solange die Verantwortlichen gesprächsbereit seien, d.h. auch bereit, ihre gegebenenfalls bereits geäußerte Meinung zu revidieren, solange könne ein Runder Tisch erfolgversprechend sein („Der Zeitpunkt ist uninteressant. Die Gesprächsbereitschaft ist entscheidend.“). Ein kommunaler Vertreter meinte dazu:

„Alles ist ein guter Zeitpunkt, wenn man noch Schlimmeres verhindern kann. Es gibt eigentlich nie einen Zeitpunkt, wo es zu spät ist.“

Somit scheint in der Einschätzung der Mehrzahl der Befragten der geeignete Zeitpunkt eines Runden Tisches im wesentlichen davon abzuhängen, ob Meinungen und Positionen von den Beteiligten ohne Gesichtsverlust revidiert werden können. Ein Vertreter der Naturschutzverbände betrachtete in diesem Zusammenhang ausdrücklich das derzeitige politische Klima, in dem insbesondere Vertreter von öffentlichen Verwaltungen unter einem hohen Druck stünden, keine Fehler zu machen. Dadurch könnten sie öffentlich geäußerte Meinungen nur sehr schwer wieder ändern oder – anders gesagt – ihnen werde wenig Spielraum eingeräumt, dazulernen. Dies stelle für Abwägungen bei Planungsprozessen eine erhebliche Schwierigkeit dar.

## **5.2 Prozessgestaltung durch das Moderationsteam der Akademie**

In diesem Kapitel wird beschrieben, inwiefern die Beteiligten des Runden Tisches dem Moderationsteam der Akademie Vertrauen entgegen brachten und inwieweit sie ihm prozedurale Kompetenz zuschrieben. In Kap. 5.2.1 werden zunächst die Faktoren erörtert, die dazu beitragen, dass die Teilnehmer/innen des Runden Tisches die Moderatorin und den Moderator als glaubwürdig und vertrauenswürdig einschätzten und was dazu führte, dass dieses Vertrauen zeitweise in Frage gestellt wurde. Anschließend werden in Kap. 5.2.2 bis 5.2.7 die Beurteilungen von einzelnen Aspekten der Prozessgestaltung durch die Befragten dargestellt.

### **5.2.1 Vertrauen gegenüber dem Moderationsteam der Akademie, wahrgenommene Fairness und Neutralität der Prozessgestaltung**

#### **5.2.1.1 Methodisches Vorgehen**

In den Abschlussinterviews wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Runden Tisches in offener Form gefragt, inwieweit sie die Moderatorin und den Moderator von der Akademie für Technikfolgenabschätzung als vertrauenswürdig, neutral und fair erlebt hätten und ob sich ihre diesbezügliche Einschätzung im Laufe der Zeit verändert habe. Diese Fragen wurden gestellt, ohne im Vorhinein die Begriffe Vertrauen, Neutralität und Fairness näher zu definieren (etwa in Anlehnung an deren Verwendung in der Literatur, vgl. Renn und Levine, 1989; Renn und Kastenholz, 1998). Ausgehend vom Alltagsbedeutungsverständnis der Befragten

- wurde im Interview die Gesamteinschätzung erhoben, inwieweit das Moderationsteam und dessen Prozessgestaltung als fair und neutral wahrgenommen wurden,

- wurden die Bedingungen erörtert, die a) zu Misstrauen Anlass gaben, und b) zur Entwicklung von wahrgenommener Vertrauenswürdigkeit des Moderationsteam beitragen.

Die Entwicklung des Vertrauensverhältnisses der verschiedenen Beteiligten zum Moderationsteam wird in Anlehnung an die Phasen des Projektzyklusmodells von Bettina Oppermann (in Vorbereitung) dargestellt.

### **5.2.1.2 Entwicklung des Vertrauensverhältnisses der verschiedenen Beteiligten zum Moderationsteam im Verlauf des Runden Tisches**

Um es gleich vorweg zu nehmen: Das Moderationsteam wurde von allen Befragten einhellig als neutral und fair in seiner Verfahrensgestaltung erlebt.

Bei den Vertretern des Regionalverbands und der beiden Kommunen blieb die Einschätzung der Vertrauenswürdigkeit des Akademieteam von Beginn bis zum Ende des Runden Tisches im wesentlichen stabil, während sich die Einschätzung seitens der IKG-Gegner von erheblichem Misstrauen zu Beginn hin zu zunehmendem Vertrauen – mit einigen zwischenzeitlichen Schwankungen – wandelte. Das Moderationsteam konnte sich im Vorfeld und in den ersten beiden Sitzungen des Runden Tisches bei den IKG-Gegnern soviel Vertrauen erwerben, dass dann auch temporäre Anlässe zu Misstrauen nicht so stark ins Gewicht fielen.

#### **Projektinitiierung und Dialogbeginn**

Der erste Kontakt zwischen einem Konfliktbeteiligten und dem Team der Akademie wurde durch den Verbandsdirektor des Regionalverbands Neckar-Alb hergestellt, der in der Folge als ´Türöffner´ bei den beiden Bürgermeistern fungierte (siehe Kap. 3.3, S. 14). Aufgrund dieses Einstiegs wurde die Akademie von den Bürgermeistern und den anderen **kommunalen Vertretern** von Anfang an als „neutrale Institution“ wahrgenommen.

Ganz anders jedoch bei den Mitgliedern der Bürgerinitiative und den anderen **IKG-Gegnern**, die zunächst befürchteten, das Akademieteam solle als verlängerter Arm des Regionalverbands oder der Stadt Hechingen agieren oder vertrete aufgrund der Finanzierung der Akademie durch das Land Baden-Württemberg womöglich Positionen des Wirtschaftsministeriums.

„Man hatte von der Akademie für Technikfolgenabschätzung hier auf dem Lande natürlich noch nie etwas gehört. Nachdem der Runde Tisch seitens der Bürgermeister propagiert wurde, hat man zuerst an irgendeine Falle gedacht. Man hat gedacht: "Das ist halt um Zeit zu gewinnen oder die öffentliche Diskussion auf Null zurückzudrehen". Da war ein gesundes Misstrauen auf jeden Fall da und man hat sich Informationen besorgt, man hat auch bei dem einen oder anderen Projekt, das als Referenz ausgewiesen war, Leute kontaktiert.“

Die Mitglieder der Bürgerinitiative informierten sich ausführlich über die Akademie als Institution, ihre Struktur, ihre Finanzierung, die Art der Stellenbesetzung und die Reputation ihrer Mitarbeiter/innen. Ein Vertreter der Bürgerinitiative kam infolge seines eigenen akademischen Hintergrunds schnell zu dem Ergebnis, dass die Akademie als Institution wohl „eine koschere Einrichtung“ sein müsse und auch der Moderator aufgrund seiner akademischen Biographie Vertrauen verdiene. Dies habe er dann auch den anderen Mitgliedern der Bürgerinitiative vermitteln können.

Darüber hinaus konnten Moderatorin und Moderator durch ihr persönliches Auftreten im Kontakt mit den Vertretern der IKG-Gegnern deren Vertrauen gewinnen. So habe man bei der Geländebegehung mit den beiden Akademievertretern deren „persönliche Einstellung ein bisschen rausfühlen“ können. Insbesondere die Art, wie das Moderationsteam bei den Vorgesprächen auf die Vorschläge der IKG-Gegner eingegangen sei, dass der Teilnehmerkreis des Runden Tisches entsprechend dieser Vorschläge ausgeweitet wurde und dass die Verhandlungen am Runden Tisch Konsensfindung statt Mehrheitsentscheidungen zum Ziel haben sollten, habe dazu geführt, dass sich bei den IKG-Gegnern die Skepsis gegenüber dem Runden Tisch und den Prozessgestaltern legte.

Im Abschlussinterview äußerten sich jedoch ein Vertreter der Naturschutzverbände und der Vertreter des Amtes für Landwirtschaft, Landschafts- und Bodenkultur skeptisch bezüglich der Unabhängigkeit des Akademieteams. Es sei ihm nie ganz klar geworden, auf wessen Initiative die Akademie sich mit dem Fall befasst habe, ob das wirklich eine eigene Entscheidung der Akademie gewesen sei oder ob dies durch andere bestimmt wurde, sagte der eine. Der andere störte sich an der von ihm wahrgenommene Nähe des Akademieteams zum Regionalverband, die sich für ihn auch in der Wahl der Räumlichkeiten zeigte, die die Vertreter des Regionalverbands für die Sitzungen des Runden Tisches organisiert hatten. Das Moderationsteam müsse sich auch hierbei deutlich von den beteiligten Behörden absetzen, um in den Augen aller Beteiligten als unabhängig zu gelten. Sonst habe die Prozessgestaltung „ein Gschmäckle“.

### **Konstituierung des Runden Tisches**

Die Teilnehmer-Zusammensetzung des Runden Tisches wurde zum einen in den Vorgesprächen des Moderationsteams mit den Konfliktparteien ausgehandelt, zum anderen wurde sie in der konstituierenden Sitzung diskutiert und verabschiedet. Die Teilnehmer-Zusammensetzung kam den Wünschen der IKG-Gegner sehr entgegen: Der Runde Tisch war letztlich nicht ganz paritätisch besetzt, sondern umfasste mehr Teilnehmer, die eine kritische oder ablehnende Haltung zum IKG einnahmen. Daher hätte die Teilnehmer-Zusammensetzung für die IKG-Befürworter Anlass zur Kritik an der Prozessgestaltung sein können. Einige ihrer Vertreter äußerten zwar Kritik (siehe Kap. 5.2.2). Dadurch wurde aber die Wahrnehmung einer fairen und neutralen Moderation nicht beeinträchtigt. Zwei IKG-Befürworter zeigten sich ausdrücklich

mit der Überzahl der IKG-Gegner einverstanden. Man habe dies bewusst akzeptiert; außerdem habe die Moderation dafür gesorgt, dass keine Seite benachteiligt worden sei.

„Dass die (IKG-Gegner) mehr waren als die kommunale Seite, das war für mich nie ein Nachteil, weil - das möchte ich als Kompliment weitergeben - die Akademie immer ausgeglichen hat, so dass das kein Problem war. ... Wo die Fairness in Gefahr war, hat ... ja auch die Akademie sofort eingegriffen und hat gesagt: Keine Beleidigungen und sonstige Diffamierungen. Die gab's dann auch nicht.“

Neben dem Vertrauen in die Prozessgestaltung durch das Moderationsteam war in der Phase der Konstituierung des Runden Tisches auch das **Vertrauen in das diskursive Verfahren** von Bedeutung. Während die Befragten nach den anfänglichen Informationen überwiegend keine Vorbehalte gegenüber der Vorgehensweise mehr hatten, war für einen kommunalen Vertreter das Prinzip des Runden Tisches, Entscheidungen im Konsens anzustreben, Anlass für grundlegende Skepsis gegenüber dieser Methode. Aus seiner Sicht mache es die von der Moderation in Aussicht gestellte Möglichkeit eines „tolerierten Konsens“ (stillschweigende Billigung eines Konsens durch Stimmenthaltung) den Beteiligten zu einfach, auf ihrer ursprünglichen Position zu verharren. Zwar ließen sich Konfliktbeteiligte möglicherweise durch diese Option leichter für eine Teilnahme am Runden Tisch gewinnen, letztlich biete sie jedoch ein Schlupfloch, um die eigene Position nicht in Frage stellen zu müssen.

„Gleich am Anfang hat (der Moderator) ja die Möglichkeiten des Abschlusses gesagt: Man einigt sich, man einigt sich nicht oder man findet diese schöne Wortschöpfung, "tolerierter Konsens". Ab da war mir klar, was man findet. Vielleicht hat man das Zusammenraufen allen Beteiligten zu einfach gemacht, weil es ja immer noch das Schlupfloch des tolerierten Konsens gab. ... Wenn er (der Moderator) nur die zwei Pole darstellt, wird die Akademie wahrscheinlich Gefahr laufen, dass man gar nicht an den Runden Tisch geht, wenn die Positionen so stark sind, dass die einen sagen: "Ja nur, wenn der Kompromiss auf meiner Seite gefunden wird, oder nicht". Die Erwartungshaltung könnte ja bei anderen sein: "Da steige ich gar nicht ein, da kommt ja nichts raus". .... Das war ja dann für alle der Aufhänger: "Ja dann kann man an den Runden Tisch gehen." Bloß gleichzeitig hat man gesagt: "Wir müssen ja am Runden Tisch nicht zu einem allseitigen Ergebnis kommen. Einen tolerierten Konsens werden wir noch immer finden." Das ist für mich im Grundsatz gar nix, das ist nur Positionen ausgetauscht. Aber das muss die Akademie wissen, ich denke, das ist ein Abwägen. Zunächst muss ich dem Partner ja sagen: "Es gibt an diesem Runden Tisch immer die Möglichkeit eines Abschlusses, ein Abschlussprotokoll". Ich denke, die Akademie will am Schluss auch ein Abschlussprotokoll, sie will ja nicht am Schluss sagen: "Wir sind gescheitert". Also damit lockt man alle an den Runden Tisch, damit gibt man aber auch jedem, der am Tisch sitzt, ein Schlupfloch.“

Durch den Verlauf des Runden Tisches sah sich dieser Befragte in seiner Skepsis gegenüber dem diskursiven Verfahren bestätigt.

### **Diskursphase**

Was die Moderation der Sitzungen betrifft, waren sich alle Befragten einig: Die Moderation des Akademieteams wurde durchweg als fair und neutral erlebt (siehe auch Kap. 0, S. 56 f.). Folgendes Zitat steht für viele:

„Beide haben das immer sehr neutral behandelt und wenn mal ein Einschnitt gekommen ist, war das ein sachlicher Einschnitt, der dem gedient hat, dass der Runde Tisch zu einem Ergebnis findet. Das war für mich nie zu werten, als dass man jemand benachteiligt hätte.“

Es gab aber auch Situationen, die Misstrauen gegenüber der Moderation aufkommen ließen. Die kritischste Situation war die Beauftragung des Ingenieurbüros, das die hydrologischen Gutachten erstellte. Von Befürwortern wie Gegnern des IKG wurde gleichermaßen die Beauftragung dieses Ingenieurbüros kritisiert, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen (siehe Kap. 5.3.2, S.61f.). Die Art der Beauftragung führte bei Vertretern der IKG-Gegner zu Misstrauen gegenüber dem Moderationsteam, denn entgegen vorheriger Vereinbarungen wurde weder die Auswahl der Gutachter noch die zu begutachtende Fragestellung mit den Beteiligten am Runden Tisch abgestimmt. Dennoch hatte diese Situation keinen dauerhaften Vertrauensverlust des Moderationsteams zur Folge:

„Die Akademie hatte bis zu diesem Zeitpunkt soviel an Kredit erworben, dass man an dieser Frage die Geschichte nicht hat platzen lassen. Denn es wäre in der Öffentlichkeit fatal gewesen, wenn der Runde Tisch an so etwas auseinandergegangen, explodiert wäre ... Umgekehrt das Vertrauen in den Umgang mit den beiden ... (Moderatoren), da hat man gesagt: "Ach nein, das kannst Du denen nicht antun".“

Durch den Zeitdruck, unter dem die Sitzungen des Runden Tisches standen, vermissten einige Mitglieder der Bürgerinitiative eine ausführlichere Erkundung ihrer Interessenlage durch die Moderation. Dieser Zeitdruck habe bei einigen in der Bürgerinitiative „den temporären Verdacht geweckt, dass man vor allem eine gute Show machen will und dass es nicht um eine sinnvolle Vermittlung des Streits“ gehe. Zeitweise ließ die Art der Befragung der Gutachter durch den Moderator für Vertreter der Bürgerinitiative Zweifel an dessen Neutralität aufkommen, die sich dann aber wieder legten:

„Wir waren ja eine Zeitlang mal der Ansicht, der (Moderator) hätte sich ein bisschen mehr auf die Seite der Befürworter gestellt, aber das hat er wahrscheinlich ganz bewusst gemacht, um eben mehr zu hinterfragen ... Er hat immer gerade bei den sogenannten Experten - die meiner Ansicht ja nur mit Fragezeichen als solche angesehen werden können - da hat er sich reingekniet und wollte von denen hören, unter welchen Voraussetzungen das eben doch mach-

bar wäre. Da waren wir - schockiert will ich nicht sagen - ein bisschen enttäuscht, dass er sich da so einseitig für die Belange der Befürworter eingesetzt hat. Auf der anderen Seite haben wir dann natürlich eingesehen, dass wenn er das recht gründlich hinterfragt, umso mehr rauskommt, dass es eben nicht durchführbar ist. Ich weiß nicht, ob ihm das so bewusst war, ob das seine Absicht war bei der gesamten Sache.“

Auch ein Vertreter der Naturschutzverbände äußerte im Abschlussinterview, dass für ihn vorübergehend die Neutralität der Moderation in Frage gestellt war: durch die Gestaltung eines Sitzungsprotokolls.

„Ich habe mal ... etwas den Eindruck gehabt, dass bei der Protokollierung etwas stärker die gemeindlichen Belange herausgestrichen werden würden ... aber ich glaube, dass das ein falscher Eindruck war. Der (Moderator) hat das ja auch so erklärt, dass er selbstverständliche Dinge nicht aufnimmt. Ich hatte gerügt, wo es um die Ausweisung als Naturschutzgebiet ging, dass die Gründe, die für die Ausweisung sprechen und die Wertigkeit des Gebiets ausmachen, nur in 2-3 Sätzen drin waren, während alle Gründe, dass man doch ein verträgliches Nebeneinander machen könnte, doch einen ziemlich breiten Raum gehabt haben. Das hat mich schon gestört, dass lang und breit erklärt wird, dass man Biotope verpflanzen könne ... Aber ich habe das akzeptiert und glaube auch, ... dass es Zufall war und nicht bewusst. Wahrscheinlich ist das immer so, dass man den Eindruck hat, dass der andere etwas besser wegkommt, man selber doch nicht mehr ganz objektiv ist. Im Nachhinein denke ich, dass es keinen Grund zum Zweifeln an der Integrität gab.“

Wie diese Zitate zeigen, wurde das Moderationsteam während der gesamten Diskursphase durchaus kritisch hinsichtlich seiner Fairness und Vertrauenswürdigkeit betrachtet. Jedoch führten Momente des Misstrauens allesamt nicht zu einer nachhaltigen Beeinträchtigung seiner wahrgenommener Vertrauenswürdigkeit.

### **Verabschiedung des Abschlussdokuments, Ergebnisvermittlung gegenüber Beteiligten und Externen**

Die Erstellung und Verabschiedung des Abschlussdokuments unter großem Zeitdruck wurde zwar verschiedentlich kritisiert (siehe Kap. 5.2.6, S.52f.), jedoch von keinem der Beteiligten mit mangelnder Fairness der Moderation in Verbindung gebracht. Im Gegenteil betonte ein Vertreter der Naturschutzverbände, dass sich seine Gruppierung in der Ergebnisdarstellung so gut repräsentiert fühlte, dass er auf eine eigene Stellungnahme zum Ergebnis des Runden Tisches verzichtet habe.

„Ich hatte ... überlegt, eine Stellungnahme (zum Ergebnis des Runden Tisches) als Pressemitteilung abzugeben, habe es dann aber bleiben lassen, weil ja dann die Ergebnisdarstellung durch die Akademie kam und die ja ausgewogen und umfassend war. Ich dachte dann, es ist vielleicht nicht angemessen, wenn jetzt jeder der Beteiligten noch eine eigene Wertung abgibt, weil wir ja alle repräsentiert worden sind (in der Ergebnisdarstellung). Ich habe dann eine schon



formulierte Stellungnahme wieder in den Papierkorb geworfen. Das war schon ein Zeichen dafür, dass wir uns da auch eingebunden gefühlt haben.“

Allerdings zeigten sich die IKG-Gegner sehr enttäuscht, dass das Akademieteam keine eigene abschließende Empfehlung im Sinne eines Schlichterspruchs abgegeben habe. Durch den Namen der Akademie „für Technikfolgenabschätzung“ und die Papiere zur konstituierenden Sitzung sei diese Erwartung entstanden.

„Wenn ich das ("Technikfolgenabschätzung") schon in den Namen nehme, muss ich das auch tun, eine Schätzung abgeben: "Wenn ich das und das mache, ist das und das zu erwarten." Wenn Wissenschaftler, Fachleute, da mitmachen, können die doch sagen: "So und so würde sich das auswirken".“

Inwieweit diese Enttäuschung zum Ende des Runden Tisches sich auf das dem Akademieteam weiter entgegengebrachte Vertrauen ausgewirkt hat, kann aufgrund der vorliegenden Daten des begrenzten Beobachtungszeitraums nicht beurteilt werden.

Insgesamt zeigt sich, dass in allen Phasen des Runden Tisches von der Projektinitiierung bis zur Ergebnisvermittlung die Glaubwürdigkeit und Vertrauenswürdigkeit der Prozessgestalter/innen potentiell auf dem Spiel steht. Der Umgang der Prozessgestalter/innen mit bestehendem bzw. aufkommendem Misstrauen wirkt sich auf die jeweils nachfolgenden Phasen aus: Es kann Kredit erworben oder verspielt werden. Dem Moderationsteam der Akademie ist es jedenfalls in hohem Maße gelungen, sich das Vertrauen aller Beteiligten zu erwerben und zu erhalten.

## **5.2.2 Teilnehmer-Zusammensetzung**

In der Anfangsphase des Runden Tisches war längere Zeit unklar, wer als Teilnehmer/in und wer als Experte/in an den Sitzungen teilnehmen sollte. In der ersten Sitzung wurde nach lebhafter Diskussion beschlossen, wer die „konstitutiven Mitglieder“ des Runden Tisches sein sollten, nämlich die Vertreter der beiden Kommunen, die Vertreter der Bürgerinitiative und Moderatorin und Moderator von der Akademie für Technikfolgenabschätzung. Der besondere Status dieser Mitglieder wurde dadurch bestimmt, dass nach einem etwaigen Ausscheiden eines dieser Mitglieder die Arbeit des Runden Tisches beendet sei. „Alle weiteren Mitglieder des Runden Tisches besitzen aber kraft ihrer Argumente die gleichen Empfehlungs- und Veto-rechte“, wurde im Protokoll der ersten Sitzung festgehalten. Bis zur vierten Sitzung wurden in den Protokollen jeweils „Teilnehmer und Teilnehmerinnen“ vermerkt, die nicht kontinuierlich anwesend waren und teilweise dann als Experten auftraten (z.B. die beiden Vertreter/innen des Landesdenkmalamtes).

In den Interviews zeigte sich, dass der Status einiger Beteiligter – Teilnehmer/in am Runden Tisch oder eingeladene/r Experte/Expertin - von den Befragten unterschiedlich aufgefasst wurde. Wie im folgenden dargestellt (siehe Tabelle 8), wurde die

Teilnehmer-Zusammensetzung des Runden Tisches von den Befragten insgesamt differenziert diskutiert.

Mit der Teilnehmer-Anzahl insgesamt und deren Zusammensetzung waren sieben Befragte ohne Einschränkung einverstanden. Je zwei Vertreter der IKG-Gegner und –Befürworter, sowie ein Vertreter der Naturschutzverbände fanden die Zusammensetzung so in Ordnung, wie sie war. Aus Sicht der IKG-Gegner wurde positiv vermerkt, dass sie Teilnehmer-Wünsche äußern konnten, die allesamt von der Moderation aufgegriffen worden seien, was sehr zum Vertrauen in die faire Verfahrensgestaltung beigetragen habe. Außerdem wurde geäußert, dass der Runde Tisch durch die begrenzte Teilnehmerzahl gut arbeitsfähig gewesen sei.

**Bedenken und Kritik** richteten sich zum einen gegen die nicht-paritätische Teilnahme von Befürwortern und Gegnern, zum anderen gegen den Status mancher Teilnehmer als „Vollzeit“-Mitglieder des Runden Tisches, statt als geladene Experten:

- Die nicht-paritätische Besetzung des Runden Tisches wurde von einem Vertreter der Landratsämter und zwei IKG-Befürwortern bemängelt, während zwei weitere Befürworter sich ausdrücklich mit der Überzahl der IKG-Gegner einverstanden erklärten. Man habe dies bewusst akzeptiert; außerdem habe die Moderation dafür gesorgt, dass keine Seite benachteiligt worden sei. Die Befragten, die sich kritisch äußerten, empfanden die „Übermacht“ der IKG-Gegner sowohl durch die größere Anzahl der Personen, als auch bezüglich der Anzahl und Länge von Redebeiträgen. Von Seiten der IKG-Befürworter wurden die Vertreter des Regierungspräsidiums und der Naturschutzverbände als Verstärkung des gegnerischen Lagers empfunden.
- Über den Status der Beteiligten am Runden Tisch - ob sie als kontinuierlich Anwesende mitdiskutieren und sich am abschließenden Votum beteiligen oder punktuell als Experten gehört werden sollten - wurde in der konstituierenden Sitzung des Runden Tisches heftig diskutiert. Die Vertreter der Stadt Hechingen setzten sich von Anfang an dafür ein, dass nur die Vertreter der beiden Kommunen und der Bürgerinitiative den Runden Tisch bilden sollten. In der abschließenden Bewertung wurde denn auch diese anfängliche Position bekräftigt: Die anwesenden Behördenvertreter hätten durch ihre Beiträge eher verhindert, dass die eigentlichen Kontrahenten miteinander in Dialog getreten wären. Sie hätten als Experten nur punktuell teilnehmen sollen.
- Auch ein Vertreter der Bürgerinitiative befürwortete ausdrücklich, dass nur die eigentlichen Kontrahenten am Tisch sitzen und alle anderen als Experten bei Bedarf eingeladen werden sollten. Die beiden Vertreter des Regionalverbands und der Vertreter des Regierungspräsidiums hatten in einer der Sitzungen jeweils explizit ein Experten-Statement abgegeben und hatten somit quasi eine Doppelrolle inne (als Teilnehmer und als Experte).

Beurteilung der Teilnehmer-Zusammensetzung des Runden Tisches	Summe der Befragten <sup>14</sup>	Befragte im einzelnen						
		Regio- ver- band	Vertreter Kommun- en	Bürgerini- tiative u. Ortschaft srat Sick	Natur- schutz	RP	Land- rats- ämter	Amt f. LLB
<b>Anzahl und Zusammensetzung waren in Ordnung</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>▸ Größe war gut so, RT war durch begrenzte Anzahl von Personen gut arbeitsfähig</li> <li>▸ Zusammensetzung der Teilnehmer war in Ordnung</li> <li>▸ Positiv: Moderation ging auf Vorschläge der BI ein</li> </ul>	7	1	1 2	2 1	1			
<b>Zusammensetzung war nicht paritätisch, Gegner des IKG waren in der Überzahl</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>▸ Machtposition der Gegenseite: Anzahl der Personen und Länge von Diskussionsbeiträgen</li> <li>▸ Überzahl der IKG-Gegner bewusst akzeptiert</li> <li>▸ Dass Vertreter der BI mehr waren als die kommunale Seite war kein Nachteil, da die Moderation immer ausgeglichen hat</li> </ul>	6		4 2 1 1			1	1 1	
<b>Bestimmte Teilnehmer/innen hätten besser keine festen Mitglieder des Runden Tisches sein sollen</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>▸ Von Anfang an gesagt: Teilnehmen sollten nur kommunale Vertreter von Hechingen und Bodelshausen und Vertreter BI</li> <li>▸ Anwesende Behördenvertreter haben verhindert, dass die eigentlichen Kontrahenten in Dialog traten</li> <li>▸ Behörden, die schon schriftliche Stellungnahme abgegeben haben, sollten nicht am RT teilnehmen</li> <li>▸ Behördenvertreter sollten als Gäste/Experten eingeladen werden und für Auskünfte zur Verfügung stehen</li> <li>▸ RP als Hoheitsbehörde besser als Experte</li> <li>▸ Vertreter des RV hätten nicht dabei sein sollen: waren Adressaten der Empfehlung des Runden Tisches, hatten bereits ihre festgelegte Position</li> <li>▸ Naturschutzverbände: besser als Experten</li> <li>▸ Landratsämter hätten nicht unbedingt dabei sein müssen</li> </ul>	7	1	2 1 1 1 1	1 1 1			1	
<b>Teilnehmer/innen haben gefehlt</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>▸ Entscheidungsträger <ul style="list-style-type: none"> <li>- Vertreter der Kommunen, der Gemeinderäte (z.B. ein Vertreter pro Fraktion)</li> <li>- Mitglieder der Verbandsversammlung des RV</li> <li>- Entscheidungsträger (politische Seite) von den Fachbehörden</li> </ul> </li> <li>▸ Wirtschaftsvertreter, nicht ortsbezogen (z.B. IHK) bzw. Personen, die pro IKG argumentieren</li> <li>▸ Wäre gut gewesen, noch mehr Stimmen zu hören, (z.B. Naturschutz, Wasserwirtschaft)</li> <li>▸ Tourismus-Vertreter (war angefragt worden)</li> <li>▸ Naturschutzvertreter des Landkreises Tübingen</li> </ul>	9	1 1 1	1	1 1		1 1	1	

Tabelle 8: Beurteilung der Teilnehmer-Zusammensetzung des Runden Tisches

<sup>14</sup>Einige der Befragten erörterten mehrere Aspekte, notiert wurden die Einzeläußerungen. In der Summen-Spalte ist die Anzahl der Personen wiedergegeben, die sich in die jeweilige Richtung äußerten.

Folgende Teilnehmer des Runden Tisches wären von einigen der Befragten **lieber als Experten, denn als kontinuierliche Mitglieder** gesehen worden:

- der **Vertreter des Regierungspräsidiums**: Als Vertreter der Genehmigungsbehörde bzw. aufgrund der bereits abgegebenen schriftlichen Stellungnahme hätte er nur bei Bedarf gehört werden sollen. Er selbst äußerte anfangs die Befürchtung, „weichgeklopft“ werden zu sollen und war skeptisch gegenüber einer Teilnahme am Runden Tisch als festes Mitglied. Ihm wäre eine Beobachter-Rolle lieber gewesen.
- die **Vertreter des Regionalverbands**: Ein Bürgerinitiativen-Vertreter betonte, der Regionalverband sei ja Adressat der Empfehlung des Runden Tisches gewesen, daher sei die Teilnehmer-Rolle unpassend gewesen.
- die **Vertreter der Naturschutzverbände**: Ein Vertreter der IKG- Befürworter äußerte, die Vertreter der Naturschutzverbände hätten nur das Lager der Gegner verstärkt. Auch ein Vertreter der Bürgerinitiative hätte sie lieber als Experten nur punktuell eingeladen.
- die **Vertreter der Landratsämter**: Ein Vertreter sagte selbst, die eigene kontinuierliche Teilnahme sei nicht unbedingt nötig gewesen.

Seitens der IKG-Befürworter wurde es von zwei Befragten generell als fragwürdig angesehen, Behördenvertreter, die bereits eine schriftliche Stellungnahme abgegeben hatten, an den Runden Tisch zu holen. Sie legten mehr Wert auf Fachleute, die zu neuen Erkenntnissen und Gutachten beitragen könnten, statt eine bereits bekannte fachliche Position zu vertreten.

Aus der Sicht von neun Befragten haben bestimmte **Teilnehmer/innen am Runden Tisch gefehlt**:

- **Vertreter der politischen Entscheidungsträger**, zum einen aus der Regionalverbandsversammlung, zum anderen von den Gemeinderäten der beiden Kommunen. Es wäre begrüßt worden, wenn diese Vertreter die Diskussion bzw. die Empfehlungen des Runden Tisches aus eigenem Erleben mitbekommen hätten, da sie die vorliegenden schriftlichen Informationen aus Zeitgründen wahrscheinlich nicht im gebotenen Umfang zur Kenntnis nehmen könnten, sondern sich der Einfachheit halber auf - notwendigerweise verkürzte und „gefilterte“ - mündliche Informationen verlassen würden. Vorgeschlagen wurde, dass zumindest nach Abschluss der Arbeit des Runden Tisches dessen Mitglieder in einer ausführlichen Informationsveranstaltung für die Entscheidungsträger ihr Fazit persönlich übermitteln und Fragen beantworten könnten.
- **Politische Entscheidungsträger** statt Fachvertreter **der beteiligten Fachbehörden** (von einem Befragten gewünscht), da diese besser hätten Abwägungen vornehmen können. Fachbehördenvertreter müssten statt dessen aufgrund

ihrer Funktion die sachlichen Belange in den Vordergrund stellen und dürften nicht davon abweichen.

- ▶ **Vertreter der Wirtschaft**, z.B. der IHK, die aus überörtlicher Sicht die Argumente für ein IKG an diesem Standort hätten einbringen können (gewünscht von einem Vertreter der Befürworter und von zwei Behördenvertretern).
- ▶ **Vertreter des regionalen Tourismus**. Dieser war angefragt worden, hatte aber von sich aus seine Teilnahme abgesagt.

Bei der Erörterung, welche Akteure am Runden Tisch teilnehmen sollten und welche nicht, lassen sich unterschiedliche Erwartungen der Befragten erkennen, was ein **Runder Tisch im Rahmen von formalen Planungs- und Entscheidungsverfahren** leisten soll. Dabei kristallisieren sich **drei verschiedene Zielrichtungen** heraus, die sich zum Teil gegenseitig ausschließen. Pointiert dargestellt soll ein Runder Tisch:

- (A) den Konflikt zwischen Befürwortern und Gegnern lösen bzw. entschärfen und eine sachliche Gesprächsbasis wieder herstellen (Konfliktmittlungsdiskurs) und/oder
- (B) alle relevanten Sachargumente zusammentragen als Grundlage für eine anschließend vorzunehmende Abwägung durch die politischen Entscheidungsträger (Reflexionsdiskurs) oder
- (C) eine Abwägung auf der Basis der Sachargumente vornehmen als Wegweisung für die politischen Entscheidungsträger (Gestaltungsdiskurs).

Ziel (A) stand für die Vertreter der Stadt Hechingen ebenso wie für einen Vertreter der Bürgerinitiative im Vordergrund, wenn sie sich für eine Teilnehmer-Zusammensetzung aus Vertretern der beiden Kommunen auf der einen Seite und Vertretern der Bürgerinitiative auf der anderen aussprachen. Ein Vertreter der Stadt formulierte es so:

„Hier war das Ziel, in der Bürgerschaft Ruhe zu bringen, und nicht die Genehmigungsbehörden ihre Meinungen darstellen zu lassen. Vorrangig war für mich bei diesem Runden Tisch für die Bürgerschaft ... Information und Verständnis zu bringen, damit sie für ihre Meinungsbildung eine Grundlage hat.“

Für diese Zielsetzung sollte der Teilnehmerkreis eines Runden Tisches „auf diejenigen reduziert (werden), die direkt in einer öffentlichen Diskussion ein Konfliktpotential definieren“. Wenn sich nur wenige Personen - z.B. je vier Befürworter und Gegner - gegenüber säßen, so erhoffte sich ein Vertreter der Bürgerinitiative, könnten sie sich nicht ausweichen und würden sich schneller und stärker direkt auseinandersetzen. Dadurch bestehe eher die Chance, dass es „ans Eingemachte“ gehe, d.h. dass man sich über die der jeweiligen Position zugrunde liegenden Interessen und Werte auseinandersetze.

Ziel (B) wurde vom Bürgermeister von Bodelshausen und von je einem Vertreter des Regionalverbands, der Naturschutzverbände und des Amtes für Landwirtschaft, Landschafts- und Bodenkultur akzentuiert. Sie betonten die Funktion des Runden Tisches, alle Sachargumente zur strittigen Thematik umfassend zusammenzustellen. Die Abwägung auf der Basis dieser Sachargumente sollte den politischen Entscheidungsträgern vorbehalten bleiben, die dazu jedoch noch mehr in den Diskussionsprozess am Runden Tisch einbezogen werden müssten. Daher plädierten einige der Befragten, die sich entsprechend äußerten, für eine direkte Teilnahme von Gemeinderäten und Mitgliedern der Verbandsversammlung am Runden Tisch oder für eine persönliche (statt schriftliche) Übermittlung der Ergebnisse des Runden Tisches an diese Entscheidungsträger. Der Bürgermeister von Bodelshausen sorgte dafür, seinen Gemeinderäten die schriftlichen Ergebnisse des Runden Tisches möglichst umfassend zur Verfügung zu stellen. Ihm war wichtig, den Entscheidungsträgern mit dem Vornehmen einer eigenen Abwägung auch die Verantwortung für die letztendliche Entscheidung zu überlassen. Diese Verantwortung für die Entscheidung und damit das Dazu-Stehen – auch bei politischem ‘Gegenwind’ - könne ihnen nicht von einem informellen Gremium abgenommen werden.

Mehrere Befragte gingen hingegen davon aus, dass die politischen Entscheidungsträger gar nicht die zeitlichen Kapazitäten hätten (und möglicherweise auch nicht die Bereitschaft), sich ausführlich mit komplexen Sachargumenten zu befassen. Sie würden sich daher an einfachen „Wegweisungen“ orientieren, z.B. an mündlichen Äußerungen kommunaler Vertreter, wie am besten weiter zu verfahren sei. Daher hatten sich viele Mitglieder der Bürgerinitiative eine „Wegweisung“ durch eine eindeutige Empfehlung des Runden Tisches erhofft – wenn nicht konsensual durch die Konfliktbeteiligten, dann durch einen Schiedsspruch des Moderationsteams der Akademie. Diese Befragten gingen also im Sinne des Ziels (C) davon aus, dass der Runde Tisch die Abwägung der Sachargumente vornehmen und das Ergebnis als Empfehlung an die politischen Entscheidungsträger weitergeben sollte. Diesen Wunsch hatten auch die Vertreter des Regionalverbands:

„Ich habe mir unter dem Runden Tisch vorgestellt, dass da die Sachargumente auf den Tisch kommen – was ja auch erfolgt ist - und dass man dann den letzten Schritt noch macht: Wir haben jetzt die Experten alle gehört und jetzt kommt die Teilfläche 1, 2a, 2b, 3, 4: Wo kann man sich ein Gewerbegebiet vorstellen, wo nicht? Aus welchen Gründen ja, aus welchen nein? Wo können die Bedenken ausgeräumt werden, wo nicht? Dieser Schritt hat mir gefehlt.“

Letztlich sei eine solche Abwägung jedoch eine politische Entscheidung. Solche Entscheidungen könnten nur von den politischen Entscheidungsträgern der Fachbehörden getroffen werden, nicht von den nachgeordneten Fachvertretern:

„In dem Moment, wo es um Abwägungen geht, kann ich keine nachgeordneten Behördenvertreter mehr fragen. Die Fachvertreter haben die Aufgabe, nach

ihrem Fachbereich zu optimieren, d.h. sie dürfen keinen Deut abweichen. ... Deshalb braucht man einen politischen Vertreter, der das dann relativiert. Das sind zu 98% politische Entscheidungen, die da fallen, keine fachlichen Entscheidungen. Daher wären als Teilnehmer von den beteiligten Fachbehörden die politischen Vertreter statt der Fachvertreter zu favorisieren.“

In der **Zusammenschau** der berichteten Befunde zeigt sich, dass die Befragten die möglichen Zielsetzungen des Runden Tisches unterschiedlich gewichteten. Je nach individuell vorrangiger Zielsetzung wurde die Teilnehmer-Zusammensetzung für gut befunden oder kritisiert. Dies könnte als Hinweis darauf gewertet werden, dass die Beteiligten mit dem informellen Gremium des Runden Tisches – mit dem wenig Vorerfahrungen bestanden - viele unterschiedliche Erwartungen verbinden und/oder dass vor Beginn und während des Runden Tisches keine eindeutige Klärung der angestrebten Ziele erreicht werden konnte.

In die gleiche Richtung weisen die Befunde zum Umgang mit dem Mandat des Runden Tisches, wie im folgenden Kapitel dargestellt.

### 5.2.3 Mandat des Runden Tisches

Das Mandat des Runden Tisches wurde auf der Basis einer vom Moderationsteam vorbereiteten Vorlage in der konstituierenden Sitzung diskutiert und in folgender, gegenüber der Vorlage leicht veränderter Form verabschiedet (vgl. Protokoll der 1. Sitzung des Runden Tisches am 25.9.1998):

#### **Zum Mandat**

Der Runde Tisch erarbeitet **Kriterien**, die ein **interkommunales Gewerbegebiet zwischen Hechingen und Bodelshausen** erfüllen sollte. Anhand dieser Kriterien soll der momentan geplante Standort eines interkommunalen Gewerbegebietes zwischen Hechingen und Bodelshausen **geprüft und bewertet** werden. Erfüllt dieser die Kriterien nicht bzw. bieten sich keine **geeigneten Ausgleichsstrategien**, so kann den Gemeinden und der Verbandsversammlung eine **Ablehnung des Standortes bzw. der Regionalplanänderung** empfohlen werden.

Daraus ergibt sich folgende Aufgabenstellung für den Runden Tisch:

- a) Festlegung von Kriterien für die Bewertung und Auswahl von Gewerbegebieten
- b) Anwendung dieser Kriterien auf das vorgeschlagene Gewerbegebiet
- c) Erörterung der Möglichkeiten, auftretenden Mängel oder Probleme, die sich aus der Bewertung und den Kriterien ergeben, durch geeignete planerische oder andere Vorgaben zu beheben
- d) Gesamtbeurteilung des Gewerbegebietes
- e) Formulierung von Empfehlungen zur weiteren Planung (etwa Auflagen für das vorgeschlagene Gewerbegebiet)
- f) oder eine Ablehnung des Gebietes.

Wie Äußerungen der Befragten in den Abschlussinterviews zeigten, bestand trotz des in dieser Form verabschiedeten Mandats bis zum Schluss des Runden Tisches darüber kein Konsens aller Beteiligten.

Der Verbandsdirektor des Regionalverbands, der ja maßgeblich an der Initiierung des Runden Tisches beteiligt war (siehe Kapitel 3.3, S.14), erläuterte die Entscheidung für die Aufgabenstellung des Runden Tisches wie folgt:

„Wir haben einen Regionalplan zu erarbeiten, in dem diese regional bedeutsamen Gewerbeschwerpunkte ... ein Teilkapitel sind. ... Der Regionalplan wendet sich ja nicht an den Bürger direkt, sondern an die Kommunen und sonstigen Planungsträger. Deshalb sind vom gesamten Verfahrensablauf die Bürger an der Erarbeitung des Regionalplans nicht beteiligt. Die gesamte Vorabwägung, die dazu geführt hat, dass am Ende dieser Standort in den Regionalplan reinkommt, hat die Bürgerinitiative ja nicht mitgekriegt, da haben sie keinen Einfluss drauf nehmen können. Deshalb hätten sie gern diese Vorentscheidung zum Gegenstand gemacht. Die hätten ja gern diesen ganzen Gewerbeschwerpunkt aus ihrer Sicht in Frage gestellt. ... Diese Diskussion (über die Vorauswahl) konnten wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht mehr in den Runden Tisch einbringen.“

Frage: Auch die Informationen über die Kriterien der Vorauswahl wollten Sie am Runden Tisch nicht reinbringen?

Die Kriterien hatten wir ja genannt, nur die Alternativ-Standorte haben wir nicht eingebracht, weil die in einem objektiven Verfahren vorher schon ausgeschaltet worden sind. ... Das Ausklammern der Alternativen ... musste so sein zu dem Zeitpunkt. Wenn wir jetzt Alternativen hätten besprechen wollen, hätten wir garantiert eine andere (Teilnehmer-) Zusammensetzung (des Runden Tisches) gebraucht. ... In der Vorauswahl dieser Standorte gab es natürlich nicht nur eine potentielle Bürgerinitiative, sondern eine ganze Menge potentiell betroffener Bürger. Wenn wir die Sache grundsätzlicher hätten auflegen wollen oder müssen, dann wäre diese Bürgerinitiative vielleicht gar nicht die richtige gewesen. ... Das ist ein Dilemma.“

Zwei Behördenvertreter, die weder den Befürwortern noch den Gegnern des IKGs zuzurechnen sind, äußerten übereinstimmend, dass sie am Runden Tisch eine plausible Erläuterung vermisst hätten, warum ausgerechnet dieser Standort für ein IKG favorisiert wurde:

„Was ja aus dem Arbeitsspektrum (des Runden Tisches) rausgenommen worden war, aber was vielfach noch herumgeisterte, ... war der Vorwurf: "Wieso denn diese Flächen? Es gibt doch vielleicht noch günstigere Flächen." Dass da seitens der Hechinger die Flächennutzungsplanung, die ja noch nicht so alt war, noch mal vorgestellt worden wäre, um ... Informationen zu bekommen, warum es halt nichts anderes gibt.“

Die vermissten plausiblen Erläuterungen zur Favorisierung des Standortes Hechingen – Bodelshausen wurden von mehreren der Befragten ersetzt durch diesbezüg-



liche Spekulationen (etwa zur Rolle des ehemaligen Hechinger Bürgermeisters und jetzigen Vorsitzenden der Verbandsversammlung bei der Befürwortung dieses IKG). Jedenfalls wurde das auf die Beurteilung des Standortes Hechingen – Bodelshausen begrenzte Mandat des Runden Tisches von den IKG-Gegnern und den Vertretern der Naturschutzverbände nicht ohne weiteres mitgetragen, wie ein Vertreter der Naturschutzverbände erläuterte:

„Eine abschließende Bewertung und Abwägung zwischen den verschiedenen Belangen, Interessen setzt ... voraus, dass man auch die Frage des Bedarfs und der Alternativen erörtert. Da sagte (der Moderator): "Wäre schön, wenn man das könnte, aber das würde den Rahmen sprengen." Eine Bewertung über die Geeignetheit (des Standortes Hechingen – Bodelshausen) war möglich und die ist aus meiner Sicht ja auch beantwortet, nämlich dass das Gebiet ungeeignet ist unter vielerlei Gesichtspunkten. Aber für eine abschließende Abwägung und Planungsentscheidung reicht das ja nicht aus, denn wenn es auf der Gemarkung nur ungeeignete Gebiete gibt, dann muss man wieder schauen, welches ist das noch relativ geeignetste unter den ungeeigneten und davor steht noch die Frage des Bedarfs. So wie das Thema angegangen worden ist, sind jetzt nur die Voraussetzungen gegeben für eine Bewertung der Geeignetheit. Es wäre besser gewesen, wenn man die gebietsübergreifende Abwägung noch hätte integrieren können. Irgendwo kam - glaube ich - mal die Äußerung von den Bürgermeistern, das käme sowieso nicht in Frage, das würden sie als einen Eingriff in ihre Planungshoheit ansehen, wenn da eine ganz flächendeckende Bewertung und Empfehlung ausgesprochen würde. Unabhängig davon wäre das natürlich ein ganz anderer Mitteleinsatz. Insofern kann ich schon nachvollziehen, dass man das nicht gemacht hat, aber man muss dann eben wissen, dass dann eine wesentliche Grundlage für eine abschließende Empfehlung nicht gegeben ist. Von Seiten der Bürgerinitiative und auch von uns ist ja ... immer wieder gesagt worden, dass wir nicht akzeptieren können, dass der Bedarf so lokal gesehen wird. Auch der Vertreter der Wirtschaftsförderungsgesellschaft hat ja gesagt: Man muss vom lokalen Denken wegkommen. Das immer wieder propagierte IKG zeigt ja auch auf, dass man von der lokalen Bewertung wegkommen will. Da war ja immer wieder der Hinweis auf das große und noch vergrößerbare Gewerbegebiet in Bisingen, das einen ungeheuren Bedarf befriedigen könnte, das zwar auch problematisch ist von der Lage. Aber das ist jetzt eben mal da. Da hätte eine interkommunale Kooperation von Hechingen und Bisingen nahegelegen.“

Ein Behördenvertreter machte für die mangelnde Klarheit des Mandats ausdrücklich die Art der Initiierung des Runden Tisches und die Moderation verantwortlich: Das Moderationsteam der Akademie sei ja zunächst durch den Direktor des Regionalverbands informiert worden und hätte dadurch die Sachlage vorwiegend aus der Perspektive des Regionalverbands betrachtet, der von einem IKG auf den zur Diskussion stehenden Flächen fest ausgegangen sei. Daher habe sich die grundlegende Frage, ob überhaupt ein Gewerbegebiet an dieser Stelle, auch für die Moderation

zunächst gar nicht gestellt. In Folge dessen sei man bei der Konzeption des Runden Tisches nach der Verabschiedung der Geschäftsordnung gleich zur Bearbeitung von Detailfragen (insbesondere bezüglich des Butzensees) übergegangen, die dann einen sehr großen Raum eingenommen hätten. Die Grundfrage, ob es an dieser Stelle überhaupt ein IKG geben solle, sei dann erst gegen Ende der Sitzungsreihe explizit aufgegriffen worden.

Eine andere Beschreibung gab einer der kommunalen Vertreter, der die Verantwortung für den Diskussionsverlauf mehr bei den Befürwortern und Gegnern des IKGs sah: Während er ein klares Interesse an der Entwicklung eines Gewerbegebietes an dieser Stelle habe und deswegen am Runden Tisch über die Details der zu entwickelnden Planung reden wollte, hätten die IKG-Gegner nur das grundsätzliche Für und Wider erörtern wollen. Sie hätten zwar schon über Details diskutiert, sobald aber die Befunde zu einem der Details für ihre Argumentation nichts mehr gebracht hätten, hätten sie sich wieder auf die Grundsatzdiskussion zurückgezogen.

Zwei weitere Zitate verdeutlichen die bis zum Schluss bestehende Unklarheit über den Fokus und die eigentliche Themenstellung des Runden Tisches:

„Mir ist nicht klar, unter welchem Thema der Runden Tisch eigentlich angetreten ist: übers gesamte Gewerbegebiet, zur Regionalplanänderung oder was war das Oberthema? Bei der Bürgerinitiative ging’s ums gesamte Gewerbegebiet, das sie nicht haben wollten ...“

„Was in der Bürgerinitiative ja überhaupt nicht bekannt war ..: Wir reden ja im Moment nach wie vor nur darüber, dass wir eine Regelung wollen, nach der das Land zulässt - als ersten Schritt - dass überhaupt ein IKG entstehen kann, ohne dass man festlegt, genau wo oder in welchem Umfang oder was für Industrie dort hinkommt. Der 1. Schritt ist der Regionalplan, der 2. Schritt wäre dann der Flächennutzungsplan, der 3. Schritt der Bebauungsplan und der 4. Schritt wäre die Erschließung. Wir haben bei der ganzen Diskussion immer so getan - und das ist, denke ich, nie so richtig klar geworden - als ob wir schon beim 3. Schritt, also dem Bebauungsplan, wären.“

Wie diese Äußerungen zeigen, bestand in zweifacher Hinsicht Unklarheit über die Aufgabenstellung des Runden Tisches:

- Auf welcher Planungsebene wird das IKG erörtert?
- Geht es um die grundsätzliche Befürwortung oder Ablehnung eines IKGs an dieser Stelle oder geht es bezüglich eines dort zu planenden IKGs um Details, wie die Planung gestaltet werden soll?

#### **5.2.4 Vorstrukturierung, Themen-Reihenfolge, Tagesordnung**

Nach den Vorgesprächen mit allen Beteiligten hatte die Moderation eine grobe Zuordnung der zur Debatte stehenden Themen zu den einzelnen Sitzungsterminen vor-

geschlagen. Die Tagesordnung für die einzelnen Sitzungen wurde entsprechend des Diskussionsverlaufs, den zur Verfügung stehenden Experten und den Wünschen der Beteiligten modifiziert, konkretisiert und vor jeder Sitzung den Beteiligten zugeschickt.

Diese Art der **Vorstrukturierung** wurde von mehreren Befragten positiv beurteilt. Drei Befragte begrüßten ausdrücklich, dass die grobe Themenzuordnung und die Tagesordnungen der einzelnen Sitzungen vorab als Leitfaden für die Diskussion festgelegt worden waren. Zufrieden äußerten sich vier Beteiligte, dass die vorab festgelegte Tagesordnung dann von der Moderation angemessen flexibel gehandhabt wurde.

„Ich fand gut, dass auf jeden Fall eine Tagesordnung vorgegeben war, sonst hätte man ja gar keine Schnur gehabt, an der man sich hätte lang hangeln können. Und beide (Moderator/innen) haben ja so oft immer wieder aufgefordert, wenn irgendwas anders sein soll oder nicht passt, sich zu äußern. Wenn da sich jemand nicht geäußert hat, hat er Pech gehabt. Die Möglichkeit war in jedem Fall da.“

Ein Befragter kritisierte an der Strukturierung der Thematik, dass eine grundlegende Darstellung der Planungsproblematik mit einem Überblick über den gegenwärtigen Sachstand zu Beginn der Sitzungsreihe gefehlt habe. Die Vorgehensweise und Geschäftsordnung des Runden Tisches sei in der ersten Sitzung ausführlich dargestellt und diskutiert worden. Danach habe man sich gleich mit inhaltlichen Detailfragen befasst, ohne dass ein Einvernehmen aller Beteiligten über den inhaltliche Sachstand vor Beginn des Diskurses hergestellt worden sei. Im Laufe der fünf Sitzungen seien dann schon alle relevanten Aspekte zusammengetragen worden, jedoch wäre aus der Sicht dieses Befragten durch einen grundlegenden „Problemaufriss“ des Ist-Zustands, der mit allen Beteiligten gleich in der ersten Sitzung hätte abgestimmt und dann schriftlich verteilt werden können, die inhaltliche Arbeit erleichtert worden. Nach seiner Einschätzung hätte dadurch auch mehr Klarheit über den generellen Fokus der Diskussion - letztlich ein Konsens über das Mandat des Runden Tisches (siehe 5.2.3) - entstehen können: Geht es um die grundsätzliche Zustimmung oder Ablehnung des IKG an dieser Stelle oder geht es um die Klärung von Detailfragen der planerischen Gestaltung des IKG, wobei dessen Befürwortung vorausgesetzt wird? Während die Moderation bei der Konzeption des Runden Tisches - entsprechend den Interessen der Befürworter - von vornherein von zu klärenden Detailfragen ausgegangen sei, hätten Beteiligte am Runden Tisch dafür gesorgt, dass die grundsätzliche Frage, ob überhaupt ein IKG an dieser Stelle entwickelt werden solle, ins Blickfeld gekommen sei.

Die **Vorbereitung der einzelnen Sitzungen durch die Moderation** wurde von drei Befragten angesprochen, wobei sich zwei sehr lobend äußerten. Die Organisation und das Verschicken der Unterlagen hätten prima geklappt, was bei dem bestehenden

Zeitdruck bewundernswert gewesen sei. Ein Befragter habe sich „in der heißen Zeit“ gewundert, „wie schnell und effizient das alles lief“.

Ein Teilnehmer beklagte hingegen, das Protokoll und die Tagesordnung seien meist erst ein bis zwei Tage vor der nächsten Sitzung gekommen, so dass es bei vielen weiteren gleichzeitig zu bearbeitenden Dingen im Arbeitsalltag schwierig gewesen sei, sich vor den Sitzungen ausreichend mit den anstehenden Fragen zu befassen.

### **5.2.5 Raum und Sitzordnung**

Die räumlichen Bedingungen waren nach Meinung von drei Befragten eher ungünstig: Der Raum sei für die Zahl der Beteiligten zu eng gewesen. Außerdem habe man durch die Sitzordnung nicht alle Teilnehmer/innen gleich gut sehen können. Die Befürworter und Gegner des IKG hatten ihre Plätze an gegenüberliegenden Seiten des länglichen Tisches gewählt (siehe Abbildung 2, S.21), so dass die Konfrontationsposition der beiden ‚Lager‘ durch diese Sitzordnung noch zusätzlich betont worden sei. Ein Befragter fand hingegen, dass gerade die räumliche Enge zur kontinuierlichen Verbesserung der Gesprächsatmosphäre beigetragen habe. Zwei Teilnehmer hätten sich bessere Verpflegungsmöglichkeiten am Sitzungsort gewünscht, da sie wegen der relativ frühen Sitzungstermine direkt von der Arbeit gekommen seien und keine Zeit blieb, vorher etwas zu essen<sup>15</sup>.

### **5.2.6 Zeitliche Gestaltung der Sitzungen**

Die zeitliche Gestaltung der Sitzungen, sowohl deren Anzahl und zeitlicher Abstand, als auch der Umgang mit der Zeit innerhalb der einzelnen Sitzungen, war für alle Beteiligten ausnahmslos ein wichtiger Aspekt der Beurteilung. Dabei schieden sich die Geister darüber, inwieweit die zeitliche Gestaltung angemessen war:

- Die eine Hälfte der Beteiligten (acht Stimmen) war mit der zeitlichen Gestaltung der Sitzungen zufrieden. Sie fanden die Zeit insgesamt und die Zahl der Sitzungen ausreichend und der Thematik angemessen und begrüßten die zeitlich kompakte Programmgestaltung.
- Die andere Hälfte der Befragten (ebenfalls acht) fanden die Zeit zu knapp bemessen und /oder hätten sich eine etwas andere Zeiteinteilung gewünscht.

Ein Befragter erläuterte einige Vor- und Nachteile des kompakten Programms (fünf Sitzungen und die Abschlussveranstaltung innerhalb von zehn Wochen):

„Sicherlich war es stressig, keine Frage. Das eng gedrängte Programm hat zum einen eine große Informationsflut in einer relativ kurzen Zeit erbracht, die dann

---

<sup>15</sup>Durch Moderationsteam und die Vertreter des Regionalverbands war für verschiedene Getränke, Brezeln und belegte Brötchen gesorgt worden.

auch zu verdauen war, auf der anderen Seite hat es wieder den Vorteil gehabt, dass die Halbwertszeit des menschlichen Vergessens etwas überlistet werden konnte ... Für mich war es daher ganz hilfreich. Vielleicht ist auch dadurch die Bereitschaft eher da gewesen, sich auf die Geschichte einzulassen.“

Beurteilung der zeitlichen Gestaltung der Sitzungsreihe	Summe <sup>16</sup> der Befragten	Befragte im einzelnen						
		Regio- ver- band	Vertreter Kommun- nen	Bürgerini- tiative u. Ortschaft srat Sick	Natur- schutz	RP	Land- rats- ämter	Amt f. LLB
<b>Zeitliche Gestaltung war gut so</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>▸ Zeit insgesamt und Zahl der Sitzungen War ausreichend, der Thematik angemessen, auf keinen Fall länger</li> <li>▸ Zeitlich kompakte Programmgestaltung war gut so</li> </ul>	<b>8</b>		3	1		1	1	
<b>Programm war zu gedrängt, zu wenig Zeit</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>▸ Zeitplanung zu knapp: für offene Fragen, Diskussionsbedarf und abgestimmte Ergebnisdarstellung lieber noch eine Sitzung dran hängen</li> <li>▸ Zeitlich sehr gedrängt, dadurch sehr anstrengend</li> <li>▸ Zu wenig Zeit zwischen den Sitzungen</li> <li>▸ Protokolle und Tagesordnung kamen zu knapp vor der nächsten Sitzung</li> <li>▸ Wegen der knappen Zeit konnten die Vorbehalte gegen bestimmte Gutachter nicht berücksichtigt werden</li> <li>▸ Darstellung in der Öffentlichkeit vor Versand des letzten Protokolls</li> </ul>	<b>8</b>	1	1	2	1	1		1
<b>Zeiteinteilung war ungünstig</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>▸ Zuviel Zeit für Protokoll Diskussionen</li> <li>▸ Zuviel Zeit für Grundsatzdiskussionen und Formalien in der 1. und 2. Sitzung</li> <li>▸ Zuviel Zeit für die Butzensee-Thematik</li> <li>▸ Missverhältnis von Expertenanhörungen und Diskussion: Kaum Zeit, die Informationen zu diskutieren und zu verarbeiten</li> <li>▸ Zu wenig Zeit für die Erstellung des Abschlussdokuments, das dadurch der vorherigen differenzierten Bearbeitung der Thematik nicht gerecht wurde</li> </ul>	<b>8</b>	1 1	3	1 1		1	1	1
Zeitdruck entstand durch das um Einhaltung des Regionalverband-Termins bemühte Moderationsteam, nicht durch die Teilnehmer	<b>3</b>		1	1		1		
Zeitdruck weckte temporär den Verdacht, dass das Moderationsteam vor allem eine gute Show machen wollte und dass es ihm weniger um eine sinnvolle Vermittlung des Streits ging	<b>1</b>			1				
Beurteilung liegt nicht vor	<b>1</b>			1				

Tabelle 9: Beurteilung der zeitlichen Gestaltung der Sitzungsfolge

<sup>16</sup>Einige der Befragten erörterten mehrere Aspekte, notiert wurden die Einzeläußerungen. In der Summen-Spalte ist die Anzahl der Personen wiedergegeben, die sich in die jeweilige Richtung äußerten.

Sieben Befragte fanden es wichtiger, genügend Zeit für die inhaltliche Diskussion, für die Klärung offener Fragen und vor allem für eine ausreichend diskutierte und abgestimmte abschließende Empfehlung zu haben, als den vorher vereinbarten Zeitplan fix einzuhalten. Sie hätten es begrüßt, noch mindestens eine Sitzung anzuhängen, um den Ertrag des Runden Tisches abzurunden. Drei Befragte betonten, dass der während der ganzen Sitzungsreihe vorherrschende Zeitdruck nicht durch die Teilnehmer/innen des Runden Tisches entstanden sei, sondern durch das Bemühen des Moderationsteams, den durch die Sitzung der Verbandsversammlung vorgegebenen Termin einzuhalten<sup>17</sup>. Durch diesen Zeitdruck bei der Prozessgestaltung entstand bei einem Beteiligten der Eindruck, das Moderationsteam sei zu stark durch die Vertreter des Regionalverbands beeinflusst:

„Der ganze Zeitablauf ist ja von dieser einen Sitzung des Regionalverbands bestimmt worden ... auch die lange Zeitdauer der letzten Sitzungen. Da kam so eine Impulsvorgabe immer aus der Sicht des Regionalverbands. ... Man ging eben nicht um der Konzentration willen konzentriert an die Sache ´ran, sondern weil der Regionalverband da einen Termin hatte. Der (Moderator) war ja immer etwas der Treiber, der Antreiber. Andere wollten mal ein bisschen schwätzen, da hat er dann immer wieder gepuscht. Da ging´s nicht um die Sache selber, (sondern um den Regionalverbands-Termin), da hat er auch Druck gemacht. ... Man sollte sich von so einer Vorgabe nicht zu sehr beeinflussen lassen, vor allem nicht bei so einem heißen Thema und den verschiedenen Positionen. ... Lieber dann noch mal kommen oder noch zweimal treffen, ... um noch Punkte mit Diskussionsbedarf zu behandeln.“

Ein anderer Befragte äußerte, der durch die Moderation vermittelte Zeitdruck habe vorübergehend den Verdacht geweckt, dem Moderationsteam gehe es vor allem um „eine gute Show“, weniger um eine „sinnvolle Vermittlung des Streits“.

Insgesamt acht Befragte kritisierten, dass die **Zeiteinteilung** innerhalb der Sitzungen und in der ganzen Sitzungsreihe **ungünstig** gewesen sei. Besonders die Diskussion des Protokolls der jeweils vorangegangenen Sitzung habe zuviel Zeit eingenommen. Dagegen sei für die Erstellung des Abschlussdokuments viel zu wenig Zeit gewesen.

„Ich finde, für so ein wichtiges Papier hätte man sich viel viel mehr Zeit lassen müssen. Das war für mich einer der großen Kritikpunkte, dass man die Konsequenzen aus dem Papier nicht hinreichend bedenken konnte ... Das Abschlusspapier ist an jedem, der an dem Runden Tisch saß, mehr oder weniger ein Stück weit vorbeigegangen, weil es vorformuliert war, man hat dann noch das Größte verändert oder berichtigt, um sich darin wiederzufinden, aber da gibt es viele Teile, wo ich sagen muss: Wenn ich Zeit gehabt hätte, wäre das so nicht formuliert worden. Das fand ich schade. Auch dass zwischen der Diskussion und der endgültigen Vorlage gar keine Möglichkeit mehr bestand, dieses

---

<sup>17</sup>In dieser Sitzung der Verbandsversammlung sollte ursprünglich über die Änderung des Regionalplans entschieden werden (siehe Kap. 3.1).

Papier wirklich noch mal detailliert durchzugehen, war aus meiner Sicht ein Mangel. ... Beim wichtigsten Teil, wo es wirklich auf Punkt und Komma ankommt, hat man sich am wenigsten Zeit genommen. ... Plötzlich hat man keinen Kompromiss mehr gefunden, unter Zeitdruck hat man formuliert und hat gesagt: "Wenn Ihr auf der Position, dann kommt das bei uns auch so rein" ... Da hat man schnell den Text zusammengebastelt. ... Die Gelegenheit bestand nicht, die Ausgewogenheit, die vorher da war, auch zu Papier zu bringen. Wir haben im Schlusspapier Schwarz-Weiß-Malerei gehabt und haben die Feinschattierungen, wo Übereinstimmung war, viel zu wenig rausgearbeitet. ... Ich glaube, wenn die Akademie ... gesagt hätte: "Jetzt machen wir noch mal eine Sitzung. Jeder soll 2-3 Wochen Zeit haben, mit dem Papier zu Rat zu gehen, noch mal intern zu diskutieren", es wäre im Ergebnis ein deutlich anderes Papier rausgekommen."

Kritisiert wurde außerdem, dass viel zu wenig Zeit für die Diskussion und Verarbeitung der durch die Experten am Runden Tisch vermittelten Informationen gewesen sei: Man habe die Expertenbeiträge angehört, habe sie abgeheftet und sei heimgegangen. Wünschenswert wäre noch mal mindestens die doppelte Zeit zum „Verdauen“ der Informationen gewesen. Einige weitere Kritikpunkte sind Tabelle 9 zu entnehmen. Eine Zusammenfassung der Punkte, die bei der zeitlichen Gestaltung künftiger Runder Tische beachtet werden sollten, enthält Tabelle 10.

Vorschläge für die zeitliche Gestaltung künftiger Runder Tische	Summe der Befragten	Befragte im einzelnen						
		Regio-verband	Vertreter Kommunen	Bürgerinitiative u. Ortschaftsrat Sickingen	Naturschutz	RP	Landratsämter	LW-Amt
<b>Beibehalten</b>								
<ul style="list-style-type: none"> <li>▸ Vorgegebene Sitzungszahl, damit jeder sich darauf einstellen kann und sich auf nötige Äußerungen beschränkt</li> </ul>	1		1					
<b>Künftig (besser) beachten</b>								
<ul style="list-style-type: none"> <li>▸ Teilnehmern vorab (vor der 1. S.) mit der Einladung den Auftrag geben: "Bitte notieren Sie sich die Kriterien, aufgrund derer ein Gewerbegebiet untersucht werden muss, damit es ein ausgewogener, in sich schlüssiger Vorschlag ist." → Moderationsteam kann Vorschläge strukturieren und den Zeitbedarf für die Beauftragung von Experten besser abschätzen</li> </ul>	1			1				
<ul style="list-style-type: none"> <li>▸ Viel mehr Zeit für die Diskussion der Experten-Gutachten</li> </ul>	2			1				1
<ul style="list-style-type: none"> <li>▸ Genügend Zeit für Erstellung und Abstimmung des Abschlussdokumentes</li> </ul>	3		2				1	
<ul style="list-style-type: none"> <li>▸ Veranschlagte Zeit pro Sitzung besser einhalten</li> </ul>	2		1					1
<ul style="list-style-type: none"> <li>▸ Diskussion zur Abstimmung der Protokolle vergangener Sitzungen zeitlich begrenzen</li> </ul>	6	1	3	1			1	
<ul style="list-style-type: none"> <li>▸ Gleiche Sitzungszahl, aber mehr Zeit zwischen den Sitzungen</li> </ul>	1				1			
<ul style="list-style-type: none"> <li>▸ Lieber noch 1-2 Sitzungen dran hängen, um das Ergebnis abzurunden</li> </ul>	7	1	1	2	1	1		1
<ul style="list-style-type: none"> <li>▸ Fraglich, ob man überhaupt einen Zeitplan mit fixem Endpunkt aufstellen sollte</li> </ul>	1		1					

Tabelle 10: Vorschläge für die zeitliche Gestaltung künftiger Runder Tische

Die Vorschläge, was aus Sicht der Befragten künftig beachtet werden sollte, bewegten sich zwischen zwei Polen: Auf der einen Seite dem Vorschlag, eine fest vorgegebenen Sitzungszahl beizubehalten, damit jeder sich darauf einstellen und sich auf nötige Äußerungen beschränken könne, und auf der anderen Seite der Frage, ob ein Zeitplan mit einem fixem Endpunkt überhaupt sinnvoll sei und ob man sich nicht besser an inhaltlichen Erfordernissen orientieren und den Zeitbedarf darauf abstimmen sollte.

### 5.2.7 Diskussionsleitung

Zehn von siebzehn Beteiligten am Runden Tisch waren zufrieden bis hin zu voll des Lobes über die Diskussionsleitung durch das Moderationsteam der Akademie, drei sprachen sogar davon, dass sie die Moderation „bewundert“ hätten. Neun Beteiligte brachten Kritikpunkte vor, wobei sich die meiste Kritik an den langwierigen Diskussionen über die Protokolle, jeweils zu Beginn der Sitzungen, entzündete.

Diskussionsleitung	Summe der Befragten	Befragte im einzelnen						
		Regio.-verband	Vertreter Kommunen	Bürgerinitiative u. Ortschaftsrat Sick	Naturschutz	RP	Landratsämter	Amt f. LLB
Bewertung als „gut“ oder „sehr gut“	10	1	2	3	2		1	1
Kritikpunkte								
▸ Zuviel Zeit für Protokolldiskussionen	6	1	3	1			1	
▸ Andere Kritikpunkte	3	1				1	1	
Keine Bewertung oder neutral („in Ordnung“)	2		2					

Tabelle 12: Beurteilung der Diskussionsleitung durch das Moderatorenteam

Die Diskussionsleitung wurde in folgenden Aspekten positiv beurteilt:

- Insgesamt souverän und professionell,
- Klar strukturiert,
- Verhältnis von Eingreifen, Strukturieren und Laufen-Lassen war in Ordnung,
- Tagesordnung wurde sowohl mit der nötigen Stringenz durchgeführt, als auch flexibel gehandhabt,
- Die wesentlichen Punkte wurden behandelt und jeweils geschickt zusammengefasst (3 Nennungen).

„Sachfragen wurden so ausgebreitet, dass man nicht das eine mit dem anderen, das weniger wichtige mit dem Wichtigen vermengt und nicht durch Nebensächlichkeiten bedeutendere Stränge, die zur Entscheidung führen können, überdeckt.“



### Der Moderator

- konnte die Diskussionsteilnehmer die ganze Zeit über bei der Stange halten, habe sich sehr geduldig aller Fragen angenommen, gleichzeitig so, dass es nicht ausuferte oder langweilig wurde,
- habe immer versucht, auf die Beteiligten einzugehen, habe selten mal was abgeschmettert oder sei ins Wort gefallen,
- habe im richtigen Moment gebremst oder abgebrochen, damit es nicht in emotionale Streitereien mündete (2 Nennungen),
- sei deutlich geworden, wenn die Diskussion drohte, einseitig in eine Richtung zu gehen,
- haben auch auf das Experimentelle des Tisches hingewiesen, was es den Beteiligten leichter gemacht habe, sich auf ein Spiel einzulassen. (Der Spielcharakter sei am Anfang am deutlichsten gewesen; da habe man mit Spannung nachvollzogen, „wie man das inszeniert“).

Die Befragten betrachteten die verschiedenen Aspekte der Diskussionsleitung sehr differenziert, wie auch die folgenden Zitate zeigen:

„Da habe ich gelegentlich die Souveränität und die Lenkungs-kraft der beiden bewundert, auch den Takt, mit dem das vorgegangen ist.“

„Ich habe den (Moderator) immer bewundert, wie er über der Sache steht und ausgleicht und sich auch alles merken kann, was da kam und auch die Nuancen rausgehört hat. Dass er dann bei den Gesprächen auch immer wieder die Zusammenfassung gebracht hat, fand ich ausgesprochen gut.“

„Ich habe besonders den (Moderator) bewundert, wie es ihm immer wieder gelungen ist, mit ein paar Sätzen ein paar Punkte zusammenzufassen und da Hinderungsschritte transparent zu machen, auch manchmal Schärfe rauszunehmen.“

Außer der Hauptkritik an der ausufernden Diskussion der Protokolle jeweils zu Anfang der Sitzungen hätte sich ein Befragter eine insgesamt stringendere Diskussionsführung gewünscht:

„Ein kleines bisschen stringenter hätte die Diskussionsführung sein können. Es war zum Teil so, dass die Leute zu lange Statements abgegeben haben, manchmal inhaltlich zu arg gesprungen sind und die Meldereihenfolge manchmal nicht besonders gut eingehalten wurde, dass manche Leute sich übergangen gefühlt haben oder andere sich dann, wortgewaltig wie sie sind, immer wieder ... dazu geäußert haben, obwohl sie eigentlich nicht dran waren. ... Wenn wirklich der eine konkret was zu dem anderen sagen will, muss man das in Grenzen zulassen, aber die Grenzen waren manchmal ein bisschen zu weit.“

Ein anderer Befragter hätte sich an einer Stelle ein dezidiertes Eingreifen der Moderation gewünscht: Als die beiden als Experten geladenen Vertreter/innen des Landesdenkmalamtes von Vertretern der Kommunen unsachlich und aggressiv kritisiert worden seien. Als weiterer Kritikpunkt wurde bemängelt, dass der Moderator in der Diskussion aus Zeitgründen öfter zu stark gepuscht habe (vgl. 5.2.6, S.54).

**Fazit:** Die Prozessgestaltung durch das Moderationsteam wurde von den Befragten insgesamt positiv beurteilt: Sie brachten dem Team der Akademie Vertrauen entgegen und schrieben ihm prozedurale Kompetenz zu. Zugleich erörterten die Befragten eine Fülle von Details der Prozessgestaltung, wiesen auf Unklarheiten hin (insbesondere hinsichtlich des Mandats und der Zielsetzung des Runden Tisches) und regten Veränderungen an, vor allem bei der Teilnehmer-Zusammensetzung und der zeitlichen Gestaltung des Diskurses.

## 5.3 Informationsangebot

### 5.3.1 Informationsangebot als Grundlage für einen sachkundigen Diskurs

Die Mehrzahl der Befragten fand das Informationsangebot für die Zielsetzung des Runden Tisches und vor allem für die zur Verfügung stehende Zeit völlig ausreichend. Es wurden aber auch einige wichtige Informationen vermisst. Insgesamt wurde mehr Lob als Kritik bezüglich des Informationsangebotes geäußert, wobei für die Befragten die Akzeptanz der beitragenden Expertinnen und Experten eine entscheidende Rolle spielte. Dies wird daher in einem eigenen Abschnitt (Kap. 5.3.2) dargestellt.

Die Beurteilungen der einzelnen Akteure zum Informationsangebot sind Tabelle 13 zu entnehmen. **Positiv vermerkt** wurde insbesondere:

- dass das Moderationsteam bereitwillig alle Fragen aufgegriffen und sich bemüht habe, Informationen dazu bereitzustellen,
- dass in der begrenzten zur Verfügung stehenden Zeit sehr fundierte Informationen, speziell zur Hydrologie des Butzensees, erarbeitet wurden,
- dass die Informationen in gegenseitiger Absprache beschafft wurden (z.B. gemeinsame Vereinbarung der Beobachtungspunkte für die Photosimulation des Landschaftsbildes mit IKG).

Akteur	Information ausreichend und ausgewogen?		Information ausreichend und ausgewogen?	
	ja	nein	Lob	Kritik und Änderungsvorschläge
Vertreter Regionalverband	x	x	<ul style="list-style-type: none"> <li>Informationen in gegenseitiger Absprache eingeholt, z.B. Einigung auf Beobachtungspunkte bei Photosimulation</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Kaum Aussagen zur Teilfläche Schlichtgraben, zu den dortigen hydrologischen Gegebenheiten</li> <li>Photosimulation unbefriedigend, mehr davon versprochen → Besser: mehr Diskussion dazu und Vergleiche</li> <li>Argumente der Stadt Hechingen für Gewerbegebiet an dieser Stelle nicht genügend klar geworden → Wünschenswert: Mehr Informationen dazu</li> </ul>
Vertreter Hechingen	x		<ul style="list-style-type: none"> <li>Zur Problematik Butzenssee jetzt sehr gute Grundlagen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Ökonomische Aspekte kamen zu kurz</li> <li>Mit Ausnahme des Gutachtens zum Butzenssee nichts wesentlich Neues</li> </ul>
Vertreter Bodelshausen	x		<ul style="list-style-type: none"> <li>Ausgezeichnet für die Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit, Vielfalt an Experten</li> <li>Moderation griff bereitwillig alle Fragen auf, es blieb nichts offen</li> </ul>	
Bürgerinitiative und Ortschaftsrat Sickingen	x	x	<ul style="list-style-type: none"> <li>Moderation war offen für alle Fragen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Punkte der Tagesordnung fielen aus Zeitgründen weg: Nachhaltigkeit und Schlussstatement der Vertreter des RV</li> <li>Naturschutz für den Tübinger Teil hat gefehlt</li> <li>Naturschutz-Experte hätte mehr sagen können</li> </ul>
Vertreter Naturschutzverbände		x	<ul style="list-style-type: none"> <li>Photosimulation aussagekräftig</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Informationen zur Wassermenge des Butzenssees: nicht viel gebracht, wasserwirtschaftlicher Bereich war für Thematik der am wenigsten relevante</li> <li>Vortrag über die Vogelwelt nicht zufriedenstellend → Besser: frühzeitig Naturschutzbeauftragte befragen, hätte mit Hilfe von ehrenamtlich im Naturschutz Tätigen aus dem Raum Daten dazu sammeln können</li> <li>Tourismusexperte der Stadt Tübingen [der Teilnahme am Runden Tisch abgelehnt hat] wäre sinnvoll gewesen</li> <li>Raumplanungsaspekt kam zu kurz</li> <li>→ Wünschenswert: Überlegungen zur Nachhaltigkeit und deren Anwendung auf die diskutierte Situation</li> <li>→ Wünschenswert, aber von der Thematik des RT ausgeschlossen: a) Alternativ-Standorte betrachten, b) Berücksichtigung von Raumbeziehungen unabhängig von polit. Grenzen</li> </ul>
Vertreter Regierungspräsidium	x			<ul style="list-style-type: none"> <li>Methodisches Vorgehen: Informationen zum Ablauf des Planungsverfahrens kamen erst nach und nach → Besser: Darstellung der Situation mit Grundinformationen zur Planungsproblematik zu Beginn gleich allen mitgeben</li> <li>→ Wünschenswert: mehr Argumente pro Gewerbegebiet, zum Bedarf an dieser Stelle</li> </ul>
Vertreter Landratsämter	x		<ul style="list-style-type: none"> <li>Sehr umfassend, ausgewogen</li> <li>Bereich Hydrologie: Sehr fundiert und für die Kürze der Zeit sehr gute Informationen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>→ Wünschenswert: Informationen des Stadtplanungsamts Hechingen zur Entscheidung für die diskutierten Flächen</li> <li>Von der Photosimulation mehr versprochen, lag evtl. an der Größe der Bilder oder an Schwarz-Weiß-Ausführung</li> </ul>
Vertreter Amt f. LLB	x			

Tabelle 13: Angemessenheit und Ausgewogenheit des Informationsangebots

**Kritisiert** wurde, dass Informationen gefehlt hatten oder zu kurz kamen:

- zu Überlegungen der Hechinger Stadtplaner, die in der Abwägung verschiedener möglicher Gewerbeflächen zur Favorisierung des diskutierten Standortes geführt hatten (2 Nennungen),
- zu ökonomischen Argumenten für das geplante Gewerbegebiet,
- zu raumplanerischen Gesichtspunkten,
- zu den Naturschutzaspekten für die im Landkreis Tübingen gelegenen Teile des geplanten Gebietes (2 Stimmen),
- zur Teilfläche um den Schlichtgraben.

Zwei Befragte vermissten die Betrachtung der Thematik unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit. Zwei weitere Beteiligte bemängelten, dass die bereitgestellten Informationen, außer dem hydrologischen Gutachten zum Butzensee, nichts wesentlich Neues erbracht hätten.

Die **Photosimulation des Landschaftsbildes** wurde unterschiedlich bewertet: Ein Befragter fand sie aussagekräftig und eine gute zusätzliche Grundlage für die Abwägung im Zuge des weiteren Verfahrens. Hingegen wurde sie von zwei Befragten als unbefriedigend empfunden, gemessen an den daran geknüpften Erwartungen.

### 5.3.2 Glaubwürdigkeit der einbezogenen Experten

Bei der Beurteilung des Informationsangebots erörterten acht Befragte von sich aus die Glaubwürdigkeit und Akzeptanz der eingeladenen Expert/inn/en. Dabei war dies verständlicherweise vor allem für Befürworter und Gegner des IKG ein Thema: Alle vier kommunalen Vertreter, drei Vertreter der Bürgerinitiative/des Sickinger Ortschaftsrates, sowie ein Vertreter der Naturschutzverbände äußerten sich dazu. Als Beurteilungskriterien der Glaubwürdigkeit von Experten wurde zum einen deren Fachkompetenz und zum anderen ihre wahrgenommene Unabhängigkeit herangezogen.

Bei der Einschätzung der **Fachkompetenz** waren sich die Befragten aller Seiten einig, dass der erste Beitrag des Experten vom Regierungspräsidium Tübingen zur Hydrologie des Butzensees nicht fundiert gewesen sei. Ein kommunaler Vertreter kritisierte, dass der für Naturschutz und Landschaftspflege zuständige Vertreter des Regierungspräsidiums sich zu Sachverhalten außerhalb seines Fachgebiets geäußert habe, wobei er ihn für diese fachfremden Äußerungen nicht als Experten akzeptiere. Ansonsten wurde die Fachkompetenz der gehörten Experten nicht in Frage gestellt. Ein Vertreter der Naturschutzverbände gab zu bedenken, dass die knappe Zeit für die Gutachtenerstellung wesentliche Einschränkungen hinsichtlich deren Fachkompetenz mit sich bringe. Ein Gutachten werde umso eher akzeptiert, je mehr es auf sicherer Befundlage beruhe und die werde umso stabiler, je mehr Zeit für die Erarbeitung zur Verfügung stehe.

Als Knackpunkt für die Akzeptanz der beteiligten Experten erwies sich deren **wahrgenommene Unabhängigkeit bzw. Abhängigkeit**.

Einig waren sich die Beteiligten da nur hinsichtlich des Ingenieurbüros, das die Photosimulation des Landschaftsbildes erarbeitet hatte: Als Büro von außerhalb der Region, mit dem keiner der Beteiligten irgendwelche Vorerfahrungen hatte, wurde es zweifelsfrei als unabhängig wahrgenommen.

Bezweifelt wurde hingegen die Unabhängigkeit

- der Behördenvertreter - sowohl der am Runden Tisch als Teilnehmer sitzenden als auch der als Experten geladenen - und
- des Ingenieurbüros, das die hydrologischen Gutachten erstellte.

Die Vertreter der Stadt Hechingen wandten sich vor allem gegen die Anhörung derjenigen **Behördenvertreter**, die schon zuvor ihre Bedenken gegen das geplante IKG schriftlich geäußert hatten und/oder in irgendeiner Form im formalen Planungsverfahren (z.B. als Genehmigungsbehörde) beteiligt sind. Ein Vertreter der Naturschutzverbände mit behördlichem Insider-Wissen beschrieb das typische Verhältnis von kommunalen Vertretern und Vertretern von Fachbehörden so: Die Vertreter kommunaler Verwaltungen betrachteten die Fachbehörden-Vertreter oft als „Fachidioten“, die durch die buchstabengetreue Anwendung von Vorschriften an der Realität vor Ort vorbeigingen. Hingegen sähen sich die kommunalen Vertreter selbst als „Praktiker“, die an machbaren Lösungen interessiert seien und sich dabei gern über einschränkende fachbezogene Vorschriften hinwegsetzen würden. Wünschenswert erschien sowohl den kommunalen Vertretern als auch einem Vertreter der Naturschutzverbände, als Experten entweder ausschließlich private unabhängige Gutachter hinzuzuziehen, oder – wenn Behördenvertreter – dann solche, die bisher nichts mit der fraglichen Thematik zu tun gehabt haben bzw. im weiteren Verlauf des Verfahrens haben werden, z.B. Behördenvertreter aus einem Nachbar-Landkreis. Eine weitere Möglichkeit seien staatliche Institute, die weit weg von der Alltagsrouten der Kommunen seien, wie z.B. die Landesanstalt für Umweltschutz.

Umstritten seitens der Befürworter wie Gegner des IKG war das **Ingenieurbüro**, das die hydrologischen Gutachten erarbeitete. Dabei wurden mehrere Aspekte als kritisch betrachtet:

- Die Zweifel der kommunalen Vertreter entzündeten sich an der Funktion des einen Gutachters als Abgeordneter der Partei der GRÜNEN im Regionalverband, weshalb von ihm eine Parteinahme für Naturschutzpositionen erwartet wurde. Sie äußerten ihre Skepsis am Runden Tisch jedoch nicht und waren bereit, diesen Gutachter zu akzeptieren. Durch die Art, wie er seinen Auftrag bearbeitete, konnte er die Zweifel dann völlig zerstreuen.
- Von den IKG-Gegnern wurden verschiedene Aspekte an der Beauftragung des Ingenieurbüros kritisiert. Eine Hauptkritik richtete sich gegen das Verfahren bei der Auswahl der Gutachter, bei der entgegen vorheriger Zusicherungen der Mode-

ration die Zustimmung der Beteiligten am Runden Tisch nicht sichergestellt worden war. Gegen die Unabhängigkeit eines privaten Büros spräche generell, dass es sich - da es kommerziell arbeite - im Sinne seiner Auftraggeber äußere (um Folgeaufträge zu bekommen). Zudem könne dadurch, dass der Bruder des Inhabers des Ingenieurbüros in der Region als Unternehmer tätig sei, nicht von einer Unabhängigkeit des Büros ausgegangen werden. Ein Vertreter der IKG-Gegner machte seine Kritik an der Beauftragung von Ingenieuren fest, da er unterstellte, dass Ingenieure als Grundeinstellung ihres Berufes Aspekte der technischen Machbarkeit in der Vordergrund ihrer Betrachtung stellten und Aspekte des Naturerhalts vernachlässigten. Es wurde ebenfalls Skepsis gegenüber der Person des einen Gutachters geäußert, der durch seine Mitgliedschaft im Regionalverband auch auf dem formalen Verfahrensweg mit der Thematik des IKG befasst sei. Als Gutachter, die über jegliche Zweifel an ihrer Unabhängigkeit erhaben seien (kein „Gschmäcke“ hätten), hätten sich die IKG-Gegner Gutachter vom geologischen Landesamt oder der Landesanstalt für Umweltschutz gewünscht.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die für die Arbeit am Runden Tisch zur Verfügung stehenden Informationen von den Beteiligten eng mit den jeweiligen Informationsquellen verknüpft wurden. Die Wahrnehmung der hinzugezogenen Experten als (nicht) unabhängig beeinflusste entscheidend die Akzeptanz der entsprechenden Informationen und deren Stellenwert in der weiteren Diskussion.

## **5.4 Beziehung zwischen den Kontrahenten im Verlauf der Zusammenarbeit am Runden Tisch unter dem Aspekt des gegenseitigen Vertrauens bzw. Misstrauens**

### **5.4.1 Begriffsverständnis**

In den Abschlussinterviews wurden die Beteiligten in offener Form gefragt, inwieweit Vertrauen bzw. Misstrauen gegenüber anderen Beteiligten für sie im Verlauf des Runden Tisches eine Rolle gespielt habe. Diese Frage wurde gestellt, ohne im Vorhinein den Vertrauensbegriff (etwa in Anlehnung an dessen Verwendung in der Literatur, vgl. Renn und Levine, 1989; Renn und Kastenholz, 1998) zu definieren, um - anknüpfend an das jeweilige Bedeutungsverständnis der Befragten - die Kriterien herausarbeiten zu können, die Vertrauen aus der Sicht der Befragten konstituieren.

Für zwölf der Befragten haben Aspekte von Vertrauen oder Misstrauen zwischen den Beteiligten am Runden Tisch eine Rolle gespielt. Vertrauen entsteht, wenn die Gesprächspartner als glaubwürdig wahrgenommen werden, nämlich dann, wenn

- sie die eigenen Interessen offen äußern (statt sich diplomatisch zurückzuhalten),
- sie ihren Worten entsprechende Taten folgen lassen (z.B. die bekundete Gesprächsbereitschaft am Runden Tisch durch entsprechende deutliche Abstriche an ihren ursprünglichen Positionen untermauern),
- sie Abmachungen einhalten,
- sie sich in verschiedenen Situationen zu unterschiedlichen Zeitpunkten konsistent verhalten.

Vertrauen zu den Kontrahenten könne auch dann entstehen, wenn man sich von ihnen ernst genommen fühle.

Einem kommunalen Vertreter war seine persönliche Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit besonders wichtig und er fühlte sich durch Zweifel an seiner Glaubwürdigkeit in der heißen Phase des Konflikts sehr verletzt:

„Da ging es im Vorfeld (des Runden Tisches) schon um Glaubwürdigkeitsfragen .... Es gab Momente in der örtlichen Diskussion, da wurde ausdrücklich gesagt, man nimmt mehr oder weniger dem Bürgermeister nicht ab, dass er diese oder jene Absicht hat. ... Das wurde immer wieder mal so gehandelt: "Der erzählt was und tut dann ganz was anderes". Das ist ein schlimmer Vorwurf im Grunde. ... Das ist was, was mich persönlich trifft, weil mir genau das aus meiner bisherigen beruflichen Praxis eigentlich immer attestiert wurde ... die hohe Glaubwürdigkeit. ... Wenn das Mediationsverfahren dazu beiträgt, dass das emotional anders läuft und dass man sich in Fragen der Glaubwürdigkeit näher kommt und vor allem auch erkennt, was jemand will und dass er nicht die anderen über den Tisch ziehen will oder sonst was. ... Das Mediationsverfahren war meines Erachtens dann schon insoweit geeignet, um eben diesen Bereich wieder etwas in normale Bahnen zu bringen.“

Drei Befragte äußerten, dass die Begriffe Vertrauen bzw. Misstrauen die Beziehung zwischen den Kontrahenten nicht zutreffend charakterisierten, sondern wählten folgende andere Beschreibungen:

- In einer Konfliktsituation - wie der vorliegenden - vertrete jede Seite ihre eigenen Interessen. Man könne lediglich die Interessen der Gegenseite wahrnehmen und als legitim akzeptieren.
- Die Situation sei charakterisiert durch kommunalpolitische Gegnerschaft, die aus einer Vorgeschichte von alten „Wunden“ und „Rechnungen“ hervorgegangen sei.
- Die Vertreter der kommunalen Verwaltung seien besonderen Zwängen ausgesetzt, sofern sie danach strebten, ihre Position zu wahren und keine Fehler zu machen, damit sie in der Öffentlichkeit als durchsetzungsfähig und glaubwürdig gelten.

„Mir ist klar, welche Psyche ein großer Teil der Bürgermeister, die noch nicht so lange im Amt sind, an den Tag legen müssen. Sie dürfen keine Fehler machen, sie müssen ihren Standpunkt durchsetzen, da spielen auch manchmal

Ängste eine Rolle. Wie ist das, wenn ein Bürgermeister erst 'Hü' sagt und nach einer Verhandlung sagt er 'Hott'? Wird ihm das als Schwäche ausgelegt? Kann er das positiv verkaufen? Das liegt für mich jenseits der Frage: Habe ich Vertrauen?"

#### **5.4.2 Anlässe für Misstrauen gegenüber den Kontrahenten**

Befürworter wie Gegner des IKG zeigten sich skeptisch bezüglich der Glaubwürdigkeit und damit Vertrauenswürdigkeit ihrer Kontrahenten. Diese Einschätzungen änderten sich im Verlauf der Sitzungen am Runden Tisch nur wenig. Beide Seiten hielten den Kontrahenten vor, sie hätten ihre ursprünglichen Positionen nicht verändert; die beiderseits signalisierte Gesprächsbereitschaft am Runden Tisch wäre nur dann glaubwürdig gewesen, wenn die entsprechenden „Lippenbekenntnisse“ durch deutlich wahrnehmbare Abstriche an den ursprünglichen Positionen untermauert worden wären. Die Glaubwürdigkeit der anderen Beteiligten wurde also von beiden Seiten daran festgemacht, dass Worte auch von entsprechenden Taten gefolgt werden sollten. Darüber hinaus führten die Befragten der beiden 'Lager' ihre Einschätzungen mangelnder Glaubwürdigkeit auf folgende Aspekte zurück:

Die **Vertreter der Kommunen** gingen davon aus, dass bei den IKG-Gegnern persönliche Eigeninteressen - nämlich an einer unverbauten Wohnlage des eigenen Hauses im Grünen - die eigentliche Motivation ihres Engagements seien. Diese Eigeninteressen würden aber geleugnet und das Engagement für Natur- und Denkmalschutz in den Vordergrund gestellt.

„Ich vergleiche das mit jemandem, der ... sagt: "Ich brauch' ´nen wunderschönen Bauplatz. Ich würde gern nach Bodelshausen kommen." Dann kriegt er einen Bauplatz. Übrigens viele in der Bürgerinitiative gehören dazu. Dann hat er den Bauplatz und sagt: "Aber jetzt will ich, dass kein Bauplatz mehr daneben kommt. Ich bin ja im Grünen und jetzt könnt ihr mir doch die schöne Natur nicht verbauen." Das ist ja das Spannungsfeld. .. Wenn ich die ganzen Namen angucke derer, die sich sehr stark engagieren, dann muss ich sagen, (viele gehören) zu denen, die damals im Grünen am Rand der Gemeinde Bodelshausen an der Gemarkungsgrenze gebaut haben und gesagt haben: "Unverbaubare Lage." Aber dann sollen sie bitte so ehrlich sein und sagen: "Also gut, ich bin eigentlich auch deshalb dagegen, ich will auch künftig dieses Grün vor meinem Haus haben." Das ist für mich ehrlich. Aber sie sagen: "Das hat mit dem gar nichts zu tun." Da sage ich, das ist für mich unglaubwürdig, immer dann wenn Eigeninteressen in diesem hohen Maß eine Rolle spielen.“

Außer der unverbauten Lage des eigenen Hauses gehe es manchen Mitgliedern der Bürgerinitiative aus der Sicht eines kommunalen Vertreters auch um die rentableren Grundstückspreise, die bei unverbauter Lage zu erzielen seien (zum Umgang mit diesen Interessen der IKG-Gegner am Runden Tisch siehe Abschnitt 5.4.3).



Der Bürgermeister von Bodelshausen machte sein Misstrauen gegenüber den IKG-Gegnern auch an deren missbräuchlicher Verwendung seiner Unterschrift auf einer Liste des Bodelshausener Fischereivereins fest. Er habe dort „Für die Erhaltung des Butzensees“ unterschrieben. Dies sei dann aber von den IKG-Gegnern interpretiert worden als Votum „Gegen das IKG“. Zudem habe die Bürgerinitiative immer wieder mit 1400 Unterschriften aus Bodelshausen „gegen das IKG“ argumentiert, tatsächlich wohnten jedoch nur 880 der Unterzeichner in Bodelshausen. Seine Kritik mangelnder Glaubwürdigkeit richtete sich auch gegen einige Bodelshausener Gemeinderäte, die - nachdem die Stimmung in der Bevölkerung sich zunehmend vehement gegen das IKG wandte – lautstark von ihrem eigenen Abstimmungsverhalten bei dem vorangegangenen einstimmigen Gemeinderatsbeschluss nichts mehr wissen wollten. Auch das Verhalten des Sickinger Ortschaftsrats, der das ursprünglich einstimmige Votum für eine Bebauung zwischen B 27 und Bahnlinie und damit für einen Teilbereich des IKG aufgrund der Querelen schließlich ganz zurückgenommen hatte, wertete er als Beleg für dessen Unglaubwürdigkeit.

Die **IKG-Gegner** führten ihre misstrauische Haltung gegenüber den IKG-Befürwortern zurück auf

- Auftreten und körpersprachliche Äußerungen einzelner Vertreter (Blicke, Körperhaltung)
- mangelnde Transparenz der eigenen Beweggründe
- inkonsistentes Verhalten in der Vergangenheit
- das allgemeinen Image von (Kommunal-)Politikern und
- Vorerfahrungen mit der mangelnden Einhaltung von Auflagen.

Das **Auftreten und die körpersprachlichen Äußerungen** von kommunalen Vertretern am Runden Tisch wurden nicht nur von IKG-Gegnern sondern auch von einem Behördenvertreter als wenig vertrauenerweckend bewertet.

„Das Misstrauen ist für mich spürbar geworden durch die Blicke, die hin- und hergingen. ... Es hat manchmal förmlich geknistert ...“

Dieser interpretierte die von ihm als zum Teil als „hasserfüllt“ wahrgenommenen Blicke von kommunalen Vertretern so, dass bei den Betroffenen keine große Bereitschaft vorhanden gewesen sei, die Kontrahenten für voll zu nehmen. Zwei Befragte erwähnten die von ihnen wahrgenommene ostentative Zurückhaltung der kommunalen Vertreter: Einer von ihnen habe sich bei einem Vortrag, bei dem es um Argumente gegen ein IKG an dieser Stelle ging, zurückgelehnt und „man sieht genau an seiner Art: Es rollt an ihm vorbei oder es flutscht an ihm runter und es interessiert ihn nicht.“ Eine ähnliche Haltung wurde bei kommunalen Vertretern gegenüber Äußerungen von Vertretern der Bürgerinitiative beobachtet und interpretiert als Einstellung „Ja, lass´ die doch schwätzen, die Bürgerinitiative.“

Misstrauen erregte somit die bei einigen IKG-Befürworter wahrgenommene Diskrepanz von Körpersprache und verbalen Äußerungen: Verbal betonten die Betroffenen ihre Offenheit, ihre Körpersprache wurde hingegen als Desinteresse und Ablehnung interpretiert. Vertrauen erwecken würde eine auch körpersprachlich kongruente, klare und offene Meinungsäußerung.

Zwei Behördenvertreter kritisierten im Interview, dass die IKG-Befürworter (Regionalverband und Vertreter der Kommunen) ihr Vorhaben nicht plausibel und nachvollziehbar begründet hätten, etwa durch Erläuterungen, welche Standort-Alternativen für Gewerbegebiete in Frage gekommen wären und warum man sich angesichts dieser Alternativen gerade für ein IKG auf den fraglichen Flächen stark mache. Diese **mangelnde Transparenz der Beweggründe der Befürworter** ließ das Misstrauen der IKG-Gegner aus Sicht der 'außenstehenden' Behördenvertreter nachvollziehbar erscheinen.

Weitere Belege für die mangelnde Glaubwürdigkeit der kommunalen Vertreter wurden von Vertreter der IKG-Gegner in **Inkonsistenzen in deren Verhalten** gesehen. Zum Beispiel könne man der geäußerten Absicht eines kommunalen Vertreters, mit dem geplanten IKG Arbeitsplätze schaffen zu wollen, nicht recht glauben, wenn derselbe kommunale Vertreter an einer Werkseröffnung eines lokalen Unternehmers in Ungarn teilgenommen habe, der vor Ort 150 Leute entlassen habe<sup>18</sup>.

Das Misstrauen gegenüber den Kommunal- und Regionalpolitikern wurde jedoch nicht nur am konkreten Verhalten der Vertreter am Runden Tisch festgemacht sondern auch am allgemeinen **Image von (Kommunal-)Politikern**. Aufgrund dieses Images gingen Vertreter der IKG-Gegner davon aus, dass Politiker bei Planungen die zu erwartenden Nachteile ohnehin verschwiegen:

„Man kennt ja die Kommunalpolitiker, die beleuchten die Sache immer von einem rosaroten Standpunkt aus. Die dicke Suppe kommt dann immer hinten nach.“

Außerdem äußerten sie die Einschätzung, dass im politischen Feld üblicherweise den Interessen der Bevölkerung gegenüber Machtinteressen der Herrschenden wenig Bedeutung beigemessen werde:

„Ich habe im Vorfeld meinen Erwartungshorizont klar abgesteckt und zwar, weil man Politik ja länger schon beobachtet und wenn man jetzt parallel mitkriegt, was auf den Fildern läuft [Planung des Messegeländes], wenn man dann sieht, dass hier einfach Machtverhältnisse abgespult werden, dass Herr Döring und Herr Teufel mit ihrer Fraktion das Gesetz ändern, nur damit sie dieses Teil durchkriegen, und wenn man dann noch sieht, dass sie die Gemeinde im Prinzip mit 11 Mio. bestechen, ... dann weiß man, dass es überhaupt nicht um die Bevölkerung geht und ihre Wünsche und ihren Willen, sondern dass es hier

---

<sup>18</sup>Nach Wissen des betreffenden Bürgermeisters gab es vor Ort keine Entlassungen, sondern die Firma habe sich im Gegenteil erweitert.

rein um Macht und Machtpositionen geht. Und das ist hier im Kleinen keinen Deut anders, es läuft genau auf die gleiche Spur raus: Es will sich hier keiner damit brüsten, zu sagen, "ich hab für die Gemeinde den letzten Rest der Natur, die noch da war, für unsere Nachkommen erhalten", sondern es geht drum, zu sagen "Ich hab da noch ´n Arbeitsplatz und da noch ´n Arbeitsplatz. Und aus 5500 Einwohner hab ich 6000 gemacht". Es geht um Zahlen, um Erfolge.“

In diesem Zusammenhang stellten zwei Befragte (je ein Vertreter der Bürgerinitiative und der Naturschutzverbände) auch einen Zusammenhang zu strukturellen Rahmenbedingungen bei der Entlohnung von kommunalen Beamten her: Da das Gehalt von Bürgermeistern von der Einwohnerzahl abhängig sei, hätten die Bürgermeister Interesse am Zuzug von Wohnbevölkerung. Diese Äußerungen machen deutlich, dass einige der Befragten bei den kommunalen Vertretern verdeckte Eigeninteressen vermuteten, die mit deren Zielen bei den IKG-Planungen verbunden sein könnten.

Außerdem wurde seitens der IKG-Gegner mehrfach angeführt, dass man aufgrund früherer Erfahrungen mit Baumaßnahmen der **Einhaltung von Auflagen** in Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen nicht traue. Die beiden Vertreter der Landratsämter sagten im Interview, dass sie dieses Misstrauen infolge ihrer eigenen Erfahrungen nachvollziehbar und berechtigt fänden, auch wenn es natürlich genauso Beispiele gäbe, wo Auflagen zuverlässig eingehalten würden.

Ein Vertreter der Bürgerinitiative sah das in der eigenen Gruppierung ausgeprägte Misstrauen gegenüber den IKG-Befürwortern auch in der anfänglichen Verhaltensunsicherheit im direkten Kontakt mit den politischen Funktionsträgern begründet, denen gegenüber man sich in der schwächeren Position gefühlt habe. Die Vertreter der Bürgerinitiative hätten dann aber die Gesprächssituation am Runden Tisch als ausgewogen erlebt und sich den Kontrahenten gegenüber zunehmend wohler gefühlt.

„Dieses Misstrauen hat sich (bei den Vertretern der Bürgerinitiative) auch gemischt mit einer gewissen Unsicherheit, wie man sich in einem solchen Zusammenhang bewegt, wie man sich den Leuten vom Regionalverband, die man eben doch als die Leute von da oben ansieht, schlägt, ob man denen nicht von vornherein in jeder Beziehung unterlegen ist, dass man sich da überhaupt findet und ausdrücken kann oder nicht einfach über den Tisch gezogen wird, bevor man´s merkt ... Aber das war in der Entwicklung der Geschehnisse ... nicht real. ... Ich denke, diese Erfahrung, dass sich eine ausgewogene Gesprächssituation ergeben hat, hat allen am Tisch gutgetan, und vor allem haben sich dabei die Vertreter der Bürgerinitiative wohler gefühlt, als ich zu hoffen wagte.“

### 5.4.3 Umgang mit Eigeninteressen einer Konfliktpartei

Von Vertretern der IKG-Befürworter wurden den Mitgliedern der Bürgerinitiative vorgeworfen, ihre eigenen Interessen am Wohnen in unverbauter grüner Wohnlage zu leugnen und sich statt dessen für den Erhalt von intakter Natur im allgemeinen einzusetzen. Diese - aus ihrer Sicht - versteckten Eigeninteressen führten die Kontrahenten als Grund für ihre Einschätzung mangelnder Glaubwürdigkeit der IKG-Gegner an. In der Tat wurden diese Interessen während der Verhandlungen am Runden Tisch nie explizit thematisiert.

Im Interview mit mir als Begleitforscherin äußerten sich hingegen Vertreter der IKG-Gegner selbst zu der Bedeutung, die Wohnen im Grünen in Bodelshausen und Sickingen für sie habe. Viele Einwohner der beiden Ortschaften seien in den letzten Jahren genau wegen der landschaftlich schönen Lage und gleichzeitig bezahlbaren Grundstückspreisen zugezogen und nähmen dafür bewusst auch einen weiteren Weg zu Arbeitsstellen, z.B. in Tübingen, in Kauf. Diese Bürgerinnen und Bürger fühlten sich in ihrem Interesse am Wohnen und Leben in möglichst wenig verbauter Umgebung durch ihre Bürgermeister unverstanden und nicht vertreten. Gerade aufgrund ihrer eigenen bewussten Entscheidung der Wohnortwahl abseits der Ballungszentren lehnten sie die Argumentation der IKG-Befürworter, die vor Ort zu schaffenden Arbeitsplätze sollten zur Verringerung der Pendlerströme beitragen, als nicht relevant ab.

Daraus ergibt sich die Frage, warum legitime Interessen einer Konfliktpartei keinen Platz im Diskurs am Runden Tisch hatten, sondern unterschwellig im Sinne einer „hidden agenda“ vorhanden waren und zu Einschätzungen mangelnder Glaubwürdigkeit seitens der anderen Konfliktpartei beitrugen.

Von einem kommunalen Vertreter wurde es als selbstverständlich und legitim betrachtet, dass in einer Konfliktsituation jede Seite ihre eigenen Interessen vertritt. Von anderen kommunalen Vertretern so wie von Vertretern der Bürgerinitiative wurde die Vertretung eigener Interessen jedoch als Grund für die mangelnde Glaubwürdigkeit der Gegenseite angeführt. Gab es zwischen den Beteiligten einen unausgesprochenen moralischen Grundkonsens, dass an einem Runden Tisch nur Gemeinwohlinteressen verhandelt werden dürfen? Auch Werthaltungen der Kontrahenten in bezug auf wünschbare Zukünfte wurden am Runden Tisch nicht ausdrücklich diskutiert, wenn auch immer wieder eigene Werte angesprochen bzw. die der Kontrahenten kritisiert wurden.

Sollte dies von der Moderation thematisiert werden, wenn Aspekte einer „hidden agenda“ auftauchen? Eine offene Thematisierung hätte ein Verhandeln darüber ermöglicht. Jedoch bleibt fraglich, ob dies im Rahmen eines Verfahrens zur Regionalplanänderung überhaupt sinnvoll wäre, solange noch nicht - wie etwa bei der Flächennutzungsplanung - direkt Eigeninteressen von Anwohnern auf dem Spiel stehen.

#### 5.4.4 Veränderung des gegenseitigen Misstrauens im Laufe der Sitzungen

Wenngleich von Befürwortern wie Gegnern des IKG eine Verbesserung der Gesprächsatmosphäre im Laufe der Sitzungen wahrgenommen wurde, ergab sich aus den Äußerungen der Befragten in den Abschlussinterviews, dass die Einschätzungen mangelnder Glaubwürdigkeit der Kontrahenten sich kaum verändert hatten.

Beide Seiten hielten sich gegenseitig vor, sie hätten ihre ursprünglichen Positionen nicht verändert; die beiderseits signalisierte Gesprächsbereitschaft am Runden Tisch wäre nur dann glaubwürdig gewesen, wenn die entsprechenden Beteuerungen durch deutlich wahrnehmbare Abstriche an den ursprünglichen Positionen und/oder Offenheit für die Belange der anderen Seite untermauert worden wären.

Aus der Sicht eines IKG-Befürworters wäre wünschenswert gewesen:

„dass man sagt: Was bringen wir ein? Was bringt die Gegenseite ein? Welche Befürchtungen werden formuliert? Was ... müssen wir auch noch berücksichtigen? Und dieses "Was müssen wir von unserer Seite berücksichtigen", kam (von der Gegenseite) knapp daher. Letztendlich hätte sich das auch mal ein bisschen drehen müssen: Die ökonomischen Prinzipien, Arbeitsplatzsicherung, Arbeitsplätze in Wohnortnähe etc., da müsste sich mal die Seite damit auseinandersetzen, die den ökologischen Bereich sehr hoch ansetzt, was ja zu respektieren ist. Aber dann muss man sich auch mal äußern und sagen: "Ja gut, da müssen wir vielleicht Zugeständnisse machen." Und dann wäre es möglich, an einem Runden Tisch sich auch zu bewegen.“

Die IKG-Gegner waren nach Aussagen ihrer Vertreter schon bis zur zweiten Sitzung zur Einschätzung gelangt, dass die Befürworter nicht von ihrer Position abweichen würden und sich einer echten Auseinandersetzung mit den Gegnern nicht stellen wollten. Dass sie dennoch weiter am Runden Tisch blieben, wurde von verschiedenen Personen unterschiedlich begründet: aus Interesse an den weiteren Experten-Aussagen, aufgrund der Vermittlung eines Sprechers der Bürgerinitiative und/oder der Moderatorin und dem Moderator zuliebe.

Befragte beider Seiten hatten im Laufe der Sitzungsreihe eine gewisse Öffnung der jeweils anderen Seite wahrgenommen. Letztlich habe man sich dann doch wieder auf die ursprünglichen Positionen zurückgezogen. Ein Vertreter der IKG-Gegner beschrieb seine Beobachtung so:

„Ich fand interessant zu beobachten, wie die Funktionsträger nach einer Öffnung (im ersten Teil der Sitzungen) im zweiten Teil der Sitzungen, dann wo man sich menschlich näher gekommen war, in der Sache ihrer Funktion wieder treu geworden sind und von der nicht mehr abzubringen waren und ... ernsthafte Argumente abgewehrt haben, die von außen kamen.“

Die Hechinger IKG-Befürworter nahmen einen konkreten Wendepunkt der Gegner zurück zu ihrer grundsätzlich ablehnenden Position wahr, und zwar in ihrer Interpretation des hydrologischen Gutachtens zum Butzensee: Dass die Wassermenge durch entsprechende bauliche Vorkehrungen ohne weiteres erhalten werden könne, sei von den IKG-Gegnern „einfach unter den Tisch gebügelt worden“. Ein keiner Konfliktpartei angehörender Beteiligter beschrieb, wie beim betreffenden Gutachten „jeder so sein Ding rausgezogen“ habe:

„Der eine hat gesagt: "Die 5% Unsicherheit (der gutachterlichen Aussage) sind ein Argument für mich, dass ich dagegen bin", und der andere: "Die 5% Unsicherheit, das ist das normale Spiel des Lebens, das zeigt doch, dass alles in Ordnung ist."“

Die in jeder Sitzung sehr zeitaufwendige Diskussion und Verabschiedung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung, in der jede Seite die angemessene Wiedergabe der eigenen Argumente genau überwachte, kann als Hinweis auf das kontinuierliche Misstrauen der Kontrahenten gewertet werden. Letztlich blieben die oben im Abschnitt 5.4.2 beschriebenen Gründe für die gegenseitige Skepsis der Kontrahenten bis zum Ende des Runden Tisches konstant. Die jeweiligen Beweggründe, die zur Befürwortung oder Ablehnung des IKG führten, wurden durch den Diskurs am Runden Tisch nicht transparenter. So lautete denn auch das Fazit eines Behördenvertreters:

„Stadt (Hechingen) und Regionalverband konnten sich bei der Bevölkerung kein größeres Vertrauen erwerben, dadurch dass sie ihre Vorhaben nicht plausibel und nachvollziehbar begründet haben. Gesunde Skepsis ist verblieben, Misstrauen bleibt bestehen.“

Allerdings sind mehrere der oben angeführten Gründe für Misstrauen unabhängig von konkretem Verhalten konkreter Personen (z.B. das allgemeine Image von Politikern oder die beliebig vorzufindenden Beispiele für die Nicht-Einhaltung von Auflagen), so dass sie somit kaum durch persönliche Erfahrungen mit einzelnen Personen entkräftet werden konnten.

Eine Veränderung hin zu mehr gegenseitigem Vertrauen hätte also nur durch wahrgenommenes vertrauenerweckendes Verhalten innerhalb der Sitzungen am Runden Tisch entstehen können, etwa durch

- Übereinstimmung von Worten und Handeln
- offene, klare und auch körpersprachlich kongruente Äußerungen zu eigenen Beweggründen und Interessen
- wahrnehmbares Interesse für und Eingehen auf die Kontrahenten.

Dies hat am Runden Tisch auch stattgefunden, wie Interview-Äußerungen zeigen: Ein kommunaler Vertreter erwähnte mehrfach einen Vertreter der Bürgerinitiative, der „immer sehr sauber argumentiert“ habe und den er aufgrund seiner vermittelnden Beiträge als glaubwürdig und integer erlebt habe.

## **5.5 Zusammenfassung: Kritische Punkte für die Entwicklung von Vertrauen in das diskursive Verfahren und in die Prozessgestaltung**

Die Ausgangssituation des Runden Tisches zum IKG Hechingen – Bodelshausen war charakterisiert zum einen durch eine komplexe umweltplanerische Problematik und zum anderen durch verhärtete Fronten der Konfliktbeteiligten, so dass von vornherein keine leichten und einfachen Lösungen zu erwarten waren. Auf dem Hintergrund dieser Ausgangssituation zeigen sich kritische Punkte für die Gestaltung eines diskursiven Konfliktmittlungsverfahrens umso deutlicher.

Diese kritischen Punkte für die Entwicklung von Vertrauen in das diskursive Verfahren und in die Prozessgestaltung werden im folgenden in Anlehnung an das Projektzyklusmodell von Oppermann (in Vorbereitung) thesenartig dargestellt. Sie werden in Kap. 7.2 wieder aufgegriffen und übergeleitet in Empfehlungen, was beim künftigen Einsatz Runder Tische besonders beachtet werden sollte.

### **Projektinitiierung**

- Der Zeitpunkt der Initiierung des diskursiven Verfahrens ist kritisch: Inwieweit besteht hinreichende Offenheit der Kontrahenten, ihre bisherigen Positionen zu revidieren? Bereits abgegebene schriftliche Stellungnahmen von Trägern öffentlicher Belange im Rahmen des formalen Beteiligungsverfahrens erwiesen sich als Erschwernis.
- Auf welchem Weg kommen die Moderator/inn/en zum Projekt? Die von einer konfliktbeteiligten Seite wahrgenommene Nähe des Moderationsteams zu den Kontrahenten kann es den Moderator/inn/en erschweren, als unparteiisch akzeptiert zu werden.

### **Dialogbeginn und Diskursangebot**

- Reputation der Moderator/inn/en: Die Möglichkeit, sich über die Institution, bisherige diskursive Projekte und die Biographie der Moderator/inn/en zu informieren, trug dem Moderationsteam einen Vertrauensbonus ein.
- Das konkrete Erleben der Moderator/inn/en als Personen in den Vorgesprächen und deren kongruentes Verhalten wirkte glaubwürdig und vertrauenerweckend.
- Die Erläuterung der Spielregeln des diskursiven Verfahrens, insbesondere der begrenzte Zeitrahmen und der Entscheidungsmodus der Konsensfindung (statt Mehrheitsentscheidung), erleichterte es den Konfliktbeteiligten, sich auf das Verfahren einzulassen.
- „Tolerierter Konsens“ als Entscheidungsoption: Diese Option, eine Entscheidung des Runden Tisches durch Stimmenthaltung stillschweigend mitzutragen, kann als Möglichkeit aufgefasst werden, die eigene Position unverändert beizubehalten und dennoch als „gesprächsbereit“ am Runden Tisch teilzunehmen.

- Mandat und Zielsetzung des Runden Tisches: Wenn bei den Konfliktbeteiligten unterschiedliche Vorstellungen über Mandat und angestrebtes Ergebnis des Runden Tisches bestehen, die nicht hinreichend geklärt werden, erschwert dies die konstruktive zielstrebige Zusammenarbeit und einen Vertrauenszuwachs unter den Konfliktbeteiligten.

### **Konstituierung des Runden Tisches**

- Teilnehmer-Zusammensetzung: Je nach angestrebtem Ergebnis der Verhandlungen am Runden Tisch, hatten die Beteiligten unterschiedliche Vorstellungen zur Zusammensetzung des Teilnehmerkreises. Die nicht explizit abgestimmte Zielsetzung des Runden Tisches führt auf diese Weise zu Unstimmigkeiten bezüglich der Teilnehmer-Zusammensetzung. Besonders die Teilnahme von Trägern öffentlicher Belange, die bereits vorher ihre Bedenken schriftlich geäußert hatten, wurde kritisiert.

### **Problembearbeitung und Konfliktlösung**

- Beauftragung von Experten: Die Auswahl von Gutachtern ohne Abstimmung mit allen Beteiligten am Runden Tisch – entgegen vorheriger Absprachen - beeinträchtigte das Vertrauen in die Prozessgestalter.
- Akzeptanz von Experten: Bei Behördenvertretern und privaten Ingenieurbüros aus der Region bestanden Zweifel an ihrer Unabhängigkeit als Gutachter und damit an ihrer Glaubwürdigkeit.
- Zeitliche Gestaltung des Diskurses: Zeitdruck beeinträchtigte zeitweise das Vertrauen in die Prozessgestaltung und sorgte für Unzufriedenheit.
- Diskussionsleitung: Die gut strukturierende, faire Diskussionsleitung des Moderationsteams brachte ihm das Vertrauen aller Beteiligten ein.
- Beziehungen zwischen den Konfliktbeteiligten: Körpersprachliches Verhalten wurde genau beobachtet; mangelnde Kongruenz von verbalem und nonverbalem Verhalten beeinträchtigte die wahrgenommene Glaubwürdigkeit. Vermittelnde Interventionen eines Vertreters der einen Konfliktpartei steigerten dessen Ansehen und Glaubwürdigkeit bei Vertretern der anderen Seite.

### **Entscheidungsfindung und Verabschiedung der Empfehlung**

- Erstellung des Abschlussprotokolls: Der großer Zeitdruck bei der Erstellung des Abschlussprotokolls ohne ausreichende Möglichkeit zur eigenen Stellungnahme und Diskussion sorgte für Unzufriedenheit.

### **Ergebnisbewertung und –interpretation**

- Die Ergebnisbewertung hängt von den Erwartungen der Beteiligten ab, was ein Runder Tisch leisten soll. Dabei können ihnen unterschiedliche Aspekte wichtig sein, wie etwa die Veränderung der ursprünglichen Positionen der Konfliktbeteiligten, das Endergebnis in Form des Abschlussdokuments, die erarbeitete Informationen und Gutachten und/oder die Gesprächsatmosphäre zwischen den Kon-



fliktbeteiligten. Mangelnder Konsens der Beteiligten über das anzustrebende Ergebnis kann zu Unzufriedenheit mit dem schließlich Erreichten beitragen.

#### **Ergebnisvermittlung (an Beteiligte und Externe)**

- Durch die Institutsbezeichnung „Akademie für Technikfolgenabschätzung“ war die Vorstellung entstehen, das Moderationsteam der Akademie würde am Ende eine eigene „Abschätzung“ im Sinne eines Schiedsspruchs abgeben. Der Verzicht des Moderationsteams auf eine eigene Empfehlung bei der Ergebnisvermittlung enttäuschte dann diese Erwartungen.

## **6 Wahrgenommene Anschlussfähigkeit des Runden Tisches an bestehende Gremien und Entscheidungsverfahren**

Nach den bisherigen Erfahrungen mit diskursiven Verfahren bei Raumplanungen erwies sich die Frage nach deren Anschlussfähigkeit an bestehende Gremien und Entscheidungsverfahren als entscheidend für ihren Nutzen im politischen Feld. Die vorliegende Studie soll daher Hinweise liefern, wie der informelle Diskurs eines Runden Tisches besser als bisher in den politischen und verwaltungsrechtlichen Entscheidungskontext eingebettet werden könnte.

Im Falle der Planungen zum interkommunalen Gewerbegebiet Hechingen - Bodelshausen standen zum Zeitpunkt der Abschlussinterviews mit dem Beteiligten des Runden Tisches die nächsten Schritte im formalen Planungsverfahren noch aus, so dass in diesem Bericht über die tatsächlich stattgefundenen Auswirkungen keine abschließenden Aussagen gemacht werden können. Zusammengefasst werden im folgenden die Einschätzungen der Beteiligten, welche Auswirkungen der Runde Tisch hatte bzw. haben wird

- auf die weiteren Schritte im formalen Planungsverfahren (Kap. 6.1)
- auf die eigene Arbeit der beteiligten Akteure (Kap. 6.2)
- in der Öffentlichkeit (Kap. 6.3)
- auf die interkommunale Abstimmung von Hechingen und Bodelshausen (Kap. 6.4).

Diese Befunde werden in Kap. 6.5 zusammengefasst. Ausgehend von den konkreten Erfahrungen mit dem Runde Tisch zum geplanten IKG werden schließlich geeignete Anwendungsfelder und Einsatzbereiche von Runde Tischen im Rahmen von Verfahren der Raumplanung aus der Sicht der Beteiligten erörtert (Kap.6.6).

### **6.1 Einschätzung der Auswirkungen des Runden Tisches auf die weiteren Schritte im Planungsverfahren**

Im Anfangsinterview äußerten die meisten Befragten übereinstimmend, dass es vom Ergebnis abhängt, ob der Runde Tisch einen Einfluss im weiteren Verlauf des Planungsverfahrens haben werde. Eine einvernehmliche Empfehlung aller Beteiligten werde zweifelsohne den größten Einfluss haben.

In den Interviews nach Abschluss des Runden Tisches wurde der Einfluss des Ergebnisses auf die weiteren Planungsschritte allgemein als begrenzt eingeschätzt. Die Vertreter der IKG-Gegner gingen mehrheitlich davon aus, dass der Runde Tisch keinen Einfluss auf den weiteren Verfahrensverlauf haben werde, sondern dass dieser hauptsächlich von der Entscheidung der Verbandsversammlung des Regional-

verbands über eine Regionalplanänderung abhängt. Das Zustandekommen dieser Entscheidung beruhe auf wechselseitigem Entgegenkommen der in der Verbandsversammlung vertretenen Bürgermeister („Eine Hand wäscht die andere“), weshalb mit einer Entscheidung im Sinne der IKG-Befürworter zu rechnen sei.

Sofern die Befragten dem Runden Tisch einen Einfluss auf das weitere Verfahren zuschrieben, dann sahen sie seine Funktion vorwiegend in der Bereitstellung einer ausführlichen Dokumentation der Befunde und Argumente pro und contra IKG, so dass die Entscheidungsträger der weiteren Instanzen des Planungsverfahrens auf dieser Grundlage fundiert ihre eigene Abwägung vornehmen könnten.

Die Einschätzungen der Befragten im einzelnen sind der Tabelle 14 und dem folgenden Text zu entnehmen.

### **Vertreter des Regionalverbands**

Durch den mit Hilfe des Runden Tisches zustande gekommenen Zugewinn an Informationen könne die Abstimmung in der Verbandsversammlung auf einer gesicheren Informationsgrundlage erfolgen. Konkret wurden die neuen Befunde, die der Runde Tisch erbrachte, in die Beschlussvorlage für den Planungsausschuss des Regionalverbands eingearbeitet. Die Ergebnisdokumente des Runden Tisches würden später an die oberste Landesplanungsbehörde als zusätzliche Entscheidungshilfe weitergereicht werden. (Diese entscheidet dann über die strittigen Punkte, die durch die Abwägung in der Verbandsversammlung nicht ausgeräumt werden konnten.) Der Einfluss des Runden Tisches auf die weitere Planung bestand somit aus der Sicht der Vertreter des Regionalverbands hauptsächlich in der Bereitstellung zusätzlicher Informationen.

### **Vertreter der Stadt Hechingen**

Die Vertreter der Stadt Hechingen hielten einen Einfluss der Ergebnisse des Runden Tisches auf den Hechinger Gemeinderat für wenig wahrscheinlich, da dieser mit großer Mehrheit eine Änderung des Regionalplans als Voraussetzung für die weitere Entwicklung des IKG befürwortet hatte. Hingegen erschienen ihnen Auswirkungen des Runden Tisches auf die anstehende Entscheidung im Regionalverband und den weiteren Instanzen für durchaus möglich: Die Papiere des Runden Tisches seien da, man werde sie nicht ignorieren, man habe sie jetzt im Planungsausschuss des Regionalverbands und in der Verbandsversammlung zu interpretieren. Die Mitglieder dieser Gremien hätten dadurch eine erweiterte Grundlage, um eine eigene Abwägung vorzunehmen. Einer der Befragten hielt es durchaus für möglich, dass der Verlauf der Verhandlungen am Runden Tisch die Befürworter des IKG im weiteren politischen Verlauf geschwächt habe. Beim weiteren Weg durch die Entscheidungsinstanzen werde jeweils die Tatsache beachtet werden, dass ein Runder Tisch stattgefunden hat, der jedoch nicht zu einer konsensualen Empfehlung gekommen sei. Dies werde möglicherweise so interpretiert werden, dass die IKG-Befürworter aus

Hechingen es nicht geschafft hätten, die Gegenargumente und Bedenken zu entkräften. Dies könne die behördlichen Entscheidungsträger dazu veranlassen, den Gegenargumenten mehr Gewicht beizumessen.

#### **Vertreter der Gemeinde Bodelshausen**

Der Bürgermeister von Bodelshausen erwartete einen potentiellen Einfluss der dokumentierten Ergebnisse des Runden Tisches als bereitgestellte breite Informationsgrundlage für die weitere Abwägung im Regionalverband und im Bodelshäuser Gemeinderat. Er selbst habe dem Gemeinderat die Empfehlung gegeben, die Thematik erst mal ruhen zu lassen und die Entscheidung des Regionalverbands und die nächsten Schritte der Stadt Hechingen abzuwarten. Zudem liege ja schon seit 1995 der vom Gemeinderat verabschiedete Flächennutzungsplan vor, der die fraglichen Flächen für ein etwaiges IKG bereits als Gewerbeflächen ausweise.

#### **Vertreter der Bürgerinitiative und des Ortschaftsrats Sickingen**

Die Vertreter der IKG-Gegner waren übereinstimmend der Ansicht, dass die Ergebnisse des Runden Tisches keinerlei Einfluss auf den weiteren Verfahrensverlauf haben werden. Da in der Verbandsversammlung mehrheitlich Bürgermeister vertreten seien, würden diese bei der Abstimmung im Sinne der IKG-Befürworter votieren, getreu dem Motto: „Eine Hand wäscht die andere.“ Die anderen Bürgermeister in der Verbandsversammlung seien ihrerseits bei eigenen Anliegen auf ein Entgegenkommen der anderen angewiesen. Die Entscheidungsfindung in der Verbandsversammlung verlaufe auf diese Weise unabhängig von den Ergebnissen eines Runden Tisches.

#### **Vertreter der Naturschutzverbände**

Nach Einschätzung der Vertreter der Naturschutzverbände könne der Runde Tisch in mehrfacher Weise Einfluss auf den weiteren Entscheidungsverlauf haben: Der Runde Tisch habe auf jeden Fall einen zeitlichen Aufschub des Verfahrensverlaufs gebracht. Dadurch bestehe die Chance, dass die politische Entscheidung auf einem qualitativ höheren Niveau zustande komme, weil alle Beteiligten sich noch sachkundiger machen konnten. Für den nächsten anstehenden Verfahrensschritt, die Entscheidung der Verbandsversammlung über eine Regionalplanänderung, könnten durch die vorliegenden Ergebnisse des Runden Tisches einige Mitglieder der Verbandsversammlung für die Thematik weiter sensibilisiert worden sein. (Mehrere Mitglieder der Verbandsversammlung waren bei der Abschlusspräsentation der Ergebnisse des Runden Tisches anwesend.) Allerdings könne der Runde Tisch auch dazu geführt haben, dass die IKG-Befürworter jetzt besser wüssten, auf welche Gegenargumente sie sich einzustellen haben. Sie könnten jetzt noch gezielter Überzeugungsarbeit in ihrem Sinne leisten und dafür sorgen (z.B. bei anderen Mitgliedern der Verbandsversammlung), dass sie ihre „Bataillone zusammenkriegen“.

Auswirkungen des Runden Tisches auf die weiteren Schritte des Planungsverfahrens	Summe <sup>19</sup> der Befragten	Befragte im einzelnen						
		Regio. verband	Vertreter Kommunen	Bürgerinitiative u. Ortschaftsrat Sickingen	Naturschutz	RP	Landratsämter	Amt f. LLB
<b>Runder Tisch wird keine nennenswerten Auswirkungen haben</b> ▶ Kommunale Vertreter warten ab, wie der Regionalverband entscheidet. Dort ist mit einer Entscheidung im Sinne der IKG-Befürworter zu rechnen („Eine Hand wäscht die andere“)	4			4				
<b>Runder Tisch wird evtl. Auswirkungen haben</b> ▶ Erst mal die Entscheidung des Regionalverbands über die Regionalplanänderung abwarten ▶ Von den Gemeinderäten der beiden Kommunen wurde bislang kein Anlass gesehen, die bestehende Beschlusslage aufgrund der Ergebnisse des Runden Tisches neu zu diskutieren ▶ Einige Mitglieder des Regionalverbands (die bei der Ergebnispräsentation des Runden Tisches anwesend waren) sind möglicherweise weiter sensibilisiert worden ▶ Beteiligte können bei den weiteren Verfahrensschritten an die Informationsgrundlage und Gesprächsatmosphäre des Runden Tisches anknüpfen ▶ Beim weiteren Verfahrensweg durch die Instanzen werden die jeweiligen Behörden feststellen, dass die Befürworter die Einwände gegen das IKG auch am Runden Tisch nicht entkräften konnten. Dadurch werden sie den Einwänden möglicherweise mehr Gewicht beimessen. ▶ Runder Tisch brachte Diskussionsaufschub als Chance für alle Beteiligten, ihren Standpunkt noch mal zu überdenken ▶ Beteiligte wissen durch den Runden Tisch jetzt besser, worauf sie sich bei den Kontrahenten einzustellen haben, können ggf. Personen gezielt bearbeiten	5		2 2 1 1		1		1	
<b>Runder Tisch wird Auswirkungen haben</b> ▶ Ergebnisse des Runden Tisches werden in die Beschlussvorlage für den Planungsausschuss des Regionalverbands eingearbeitet ▶ Abstimmung in der Verbandsversammlung auf gesicherterer Informationsgrundlage ▶ Gemeinderäte und Mitglieder der Verbandsversammlung haben durch Papiere des Runden Tisches eine fundierte Grundlage für ihre eigene Abwägung ▶ In der Ergebnisdokumentation des Runden Tisches wurde die ganze Themenbreite zum geplanten IKG zusammengestellt und kann als Grundlage für die Abwägung bei den weiter beteiligten Instanzen dienen. ▶ Ergebnisdokumente werden später an die oberste Landesplanungsbehörde als zusätzliche Entscheidungshilfe weitergereicht	5	1 1 1	1 2		1		1	
<b>Einschätzung nicht möglich / liegt nicht vor</b>	3			1			1	1

Tabelle 14: Einschätzung der Auswirkungen des Runden Tisches auf den weiteren Entscheidungsprozeß

<sup>19</sup>Einige der Befragten erörterten mehrere Aspekte, notiert wurden die Einzeläußerungen. In der Summen-Spalte ist die Anzahl der Personen wiedergegeben, die sich in die jeweilige Richtung äußerten.

**Vertreter des Regierungspräsidiums**

Auch der Vertreter des Regierungspräsidiums sah den Vorteil und die Chance des Runden Tisches, den weiteren Verfahrensverlauf zu beeinflussen, im Zusammentragen der ganzen Themenbreite zur Problematik des geplanten IKG. Die Ergebnisdokumentation liege vor und könne als Grundlage für die Abwägung bei den weiter beteiligten Instanzen dienen.

**Vertreter der Landratsämter**

Die beiden Vertreter der Landratsämter meinten, ein möglicher Einfluss des Runden Tisches auf den weiteren Verfahrensablauf hänge vom Verhalten der Akteure ab. Unabhängig vom Runden Tisch seien interkommunale Gewerbegebiete ein Thema, das der Landrat verfolge. Die Tatsache, dass man sich am Runden Tisch nicht auf bestimmte Flächen geeinigt habe, könnte für diesen ein Anstoß sein, Gespräche mit den anderen Bürgermeistern zu führen, um möglicherweise eine interkommunale Kooperation im Hinblick auf das Gewerbegebiet Bisingen (ein bereits bestehendes Gewerbegebiet mit großen noch ungenutzten Kapazitäten) anzuregen. Aber dies werde sicher nicht aufgrund des Runden Tisches mit Vorrang betrieben.

## **6.2 Auswirkungen der Teilnahme am Runden Tisch auf die eigene Arbeit der Teilnehmer/innen**

Wie die Teilnahme am Runden Tisch sich für die Arbeit der einzelnen Akteure auswirkte, wird jeweils unter zwei Aspekten beschrieben:

- Wie bewerkstelligten die Beteiligten die Abstimmung und Rückbindung mit der eigenen Gruppierung?
- Inwiefern wirkte sich die Teilnahme am Runden Tisch erleichternd oder erschwerend auf die eigene Arbeit aus?

**Vertreter des Regionalverbands**

Die Rückbindung mit den Gremien des Regionalverbands erfolgte nach Ende des Runden Tisches zunächst durch eine Vorlage für den Planungsausschuss. Als nächster Schritt des Planungsverfahrens sollte die Verbandsversammlung über die beantragte Änderung des Regionalplans, auf der Grundlage einer Beschlussvorlage des Planungsausschusses, abstimmen. Der Termin, zu dem dieses Thema auf die Tagesordnung der Verbandsversammlung kommen sollte, wurde nach Ende des Runden Tisches - auch auf Betreiben des Hechinger Bürgermeisters - bis auf weiteres verschoben, um Reaktionen auf die veröffentlichten Ergebnisse des Runden Tisches noch berücksichtigen zu können.

Aus der Sicht der Vertreter des Regionalverbands habe der Runde Tisch die weitere Planung erleichtert, indem er einen Zugewinn an Informationen (insbesondere das hydrogeologische Gutachten zum Butzensee und die Landschaftsbildsimulationen)

gebracht habe, so dass die Abstimmung in der Verbandsversammlung auf gesicherter Grundlage erfolgen könne. Durch die zusätzlichen Informationen erhoffe man sich, dass einige Mitglieder in ihrer Meinung bestärkt würden, die auch vorher schon zugestimmt hätten, und dass diese Informationen auch die Mitglieder der Verbandsversammlung überzeugen könnten, die sich bei der Abstimmung sonst ihrer Stimme enthalten hätten.

### **Vertreter der Stadt Hechingen**

Die drei Vertreter der Stadt Hechingen agierten am Runden Tisch auf der Grundlage eines Stadtratsbeschlusses für eine Regionalplanänderung (25 Pro-, 6 Contra-Stimmen). Während des Runden Tisches fand keine weitere Abstimmung der Vertreter mit dem Stadtrat statt. Nach Abschluss des Runden Tisches wurden den Stadträten die erarbeiteten Papiere zur Verfügung gestellt. Bis zum Zeitpunkt der Abschlussinterviews war aus den Reihen des Stadtrats kein Bedarf angemeldet worden, den ursprünglichen Beschluss neu zu diskutieren, sondern man wollte die Entscheidung des Regionalverband abwarten. Auf Betreiben des Bürgermeisters war die Entscheidung der Verbandsversammlung - ursprünglich für Anfang Dezember geplant - verschoben worden, um noch Reaktionen aus den kommunalen Gremien auf die öffentliche Präsentation der Ergebnisse des Runden Tisches abzuwarten und ggf. beim weiteren Vorgehen berücksichtigen zu können.

Die Auswirkungen des Runden Tisches auf die eigene Arbeit wurden von den einzelnen Hechinger Stadt-Vertretern etwas unterschiedlich akzentuiert und es wurden sowohl Aspekte wahrgenommen, die die künftige Arbeit erleichtern könnten, als auch mögliche Erschwernisse.

Die künftige Arbeit erleichtern könnten Argumentationshilfen, die man durch den Runden Tisch bekommen habe:

- Sachargumente, die zeigen, dass bestehende Probleme (z.B. bezüglich des Butzensees) lösbar seien,
- die Erfahrung, dass die IKG-Gegner sich in ihrer Position keinen Millimeter bewegt hätten, könne jetzt auch als Argument genutzt werden (wohingegen dies vor dem Runden Tisch eine Unterstellung gewesen wäre).

Außerdem habe man der Erfordernis der Bürgerbeteiligung bei Planungen in einem hohen Maß durch die Mitwirkung am Runden Tisch Rechnung getragen. Alle Beteiligten hätten sich (besser) kennengelernt und man gehe wesentlich sachlicher miteinander um als vorher. An dieser Gesprächsgrundlage könne man bei künftigen Verfahrensschritten anknüpfen.

Ein Vertreter ging jedoch auch davon aus, dass der Runden Tisch die Befürworter des IKG im weiteren politischen Verlauf geschwächt habe. Beim weiteren Weg durch die Entscheidungsinstanzen werde jeweils die Tatsache beachtet werden, dass ein Runder Tisch stattgefunden hat, der jedoch nicht zu einer konsensualen Empfehlung gekommen sei. Dies werde möglicherweise so interpretiert werden, dass die

IKG-Befürworter aus Hechingen es nicht geschafft hätten, die Gegenargumente und Bedenken zu entkräften. Dies könne die behördlichen Entscheidungsträger dazu veranlassen, den Gegenargumenten mehr Gewicht beizumessen.

#### **Vertreter der Gemeinde Bodelshausen**

Der Gemeinderat von Bodelshausen entschied, dass der Bürgermeister als alleiniger Vertreter am Runden Tisch teilnehmen solle. Der Bürgermeister bot an, den Gemeinderat zu informieren, sobald Protokolle vom Runden Tisch vorlägen. Die Gemeinderäte wollten jedoch mehrheitlich nicht während der laufenden Verhandlungen am Runden Tisch informiert werden, da ihnen sonst eine Mitverantwortung an den Ergebnissen des Runden Tisch zugekommen wäre. So einigten sich Gemeinderat und Bürgermeister, dass dieser die alleinige Verantwortung für die Verhandlungen am Runden Tisch übernehmen und den Gemeinderat erst nach Abschluss informieren würde, indem er den Gemeinderäten alle Sitzungsprotokolle und das Abschlussdokument zur Verfügung stellt. Dies tat er und gab zusätzlich die Information, dass für den Bodelshäuser Gemeinderat vorerst kein Entscheidungsbedarf bestehe und man zunächst die Entscheidung des Regionalverbands abwarten wolle.

Nach Einschätzung des Bodelshäuser Bürgermeisters habe der Runde Tisch seine Arbeit weder erleichtert noch erschwert, sondern das von ihm erwartete Ergebnis gebracht. Jetzt könne jeder Gemeinderat sich selbstverantwortlich mit der Thematik auseinandersetzen, habe die Pro- und die Contra-Argumente und könne in der Abwägung zu einer eigenen Position kommen<sup>20</sup>.

#### **Vertreter der Bürgerinitiative, des Ortschaftsrats Sickingen und des Fischereivereins Bodelshausen**

Die drei Vertreter der Bürgerinitiative am Runden Tisch gehörten deren Vorstand an und gleichzeitig einem Kreis von etwa zehn hauptsächlich aktiven Mitgliedern. Dieser Kreis der Aktiven spreche sich viel untereinander ab und koordiniere die Aktivitäten der Bürgerinitiative. Die drei wurden als Vertreter am Runden Tisch beauftragt, weil sie sich am meisten mit der Thematik des geplanten IKG beschäftigt hatten und geübt im Sprechen in der Öffentlichkeit sind (z.B. einen lehrenden Beruf ausüben). Das am Runden Tisch vereinbarte Stillschweigen über die laufenden Verhandlungen gegenüber der Presse war für die Vertreter der IKG-Gegner ein Erschwernis im Umgang mit ihren Gruppierungen. Der Umgang mit dieser Vereinbarung war insbesondere in den Reihen der Bürgerinitiative sehr umstritten. Man

---

<sup>20</sup>Dazu war der Gemeinderat von Bodelshausen im Anschluss an den Runden Tisch jedoch nicht bereit. Auf Initiative einzelner Gemeinderäte erfolgte am 11.5.99 eine mehrheitliche Entscheidung (9 Für- und 6 Gegenstimmen) gegen das IKG (Antrag an den Regionalverband, die betreffenden Flächen als „Vorsorgestandort“ aus dem Regionalplan herauszunehmen). Nach Aussage des Bürgermeisters fällte der Gemeinderat erstmalig in Bodelshausen eine Entscheidung „handstreichartig“, ohne generelle Diskussion des Pros und Contras auf der Grundlage der Ergebnisse des Runden Tisches.



einigte sich schließlich auf den Modus, den kleinen Kreis von Aktiven regelmäßig zu informieren, jedoch sich an das vereinbarte Stillschweigen gegenüber der Presse zu halten. Nach der Abschlussveranstaltung des Runden Tisches fanden Versammlungen der Bürgerinitiative, des Fischereivereins und des Ortschaftsrats Sickingen statt, bei denen die Vertreter am Runden Tisch ausführlich über dessen Verlauf und die Ergebnisse informierten, zum Teil eine eigene schriftliche Stellungnahme verteilten. Erleichtert habe der Runden Tisch die eigene Arbeit, indem die eigenen Argumente gegen das IKG durch die Experten im wesentlichen bestätigt worden seien. Erschwerend sei zum einen der hohe Zeitaufwand gewesen, der ja nicht nur aus den rund 25 Sitzungsstunden am Runden Tisch bestand, sondern auch die Informations- und Abstimmungsgespräche mit anderen Mitgliedern der eigenen Gruppierungen umfasste. Zum anderen habe sich der Runde Tisch, besonders aus der Sicht der Bürgerinitiative, durch das vereinbarte Stillschweigen gegenüber der Presse während der laufenden Verhandlungen negativ auf die öffentliche Aufmerksamkeit ausgewirkt. Das Interesse der Presse und der in Sachen IKG engagierten Bürger/innen sei durch die dreimonatige 'Funkstille' regelrecht eingeschläfert worden. Jetzt nach Ende des Runden Tisches sei es schwierig, Ansatzpunkte zu finden, um das Interesse der Öffentlichkeit wieder zu wecken. In jedem Fall sei jetzt eine intensive Öffentlichkeitsarbeit geplant. Als nächste konkrete Maßnahmen plante der Fischereiverein Bodelshausen, einen Umweltkasten anzuschaffen und regelmäßige Wasseruntersuchungen des Butzensees zu machen. Auf die Ergebnisse dieser Untersuchungen solle regelmäßig in der Öffentlichkeit und auch im Gemeinderat hingewiesen werden.

### **Vertreter der Naturschutzverbände**

Den beiden am Runden Tisch teilnehmenden Vertretern wurde von ihren Gruppierungen, der Hechinger Ortsgruppe des Naturschutzbundes (NABU) bzw. dem Naturschutzbüro Zollernalb, die Art ihrer Mitwirkung am Runden Tisch in eigener Verantwortung überlassen. Der NABU-Vertreter informierte nach Ende des Runden Tisches die anderen Mitglieder ausführlich beim monatlichen Naturschutztreffen. Er verzichtete darauf, die Ergebnisse des Runden Tisches in einer Presseerklärung des NABU zu kommentieren, da er die Ergebnisdarstellung seitens der Akademie ausreichend ausgewogen und umfassend fand. Der Vertreter des Naturschutzbüros, das bereits vor dem Runden Tisch Stellungnahmen zum geplanten IKG abgegeben hatte, vertrat die Linie dieser Stellungnahmen ohne weitere Rückbindung mit anderen Mitgliedern. Er berichtete anschließend auch nicht eigens über die Ergebnisse, sondern stellte das Abschlussdokument zur allgemeinen Einsicht zur Verfügung.

Nach Einschätzung eines der Vertreter habe der Runden Tisch sich weder erleichternd noch erschwerend auf die eigene Arbeit ausgewirkt. Aus Sicht des anderen Vertreters habe der Runden Tisch die weitere Arbeit durch die verbesserte Informa-

tionsbasis und die jetzt vorliegenden Fotosimulationen erleichtert: Man könne jetzt auf breiterer Grundlage informieren und argumentieren.

### **Vertreter des Regierungspräsidiums**

Zu Beginn des Runden Tisches befürchtete der Vertreter des Regierungspräsidiums, das zur Teilfläche „Nasswasen“ des geplanten IKGs bereits eine ablehnende Stellungnahme abgegeben hatte, er solle im Zuge seiner Beteiligung am Runden Tisch „weichgeklopft“ werden. Diese Befürchtung wurde im weiteren Verlauf der Sitzungen schnell entkräftet. Sein Referat im Regierungspräsidium wird in späteren Schritten des Planungsverfahrens (bei der Flächennutzungsplanung und Bebauungsplanung der Kommunen) wieder mit der Thematik befasst sein. Für diese künftige Arbeit habe der Runde Tisch zwar zusätzliche Detailinformationen erbracht, jedoch die Arbeit insofern nicht erleichtert, da sich Befürworter wie Gegner des IKG durch die Ergebnisse des Runden Tisches bestätigt sähen und bislang keine konsensuale Abwägung der Argumente erfolgt sei.

### **Vertreter der Landratsämter**

Die Aufgabe der Landratsämter besteht bei Planungs- und Genehmigungsverfahren darin, darauf zu achten, dass die Verfahren ordnungsgemäß verlaufen und Gesetze eingehalten werden. Im Vergleich zu ihrer sonstigen Rolle schätzten die Landratsamtsvertreter ihre Teilnahme am Runden Tisch nicht als ungewöhnlich ein: Man sitze auch sonst mit verschiedenen Vertretern öffentlicher Belange zusammen und klopfe ab, wer wo welche Bedenken habe, um schließlich eine Abwägung vorzunehmen. Im Unterschied zu üblichen Zusammenkünften fand die Erörterung der Belange in einem sehr breiten Umfang statt. Die Teilnahme am Runden Tisch sei insofern schwierig gewesen, da man bereits vorher eine schriftliche Stellungnahme abgegeben hatte.

Der Runde Tisch habe zunächst noch keine Auswirkungen auf die eigene Arbeit, da zunächst die Entscheidung des Regionalverbands über die Regionalplanänderung anstehe. In dem Moment, in dem die Verbandsversammlung der Regionalplanänderung zustimmt, kämen die Landratsämter in die Pflicht, weil davon auszugehen sei, dass dann entsprechend Änderungen des Flächennutzungsplans anstünden. Dafür sind die Landratsämter zuständige Genehmigungsbehörde.

Beide Vertreter der Landratsämter äußerten übereinstimmend, dass ihre Teilnahme am Runden Tisch ihre weitere Arbeit im Zuge der Genehmigungsverfahren erleichtert habe. Ohne Runden Tisch würde man die Argumente der Beteiligten nur aus deren schriftlichen Stellungnahmen kennen. Der persönliche Austausch am Runden Tisch habe das Kennenlernen der jeweiligen Befindlichkeiten ermöglicht - es seien einfach wesentlich mehr Worte gefallen, als jemals in Papieren stünden - und dies könne das spätere Einordnen der Einwendungen und deren Gewichtung erleichtern. Die zusätzlichen Informationen, die der Runde Tisch erbrachte, habe zudem die Beurteilung erleichtert, welche Vorschriften des Naturschutzrechts im Falle des ge-

planten IKG greifen und beim weiteren Genehmigungsverfahren berücksichtigt werden müssten.

**Zusammenfassend** lässt sich festhalten:

Wenn Befragte eine **Erleichterung** ihrer Arbeit durch den Runden Tisch wahrnahmen, bestand diese in der Bereitstellung einer breiten und fundierten Informationsgrundlage für die weitere Entscheidungsschritte bzw. für die eigene Öffentlichkeitsarbeit. Sowohl von Befürworter wie Gegnern des IKG wurden Wirkungen des Runden Tisches wahrgenommen oder erwartet, die die eigene Arbeit **erschweren** könnten:

- Vertreter der Stadt Hechingen als IKG-Befürworter befürchteten, bei den im Planungsprozess weiter mit der Thematik befassten Behörden könnte das Stattfinden des Runden Tisches und dessen Ergebnisse als Hinweis gewertet werden, den Argumenten gegen das IKG mehr Gewicht beizumessen.
- Die IKG-Gegner beklagten, dass der Runde Tisch und das dort vereinbarte Stillschweigen gegenüber der Presse während der laufenden Verhandlungen das öffentliche Interesse an der Thematik eingeschläfert habe, das jetzt erst wieder neu angeregt werden müsse.

### 6.3 Einschätzung der Auswirkungen des Runden Tisches in der Öffentlichkeit

Bereits in den Anfangsinterviews erörterten die Befragten sehr differenziert, wie eine gute Öffentlichkeitswirkung eines Runden Tisches zustande kommen könne:

- Ein Runder Tisch könne nur dann Öffentlichkeitswirkung haben, wenn der Transfer der Ergebnisse in die Öffentlichkeit klappt. Dies hänge entscheidend von der Darstellung in der Presse ab.
- Die Öffentlichkeitswirkung eines Runden Tisches könne nur dann gut sein, wenn einvernehmliche Presseerklärungen und keine „interpretationsfähigen Aussagen“ gegeben würden.
- Wenn das Ergebnis des Runden Tisches eine Empfehlung mit abweichenden Voten sei, könne sich die Bevölkerung ein Bild machen und Position beziehen. Dadurch werde der Informationsstand der Bevölkerung erhöht und es würden mehr Argumente in der öffentlichen Diskussion berücksichtigt.
- Wichtig sei außerdem, den Prozess der Verhandlungen am Runden Tisch transparent zu machen.

Die Aussagen des vorliegenden Abschnitts beruhen ausschließlich auf den im Interview geäußerten Einschätzungen der Befragten. Eine nähere Untersuchung der Öffentlichkeitswirkung, z.B. aufgrund von Presseanalysen, war im Rahmen dieser Studie nicht geplant.

Die Öffentlichkeitswirkung des Runden Tisches wurde von den Befragten nach dessen Ende als eher gering eingeschätzt. Die Befragten, die eine Einschätzung dazu abgaben (fünf Befragte trauten sich keine Einschätzung zu), waren sich darin einig, dass die „schweigende Mehrheit“ der Bevölkerung vom Runden Tisch überhaupt keine Notiz genommen habe. Schon im Anfangsinterview meinte einer der Bürgermeister: „Der Bürger registriert´s nur dann, wenn es ihn unmittelbar betrifft“. Die Bevölkerung von Sickingen und Bodelshausen habe die Medienberichte über den Runden Tisch dem entsprechend am ehesten verfolgt. Einige Interessierte hätten sich bei Teilnehmern des Runden Tisches direkt über den Verlauf erkundigt. Nachdem am Runden Tisch Stillschweigen über die laufenden Verhandlungen gegenüber der Presse vereinbart worden war, konnten sich die Befragten während des Runden Tisches Außenstehenden gegenüber nur wenig äußern. Nach dem Ende des Runden Tisches interessierten sich die persönlich Nachfragenden natürlich dafür, wie es denn jetzt weitergehe. Registriert worden sei nach Einschätzung der Befragten in der Bevölkerung vor allem, dass die Positionen hinsichtlich des IKG nach wie vor strittig seien. Fraglich sei jedoch - gab einer der Bürgermeister zu bedenken - wie viele Bürger/innen tatsächlich bereit seien, sich detailliert mit den Ergebnissen auseinanderzusetzen.

Zwei Befragte vermuteten, die häufigste Reaktion der interessierten Bevölkerung auf die Medienberichte zum Abschluss des Runden Tisches sei so ähnlich gewesen, wie es auch in der Zeitung gestanden habe: „Der Runde Tisch hat doch gar nichts gebracht. Die Fronten sind wie vorher. Außer Spesen nichts gewesen, wie immer. Es hat sicherlich viel Geld gekostet und gebracht hat´s nix.“ Einige der Interessierten hätten sich da wohl auch in ihren Erwartungen bestätigt gesehen. Sollte dies zutreffen, hätte sich die Hoffnung des einen Befragten nicht bestätigt, der davon ausgegangen war, dass durch eine differenzierte Darstellung der unterschiedlichen Positionen der Informationsstand in der Bevölkerung erhöht werden könne.

Seitens der IKG-Gegner beklagten zwei Befragte, dass sich der Runde Tisch durch das vereinbarte Stillschweigen nach außen einschläfernd auf das öffentliche Interesse ausgewirkt habe:

„Aus der Sicht der Bürgermeister haben sie ein kochendes Wasser unter einem Deckel gehalten. Da ist noch hier und da ein bisschen ´puff´, aber die ganze Diskussion in der Öffentlichkeit ist in diesen drei Monaten stark zurückgegangen, sie war nicht mehr existent für eine interessierte Öffentlichkeit.“

Die IKG-Gegner bedauerten diese Entwicklung und planten, wieder verstärkt die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Thematik zu lenken.

Auswirkungen des Runden Tisches in der Öffentlichkeit	Summe <sup>21</sup> der Befragten	Befragte im einzelnen						
		Regio.-verband	Vertreter Kommunen	Bürgerinitiative u. Ortschaftsrat Sick	Naturschutz	RP	Landratsämter	Amt f. LLB
<b>Keine nennenswerte Öffentlichkeitswirkung</b>	<b>4</b>		2	1	1			
<b>Einige Interessierte haben Verlauf des Runden Tisches verfolgt</b> ▶ RT wurde wahrgenommen durch Medienberichte, bes. in Sick und Bodelshausen ▶ Interessierte fragten nach, was sich am RT tut, registrierten, dass nach wie vor alles strittig ist, fragten, wie es weitergeht ▶ vermutlich häufigste Reaktion: "Außer Spesen nichts gewesen, wie immer. Es hat sicherlich viel Geld gekostet und gebracht hat's nix." ▶ vermutlich wurde eher registriert, dass es im Planungsverfahren nicht weitergegangen ist	<b>6</b>		2					
			1	2	1			
			1		1			
			1					
<b>RT wirkte durch das vereinbarte Stillschweigen einschläfernd auf das öffentliche Interesse</b>	<b>2</b>			2				
<b>Weiß nicht / nicht mitgekriegt / kann ich nicht beurteilen</b>	<b>5</b>	1		1	1	1		1

Tabelle 15: Eingeschätzte Auswirkungen des Runden Tisches in der Öffentlichkeit

Die emotionalen Wogen in der von den IKG-Planungen betroffenen Bevölkerung, insbesondere in Bodelshausen und Sickingen, hatten sich somit bis zum Zeitpunkt der Abschlussinterviews im Januar 1999 weitgehend geglättet. Die Bürgermeister von Hechingen und Bodelshausen hatten beide das Thema IKG in ihrer Neujahrsansprache (kurz vor den Interviews) erwähnt, worüber in der Presse berichtet worden war. Der Bürgermeister von Bodelshausen hatte in seiner Rede die Streitkultur am Runden Tisch sehr gelobt, während der Bürgermeister von Hechingen betont hatte, die Planungen für das Gewerbegebiet jetzt zügig voranbringen zu wollen. Auf die entsprechenden Pressemeldungen hatten einige der Befragten Bezug genommen.

## 6.4 Einschätzung der Auswirkungen des Runden Tisches auf die interkommunale Abstimmung

Zum Zeitpunkt der Abschluß-Interviews sahen sich die Befragten kaum in der Lage, die Auswirkungen des Runden Tisches auf die interkommunale Abstimmung zwischen Hechingen und Bodelshausen einzuschätzen. Vertreter der beiden Kommunen beschrieben die Abstimmung als bislang - aufgrund der guten persönlichen Kontakte

<sup>21</sup> Einige der Befragten erörterten mehrere Aspekte, notiert wurden die Einzeläußerungen. In der Summen-Spalte ist die Anzahl der Personen wiedergegeben, die sich in die jeweilige Richtung äußerten.

der Bürgermeister - immer problemlos. Nach dem Runden Tisch signalisierten die Vertreter beider Kommunen, dass momentan kein Bedarf an interkommunaler Abstimmung bestehe, sondern dass jetzt zunächst jede Kommune ihre Situation weiter klären müsse. Der Bürgermeister von Bodelshausen ging davon aus, die Stadt Hechingen müsse zunächst mit den beteiligten Behörden klären, ob ein Gewerbegebiet auf der Fläche des „Nasswasen“ überhaupt genehmigungsfähig sei. Davon hänge ab, ob sich der Gemeinderat von Bodelshausen überhaupt weiter mit den Planungen zum IKG befassen müsse. Vertreter der Stadt Hechingen hingegen wollten erst mal abwarten, was die Verbandsversammlung und Gemeinderäte mit dem Ergebnis des Runden Tisches machten. Der Bürgermeister von Hechingen betonte die gute Zusammenarbeit mit Bodelshausen auch ohne Runden Tisch.

Somit kann die Frage, wie sich der Runden Tisch auf die interkommunale Abstimmung der beteiligten Gemeinden ausgewirkt hat, anhand der vorliegenden Daten dieser Studie nicht beantwortet werden.

## **6.5 Zusammenfassung der wahrgenommenen Auswirkungen des Runden Tisches auf das weitere Planungsverfahren, die weitere Arbeit der Akteure und in der Öffentlichkeit**

Sofern die Befragten dem Runden Tisch überhaupt einen Einfluss auf das weitere Verfahren zuschrieben, dann sahen sie seine Funktion hauptsächlich in der Bereitstellung einer ausführlichen Dokumentation der Befunde und Argumente für und gegen das geplante interkommunale Gewerbegebiet, so dass die Entscheidungsträger der weiteren Instanzen des Planungsverfahrens auf dieser Grundlage fundiert ihre eigene Abwägung vornehmen könnten. Diese jetzt vorliegende fundierte Informationsgrundlage wurde von einigen Beteiligten als Erleichterung ihrer eigenen Arbeit wahrgenommen, seien es künftige weitere Schritte im förmlichen Verfahren oder die weitere Öffentlichkeitsarbeit von Bürgerinitiative, beteiligten Vereinen und Naturschutzverbänden.

Diese Einschätzungen der Befragten weisen darauf hin, dass der Runde Tisch unter den vorliegenden Rahmenbedingungen die Funktion eines Reflexionsdiskurses erfüllt hat. Die an ihn geknüpften Hoffnungen seitens der Befürworter des IKG, dass er Beiträge zur Ausgestaltung der weiteren Planungen liefern, also als Gestaltungsdiskurs fungieren könnte, hat der Runde Tisch nicht erfüllen können.

Sowohl von Befürwortern wie Gegnern des IKG wurden Wirkungen des Runden Tisches wahrgenommen oder erwartet, die die eigene Arbeit erschweren könnten:

- Vertreter der Stadt Hechingen als IKG-Befürworter befürchteten, bei den im Planungsprozess weiter mit der Thematik befassten Behörden könnte das Statt-

finden des Runden Tisches und dessen Ergebnisse als Hinweis gewertet werden, den Argumenten gegen das IKG mehr Gewicht beizumessen.

- Die IKG-Gegner beklagten, dass der Runde Tisch und das dort vereinbarte Stillschweigen gegenüber der Presse während der laufenden Verhandlungen das öffentliche Interesse an der Thematik eingeschläfert habe, das danach erst wieder neu gewonnen werden müsse.

Die Öffentlichkeitswirkung des Runden Tisches wurde von den Befragten insgesamt als eher gering eingeschätzt. Die „schweigende Mehrheit“ der Bevölkerung habe vom Runden Tisch vermutlich überhaupt keine Notiz genommen.

Die Frage, wie sich der Runden Tisch auf die interkommunale Abstimmung der beteiligten Gemeinden ausgewirkt hat, konnte anhand der vorliegenden Daten nicht beantwortet werden.

## 6.6 Anwendungsfelder und Einsatzbereiche für Runde Tische im Rahmen der Raumplanung

Im Abschlussinterview wurden die Befragten um ihre Einschätzung gebeten, wo im Rahmen der bestehenden förmlichen Planungsverfahren der geeignete Platz von informellen diskursiven Verfahren wie Runden Tischen sein könnte. Sie wurden auch danach gefragt, ob sie aus ihrem Arbeitsgebiet Situationen kennen, in denen sie einen Runden Tisch angebracht fänden.

Ein kommunaler Vertreter hielt informelle Verfahren zusätzlich zu den förmlichen Planungsverfahren generell für unnötig. Die bestehenden Gremien - mit demokratisch gewählten Vertretern besetzt - und die herkömmlichen Planungsverfahren reichten vollkommen aus. Auch ein zweiter Befragter hielt es für wünschenswert, mit den bestehenden Verfahren möglichst ohne Zusatzinstrumente, wie Runde Tische und Mediationsverfahren, auszukommen. Wenn beispielsweise im Rahmen der Agenda 21 - Diskussion der Bedarf an Moderatoren und Mediationsverfahren betont werde, habe man das in der kommunalen Verwaltung eher als „theoretisches Geplänkel abgetan“. Man verstehe sich als Praktiker, die „von der Zielformulierung hin zum Ziel“ wollten, statt „ewig rumzudiskutieren“.

Die anderen Befragten gingen übereinstimmend davon aus, dass informelle Verfahren die bestehenden förmlichen Planungsverfahren sinnvoll ergänzen könnten, und zwar wenn es um **komplexe Konfliktsituationen mit mehreren beteiligten Parteien** (wie etwa Kommunalpolitik, Bürgergruppen und Interessengruppen) gehe. Geteilt waren die Meinungen zum **Zeitpunkt**, wann ein Runder Tisch in Erwägung gezogen werden sollte:

- **Vorbeugend**, wenn bei Planungen baulicher Entwicklungen, die große Bevölkerungsgruppen tangieren, ein Konfliktpotential abschätzbar ist, „wo es für die Be-

troffenen ... zu Weichenstellungen für die Zukunft kommt, die die Lebensqualität der Betroffenen wesentlich beeinflussen“ oder

- wenn **Konflikte** zwischen den verschiedenen Akteuren **manifest** geworden sind und die Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit emotional ausgetragen werden.

Ein kommunaler Vertreter plädierte dafür, den Einsatz von Runden Tischen vom Verlauf des jeweiligen Planfeststellungs- oder Bauleitplanverfahrens abhängig zu machen. Nur dann, wenn der Dialog zwischen Bürgergruppen, Interessengruppen und Kommunalpolitik ins Stocken gerate, wenn sich Fronten verhärten und die emotionalen Wogen hoch schlugen, „spätestens dann wenn sich die Bevölkerung irgendwo gruppiert“, sollte ein Runder Tisch eingesetzt werden, um die Auseinandersetzung wieder zu versachlichen. Solche informellen Verfahren sollten unbedingt sparsam eingesetzt werden, sonst würden sie nicht mehr als Instrumente zur Konfliktminderung und -lösung ernstgenommen werden. Der sparsame Einsatz solcher Verfahren wurde von anderen Befragten auch wegen ihres hohen Zeit- und Kostenaufwandes empfohlen.

Als **Anwendungsfelder** konnten sich die Befragten ein breites Spektrum von planerischen Aufgaben vorstellen:

- Raumordnungsverfahren (z.B. bei der Planung von Umgehungsstraßen, bei der Anlage von Golfplätzen)
- regionalplanerische Fragestellungen
- Planfeststellungs- und Bauleitplanverfahren
- immisions- und naturschutzrechtliche Genehmigungsverfahren im Rahmen von Baugenehmigungen (z.B. bei der Genehmigung eines Müllheizkraftwerks).

Runde Tische könnten besonders dann erfolgversprechend eingesetzt werden, wenn es um definierte Flächen (wie etwa bei der Flächennutzungsplanung) oder um konkrete Bauvorhaben gehe. Bei solchen konkreten zur Debatte stehende Vorhaben bestünden keine Unklarheiten bezüglich der Planungsebene und man könne sich gezielt mit der Gestaltung dieser Planungen auseinandersetzen. Bei einem konkretem Bauvorhaben seien die Vorhabenträger außerdem in der Lage zu erklären, welche Vorschläge bzw. Auflagen sie wie umsetzen werden. Dadurch könne mehr Vertrauen in die Umsetzung der Ergebnisse eines Runden Tisches entstehen als etwa im Zusammenhang mit einer Regionalplanänderung.

„Ein Runder Tisch würde passen in einer Konstellation, wo z.B. ein Betrieb eine immisionsschutzrechtliche Genehmigung beantragt, z.B. ein Müllkraftwerk, wo im Prinzip ein Rechtsanspruch darauf besteht, und die Anwohner natürlich schon versuchen können, das Ganze zu verhindern, aber wo es ihnen vor allem darum geht, gewisse Sicherheiten zu bekommen und wo man dann bei Beschränkungen des Durchsatzes über Auflagen viel erreichen kann ... Möglichkeiten einer qualitativen Annäherung im Einzelfall ... hätten dann



Chancen, wenn es um eine Genehmigung geht, weil da kann man dann sagen: Das wird jetzt festgelegt und das kommt in die Genehmigung rein.“

Der Einsatz eines Runden Tisches könne generell bei Verfahren sinnvoll sein, bei denen eine förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung vorgesehen ist. Dabei sollte ein solches informelles Gremium möglichst vor dem Einstieg ins förmliche Verfahren ansetzen, auf jeden Fall bevor schriftliche Stellungnahmen abgegeben wurden, so dass die Beteiligten ihre anfänglichen Positionen noch ohne Gesichtsverlust revidieren könnten.

Als **mögliche Initiatoren eines Runden Tisches** wurden Regionalverband, Landratsämter, Gemeinden, allgemein Planungsträger genannt. Denkbar wäre auch, dass Träger von Projekten, für die ein Raumordnungsverfahren notwendig ist (wie z.B. die Anlage eines Golfplatzes) vor dem Einstieg in das förmliche Verfahren einen Runden Tisch mit betroffenen Akteuren initiieren könnten, auch um selbst Planungssicherheit zu gewinnen. Ein Vertreter der Landratsämter betonte, dass ein Landratsamt ein solches informelles Verfahren wenn dann nur in ganz engem Schulterschluss mit dem jeweiligen Vorhabenträger initiieren könne, da der das dann ja auch befürworten müsste. Sobald eine der beteiligten Behörden in der jeweiligen Konfliktsituation Partei sei, wäre wünschenswert, eine neutrale externe Person oder Institution mit der Moderation eines Runden Tisches zu beauftragen. Der dafür notwendige Kostenaufwand stelle dabei allerdings einen erheblichen Hinderungsgrund dar. Aus der Sicht der Regionalplanung ist ebenfalls sorgfältig zu unterscheiden, ob der Regionalverband in der Region eine Entwicklung anstoßen und dazu alle Betroffenen an eine Tisch bringen will – in diesem Fall ist er Befürworter einer Entwicklung, würde von anderen Beteiligten nicht als neutral wahrgenommen und könnte daher einen Runden Tisch initiieren, nicht aber moderieren – oder ob er als nicht direkt Beteiligter in einer regionalen Konfliktsituation moderierend tätig werden könnte, z.B. bei überörtlichen Straßenbaumaßnahmen. Ein Beispiel wäre die Planung einer Umgehungsstraße von Tübingen.

„Da verhandelt das Regierungspräsidium mit der Stadt Tübingen und die kommen da nicht zu Rande. Betroffen ist nicht nur die Stadt Tübingen, wegen der Trasse, sondern das ganze Hinterland ist abhängig von der Zügigkeit des Verkehrs. Deshalb wäre der Nutzen dieser Trasse weniger für Tübingen gegeben als für den Zollernalbkreis. Deswegen ist der Zollernalbkreis ... auch Betroffener, er wird aber nicht in das Verfahren einbezogen, das ist ... ein bilaterales Verfahren zwischen dem RP und der Stadt. Ich könnte mir vorstellen, dass der Regionalverband, auch weil er keine Genehmigungsbehörde ist, in dem Fall die ideale Instanz für so ein Moderationsverfahren wäre, weil er demokratisch legitimiert ist - gewählte Regionalpolitiker - und die Interessen der gesamten Region zu berücksichtigen hat. Das wäre ein klassischer Fall (eines Raumordnungsverfahrens), der sich für eine integrierte Moderation ... eignen würde.“

### **Alternativen zu Runden Tischen**

Mehrere Befragte betonten, dass als Möglichkeit, bei Planungen mit größerem Konfliktpotential bereits im Vorfeld die Betroffenen einzubeziehen, nicht nur Runde Tische in Betracht kämen. Je ein Vertreter der Kommunen und eines Landratsamts berichteten von positiven Erfahrungen, die sie in diesem Zusammenhang mit Informationsveranstaltungen gemacht hätten. Zum Beispiel im Rahmen eines naturschutzrechtlichen Verfahrens, der Erweiterung einer Gießerei, wo bereits etliche Betroffene Einwendungen erhoben hatten:

„Da haben wir, weil’s der Unternehmer relativ eilig hatte - wenn man auf der formalen Schiene geblieben wäre, hätten die Anwohner lange Zeit für Widersprüche gehabt, und das hätte aufschiebende Wirkung gehabt - alle Einwender in die Firma eingeladen. Auf der anderen Seite gab’s ein Expertengremium. Das Vorhaben wurde vorgestellt und den Leuten die Möglichkeit gegeben, Fragen zu stellen und Befürchtungen zu klären.“

Vorstellbar wäre auch ein mehrstufiges Vorgehen: Wenn sich bei einer solchen Informationsveranstaltung zeigen würde, dass die dort vertretenen Positionen einer intensiveren Auseinandersetzung bedürften, könnte man aus dem Kreis der Interessierten bei dieser Veranstaltung ein Gremium von der Größe eines Runden Tisches bilden, das sich dann ausführlicher mit der Thematik befasst und eine Empfehlung erarbeitet. Eine weitere Alternative zu einem Runden Tisch im Vorfeld von Planungen könnte auch ein Expertengremium sein, das einen bestimmten Zukunftsentwurf (etwa ein Leitbild für eine Stadt, z.B. „Hechingen – die Gesundheitsstadt“) oder ein großes Bauvorhaben auf seine Umsetzbarkeit untersucht. Im Rahmen einer solchen Machbarkeitsstudie könnten auch die gegen eine Planung zu erwartende Widerstände in der Bevölkerung eruiert werden.

Vertreter der Landratsämter und des Regionalverbands betonten, dass ein Zusammensetzen von verschiedenen Akteuren bei Planungen für sie ohnehin nichts Ungewöhnliches sei. Allerdings tagen solche Runden in der Regel ohne neutrale Moderation. Sobald in einer komplexen Konfliktsituation die beteiligte Behörde bzw. der Planungsträger Konfliktbeteiligter sei, wäre eine Moderation wünschenswert.

Unabhängig vom Anwendungsfeld legten sechs Befragte Wert darauf, dass vor dem möglichen Einsatz eines Runden Tisches die Ausgangssituation sorgfältig auf Verhandlungsspielraum und Kompromissmöglichkeiten der Konfliktbeteiligten geprüft werden müsse. Nur wenn die beteiligten Parteien sich als kompromissfähig erwiesen, bestehe die Chance, am Runden Tisch eine konsensuale Empfehlung zu erarbeiten. Allerdings könne ein Runder Tisch aus der Sicht von zwei Befragten auch bei scheinbar unverrückbaren Positionen sinnvoll sein, um durch umfassende Bearbeitung der verfügbaren Informationen einer komplexen Sachlage gerecht zu werden. Diese Überlegungen der Befragten unterstreichen die Notwendigkeit, vor dem Einsatz eines diskursiven Verfahrens dessen Zielsetzung genau zu bestimmen, ob das informelle Verfahren ein Gestaltungsdiskurs oder ein Reflexionsdiskurs sein soll.

Anwendungsfelder und Einsatzbereiche für Runde Tische bei der Raumplanung	Summe der Befragten	Befragte im einzelnen							
		Regio- verband	Vertreter Kommunen	Bürgerini- tiative u. Ortschafts- rat	Sick	Natur- schutz	RP	Land- rats- ämter	Amt f. LLB
<b>Vorbeugend bei abschätzbarem Konfliktpotential</b> , wenn Planungen baulicher Entwicklungen große Bevölkerungsgruppen tangieren, deren Lebensqualität wesentlich beeinflussen	3					1		1	1
<b>Bei manifesten, emotional ausgetragenen Konflikten zwischen mehreren Akteuren</b> , z.B. Kommunalpolitik, Bürger- und Interessengruppen	3		2					1	
<b>Anwendungsfelder</b>									
▸ Raumordnungsverfahren	2	1					1		
▸ Regionalplanung: fast jedes regionalplanerische Thema eignet sich	2	2							
▸ Planfeststellungs- und Bauleitplanverfahren	4	1	1	1				1	
▸ Baugenehmigungen	3					1		2	
- immisionsschutzrechtl. Genehmigungsverfahren									
- naturschutzrechtliche Genehmigungsverfahren									
▸ allgemein: Verfahren, bei denen eine förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung vorgesehen ist	2						1	1	
<b>Wer sollte/ könnte einen Runden Tisch initiieren?</b>									
▸ Regionalverband	1	1							
▸ Landratsämter	2							2	
▸ Gemeinden	2						1	1	
▸ Träger von Projekten, für die Raumordnungsverfahren notwendig sind	1						1		
▸ allgemein: Planungsträger, die Planungshoheit haben	2	1						1	
<b>Alternativen zu Runden Tischen</b>									
▸ Informationsveranstaltungen zu anstehenden Planungen	2		1					1	
▸ Machbarkeitsstudien durch Expertengremien im Vorfeld von Planungen	1			1					
▸ Bilaterale Verhandlungen von für eine Planung zuständigen Behörden mit Trägern öffentlicher Belange und Betroffenen	3	1						2	
<b>Beim Einsatz Runder Tische künftig (besser) berücksichtigen</b>									
▸ Runde Tische sparsam einsetzen: beschränken auf bedeutende und komplexe Konfliktsituationen	4		2					2	
▸ Zeitpunkt: Möglichst vor dem Einstieg in förmliche Verfahren, bevor schriftliche Stellungnahmen abgegeben wurden	3					1	1	1	
▸ Ausgangssituation sorgfältig auf Kompromissfähigkeit /Verhandlungsspielraum der Konfliktbeteiligten prüfen	6	1		2		2	1		
Runder Tisch kann auch bei scheinbar unverrückbaren Positionen sinnvoll sein, um durch umfassende Bearbeitung der verfügbaren Informationen der Sache gerechter zu werden	2			1		1			
Runde Tische sind unnötig, die bestehende Gremien (mit gewählten Vertretern!) und Verfahren reichen aus	1		1						
Wünschenswert: Mit den bestehenden Verfahren ohne Zusatzinstrumente - wie Runde Tische auskommen	1		1						

Tabelle 16: Anwendungsfelder und Einsatzbereiche für Runde Tische im Rahmen der Raumplanung

## 7 Zusammenfassung und Empfehlungen für die Prozessgestaltung künftiger Runder Tische

### 7.1 Zusammenfassung

Die Ausgangssituation des Runden Tisches zum Interkommunalen Gewerbegebiet Hechingen – Bodelshausen war charakterisiert durch eine komplexe planerische Thematik, die verschiedene Ebenen der Raumplanung und unterschiedliche Akteure betraf, und zwar

- Regionalplanung in Zuständigkeit des Regionalverbands Neckar-Alb,
- kommunale Bauleitplanung in Zuständigkeit der beiden Kommunen Hechingen und Bodelshausen,
- die Bürgerinitiative und andere Gegner des geplanten IKG,
- verschiedene Behörden und Träger öffentlicher Belange, die Bedenken gegen das IKG bzw. eine diesbezügliche Regionalplanänderung vorgebracht hatten.

Der komplexe Planungskontext und die im Verlauf der Vorgeschichte verhärteten Fronten der Konfliktbeteiligten ließen von vornherein keine einfachen Lösungen durch den Runden Tisch erwarten. Der Runde Tisch mit insgesamt siebzehn Teilnehmerinnen und Teilnehmern traf sich unter der Moderation eines Teams der Akademie für Technikfolgenabschätzung zu fünf Sitzungen und einer Abschlussveranstaltung zwischen September und Dezember 1998.

Im Rahmen der Begleitstudie wurden die Teilnehmer/innen des Runden Tisches zu Beginn und nach Abschluss der Sitzungsreihe zu ihren Erwartungen, Erfahrungen und Bewertungen von Ergebnissen und Verlauf des Runden Tisches befragt. Die Befunde liegen mit diesem Bericht vor.

Die **Prozessgestaltung** durch das Moderationsteam wurde von den Befragten insgesamt positiv beurteilt: Sie brachten dem Team der Akademie Vertrauen entgegen und schrieben ihm prozedurale Kompetenz zu. Zugleich erörterten sie eine Fülle von Details der Prozessgestaltung, wiesen auf Unklarheiten hin - insbesondere hinsichtlich des Mandats und der Zielsetzung des Runden Tisches - und regten Veränderungen an, vor allem bezüglich der Entscheidung, unter welchen Ausgangsbedingungen der Einsatz eines Runden Tisches sinnvoll erscheint, bei der Teilnehmer-Zusammensetzung und der zeitlichen Gestaltung des Diskurses (siehe die Empfehlungen für die Prozessgestaltung künftiger Runder Tische im Abschnitt 7.2).

Den **Ertrag** des Runden Tisches beurteilten die Befragten nach mehreren Kriterien (Veränderung der Positionen der Konfliktbeteiligten, Endergebnis in Form des Abschlussdokuments, erarbeitete Informationen und Gutachten, sowie Gesprächsatmosphäre zwischen den Konfliktbeteiligten). Die Mehrzahl der Befragten hatte von

vornherein begrenzte Erwartungen, was ein Runder Tisch bei den vorliegenden Ausgangsbedingungen leisten könne. Zwei Drittel der Teilnehmer waren unzufrieden, dass die Positionen der Befürworter und Gegner des IKG unverändert geblieben waren. Sie werteten jedoch die durch den Runden Tisch erarbeiteten und dokumentierten Informationen zu den relevanten und strittigen Themenbereichen und die verbesserte Gesprächsatmosphäre zwischen Befürwortern und Gegnern des IKG als Gewinn.

Sofern die Befragten dem Runden Tisch überhaupt einen **Einfluss auf das weitere Planungsverfahren** zuschrieben, dann sahen sie seine Funktion hauptsächlich in der Bereitstellung einer ausführlichen Dokumentation der Befunde und Argumente für und gegen das geplante IKG, so dass die Entscheidungsträger der weiteren Instanzen des Planungsverfahrens auf dieser Grundlage fundiert ihre eigene Abwägung vornehmen könnten. Diese Informationsgrundlage zum IKG wurde von einigen Beteiligten als Erleichterung ihrer eigenen Arbeit wahrgenommen, seien es künftige weitere Schritte im förmlichen Verfahren oder die weitere Öffentlichkeitsarbeit von Bürgerinitiative, beteiligten Vereinen und Naturschutzverbänden. Die IKG-Gegner beklagten, dass der Runde Tisch und das dort vereinbarte Stillschweigen gegenüber der Presse während der laufenden Verhandlungen das öffentliche Interesse an der Thematik eingeschläfert habe, das danach erst wieder neu gewonnen werden müsse.

Die **Öffentlichkeitswirkung** des Runden Tisches wurde von den Befragten insgesamt als eher gering eingeschätzt. Die „schweigende Mehrheit“ der Bevölkerung habe vom Runden Tisch vermutlich überhaupt keine Notiz genommen. Die Frage, wie sich der Runden Tisch auf die interkommunale Abstimmung der beteiligten Gemeinden ausgewirkt hat, konnte anhand der vorliegenden Daten nicht beantwortet werden.

Die Einschätzungen der Befragten weisen darauf hin, dass der Runde Tisch unter den vorliegenden Rahmenbedingungen die Funktion eines Reflexionsdiskurses erfüllt hat. Die an ihn geknüpften Hoffnungen seitens der Befürworter des IKG, dass er Beiträge zur Ausgestaltung der weiteren Planungen liefern - also als Gestaltungsdiskurs fungieren - könnte, hat der Runde Tisch nicht erfüllen können.

## **7.2 Empfehlungen für die Prozessgestaltung künftiger Runder Tische**

Die Prozessgestaltung des Runden Tisches wurde im Hinblick auf kritische Punkte für die Entwicklung von Vertrauen in das diskursive Verfahren und in die Prozessgestaltung unter die Lupe genommen. Unter Bezugnahme auf die im Kap. 5.5 herausgearbeiteten kritischen Punkte werden im folgenden Hinweise und Anregungen für die Prozessgestaltung künftiger Runder Tische thesenartig zusammengestellt. Auf

einen Teil dieser Punkte, auf die bei künftigen Runden Tischen besonders geachtet werden sollte, haben die Befragten im Abschluß-Interview ausdrücklich hingewiesen (siehe Tabelle 17 im Anhang). Andere Empfehlungen wurden aus der Erörterung der verschiedenen Aspekte der Prozessgestaltung in den Kapiteln 5 und 6 abgeleitet.

### **Projektinitiierung**

- **Anwendungsfelder:** Ein Runder Tisch kann bei verschiedensten planerischen Aufgaben gewinnbringend eingesetzt werden, bei regionalplanerischen Fragestellungen, Raumordnungsverfahren, Planfeststellungs- und Bauleitplanverfahren, immisions- und naturschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren im Rahmen von Baugenehmigungen; am günstigsten dann, wenn es um definierte Flächen oder konkrete Bauvorhaben geht.
- **Sparsamer Einsatz:** Runde Tische sollten wegen ihres hohen Aufwands sparsam eingesetzt werden, d.h. nur bei komplexen Konfliktsituationen mit mehreren beteiligten Parteien. In Planungssituationen mit abschätzbarem Konfliktpotential, jedoch vor manifesten massiven Konflikten, könnten statt Runder Tische zunächst Informationsveranstaltungen für die Betroffenen oder von Expertengremien angefertigte Machbarkeitsstudien in Betracht gezogen werden.
- **Zeitpunkt:** Ein Runder Tisch sollte möglichst vor dem Einstieg in förmliche Verfahren stattfinden, bevor schriftliche Stellungnahmen von Beteiligten und Trägern öffentlicher Belange abgegeben wurden.
- **Analyse der Ausgangssituation:** Die Ausgangssituation sollte sorgfältig auf die Kompromissmöglichkeiten und den Verhandlungsspielraum der Beteiligten geprüft werden, darauf inwieweit die Konfliktbeteiligten ihre Positionen noch ohne Gesichtsverlust revidieren können.

### **Dialogbeginn und Diskursangebot**

- **Kontaktaufnahme der Moderator/inn/en mit den Konfliktbeteiligten:** Um von vornherein als unparteiisch wahrgenommen zu werden, sollten sich die Moderator/inn/en bewusst von allen Konfliktparteien unabhängig positionieren, besonders dann, wenn die Kontaktaufnahme auf Initiative einer Konfliktpartei zustande kam.
- **Reputation der Moderator/inn/en:** Die Möglichkeit, sich über die Institution, bisherige diskursive Projekte und die Biographie der Moderator/inn/en zu informieren, kann den Vertrauensgewinn bei den Konfliktbeteiligten fördern. Das konkrete Erleben der Moderator/inn/en in den Vorgesprächen und deren kongruentes Verhalten kann vertrauenerweckend wirken.
- **Erläuterung der Arbeitsweise des Runden Tisches:** Die Erläuterung der Spielregeln des diskursiven Verfahrens, insbesondere der begrenzte Zeitrahmen und das Ziel der Konsensfindung (statt Mehrheitsentscheidung), kann es den Kon-

fliktbeteiligten erleichterten, sich auf das Verfahren einzulassen. Bei der Erläuterung der Entscheidungsregeln eines Runden Tisches sollte darauf geachtet werden, dass die Option „tolerierter Konsens“ nicht als probate Möglichkeit aufgefasst wird, die eigene Position unverändert beibehalten und dennoch als „gesprächsbereit“ gelten zu können.

- **Zielsetzung und Mandat des Runden Tisches:** Wichtig ist, einen expliziten Konsens der Beteiligten über Zielsetzung, Mandat und angestrebtes Ergebnis des Runden Tisches herzustellen. Dabei kommen folgende Zielrichtungen in Betracht:
  - (A) den Konflikt zwischen den Beteiligten lösen bzw. entschärfen und eine sachliche Gesprächsbasis wiederherstellen (Konfliktmittlungsdiskurs) und/oder
  - (B) alle relevanten Sachargumente zusammentragen als Grundlage für eine anschließend vorzunehmende Abwägung durch die politischen Entscheidungsträger (Reflexionsdiskurs) oder
  - (C) eine Abwägung auf der Basis der Sachargumente vornehmen und als wegweisende Empfehlung an die politischen Entscheidungsträger weitergeben (Gestaltungsdiskurs).

Insbesondere bei Fragestellungen der Regionalplanung sollte genau geklärt werden, auf welcher Planungsebene die Thematik jeweils erörtert wird.

### **Konstituierung des Beratungsgremiums**

- **Teilnehmer-Zusammensetzung:** Je nach Zielsetzung und angestrebtem Ergebnis sollte der Teilnehmerkreis sich aus den unmittelbar am Konflikt Beteiligten zusammensetzen oder es sollten die politischen Entscheidungsträger direkt mit einbezogen werden. In Zweifelsfällen können relevante Personen zeitweise als Experten hinzugezogen werden oder als Beobachter ohne Mitspracherecht am Runden Tisch teilnehmen.
- **Raum und Sitzordnung:** Der Raum sollte ausreichend groß sein. Eine etwaige Sitzordnung der Kontrahenten in Blöcken sollte aufgelockert werden. Für ausreichende Verpflegungsmöglichkeiten sollte gesorgt sein.
- **Gleicher Informationsstand aller Beteiligten:** In der konstituierenden Sitzung sollte für alle Beteiligten der gleiche Informationsstand a) zum Ist-Zustand der Thematik und b) zur Methodik eines Runden Tisches hergestellt werden.

### **Problembearbeitung und Konfliktlösung**

- **Vorstrukturierung:** Als Vorstrukturierung des Diskurses durch die Moderation hat sich bewährt, einen Zeitrahmen, eine begrenzte Zahl von Sitzungen, eine grobe Themenzuordnung zu den einzelnen Sitzungen und die Tagesordnungen der einzelnen Sitzungen vorab festzulegen. Unterlagen zur Vorbereitung einer

Sitzung (Tagesordnung, Protokoll der vorigen Sitzung etc.) sollten den Beteiligten mehrere Tage vor der nächsten Sitzung zugeschickt werden, damit genügend Zeit zur Vorbereitung bleibt.

- **Tagesordnung:** Es hat sich bewährt, die vorab vorgeschlagene Tagesordnung je nach aktuellem Diskussionsverlauf flexibel zu handhaben. Bei zusätzlichem Diskussionsbedarf und/oder um das Ergebnis der Verhandlung abzurunden, sollte ggf. noch eine zusätzliche Sitzung anberaumt werden.
- **Diskussion zur Genehmigung der Protokolle vorangegangener Sitzungen:** Diese Diskussion sollte unbedingt zeitlich begrenzt werden.
- **Diskussionsleitung:** Die faire, neutrale und gut strukturierende Diskussionsleitung des Moderationsteams der Akademie hat sich in der realisierten Form bewährt.
- **Beauftragung von Experten:** Die Auswahl von Gutachtern und die durch sie zu bearbeitende Fragestellung sollte mit allen Beteiligten am Runden Tisch konsensual abgestimmt werden. Um die Akzeptanz der Gutachter sicher zu stellen, sollte auf ihre zweifelsfreie Unabhängigkeit geachtet werden. Beauftragt werden sollten nach Möglichkeit Gutachter von außerhalb der Region, staatliche Institute, wie z.B. die Landesanstalt für Umweltschutz, private unabhängige Gutachter, wenn Behördenvertreter dann solche, die bisher nichts mit der fraglichen Thematik zu tun gehabt haben bzw. im weiteren Verlauf des förmlichen Verfahrens haben werden, z.B. Behördenvertreter aus einem Nachbar-Landkreis.
- **Förderung des gegenseitigen Vertrauens der Konfliktbeteiligten:** Die Moderation könnte das gegenseitige Vertrauen der Konfliktbeteiligten fördern, in dem sie hinwirkt
  - (a) auf die offene Äußerung der jeweiligen Interessen (eine „hidden agenda“ ggf. thematisieren),
  - (b) auf die Konsistenz von Worten und Taten,
  - (c) darauf, dass sich die Konfliktbeteiligten gegenseitig ernstnehmen und die jeweiligen Interessen der anderen Seite akzeptieren,
  - (d) darauf, dass Pauschalurteile gegenüber den Kontrahenten (z.B. wie Politiker eben sind) relativiert und die Einschätzung der Glaubwürdigkeit am konkreten Verhalten der Personen festgemacht werden.

### **Entscheidungsfindung und Verabschiedung der Empfehlung**

- **Erstellung des Abschlussprotokolls:** Bei der Erstellung des Abschlussprotokolls sollte genügend Zeit zur eigenen Stellungnahme aller Beteiligten und zur Diskussion sein. Als Möglichkeit, jeden Beteiligten einer konsensualen Ergebnisfindung zu verpflichten, könnte die persönliche Stellungnahme jedes Beteiligten zur gemeinsamen Empfehlung dem Abschlussdokument hinzugefügt werden.



**Ergebnisvermittlung (an Externe)**

- **Ergebnisvermittlung.** Neben dem schriftlichen Abschlussdokument, das die erarbeiteten Informationsgrundlagen und die Empfehlungen des Runden Tisches enthält, können die Empfehlungen den Adressaten durch Beteiligte des Runden Tisches persönlich übermittelt werden. Dabei besteht dann direkt Gelegenheit, Fragen der Adressaten zu klären.

## 8 Literatur

- Köberle, Sabine, Gloede, Fritz & Hennen, Leonhard (Hrsg.) (1997). *Diskursive Verständigung? Mediation und Partizipation in Technikkontroversen*. Baden-Baden: Nomos.
- Lamnek, Siegfried (1995<sup>3</sup>). *Qualitative Sozialforschung. Band 2: Methoden und Techniken*. 3., korrigierte Auflage. Weinheim: Beltz, PsychologieVerlagsUnion.
- Langer, Kerstin und Renn, Ortwin (in Vorbereitung). *Kooperative Planungsansätze in der interkommunalen Zusammenarbeit – Konfliktschlichtung am Runden Tisch?* Stuttgart: Akademie für Technikfolgenabschätzung, Arbeitsbericht Nr. 116.
- Mayring, Philipp (1985). *Qualitative Inhaltsanalyse*. In: Jüttemann, Gerd. *Qualitative Forschung in der Psychologie. Grundfragen, Verfahrensweisen, Anwendungsfelder*. Weinheim Beltz (S. 187-211).
- Merton, R.K. und Kendall, P. (1984). *Das fokussierte Interview*. In: Hopf, Christel und Weingarten, Elmar (Hrsg.). *Qualitative Sozialforschung*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Oppermann, Bettina (in Vorbereitung). *Die Katalysatorfunktionen partizipativer Planung im Umweltschutz. Kooperative und bürgernahe Projekte als neue Instrumente einer umsetzungsorientierten Umwelt- und Landschaftsplanung*. Stuttgart.
- Regionalverband Neckar-Alb. *Regionalplan 1993*.
- Renn, Ortwin und Levine, Debra (1989). *Trust and Credibility in Risk Communication*. In: Jungermann, H., Kasperson, R.E. & Wiedemann, P. M. (Eds.). *Risk Communication*. Jülich: Forschungszentrum (S. 51- 82).
- Renn, Ortwin & Kastenholz, Hans (1998). *Risikokommunikation in einem Klima allgemeinen Vertrauensverlusts in Institutionen*. In: Preuss, Volker (Hrsg.). *Risikoanalysen. Über den Umgang mit Gesundheits- und Umweltgefahren*. Band 2. Heidelberg: Asanger (S. 257-287).
- Renn, Ortwin, Schrimpf, Monika, Büttner, Thomas, Carius, Rainer, Köberle, Sabine, Oppermann, Bettina, Schneider, Elke & Zöller, Katharina (1999). *Abfallwirtschaft 2005. Bürger planen ein regionales Abfallkonzept. Teil 1: Projektbeschreibung*. Baden-Baden: Nomos.
- Strauss, Anselm L. & Corbin, Juliet (1996). *Grounded Theory: Grundlagen Qualitativer Sozialforschung*. Weinheim: Beltz, Psychologie Verlags Union.
- Wiedemann, Peter M., Femers, Susanne & Hennen, Leonhard (1991). *Bürgerbeteiligung bei entsorgungswirtschaftlichen Vorhaben: Ansätze, Probleme und Verbesserungsmöglichkeiten*. Berlin: Schmidt.

## 9 Anhang

### 9.1 Anfangsinterview – Leitfaden

Einstieg: Informationen über Gesprächsziel, voraussichtliche Dauer, Schweigepflicht

- Wie kam es zu Ihrer Teilnahme am Runden Tisch?
- Was erwarten/erhoffen Sie sich vom Runden Tisch?
- Angenommen, die Gespräche am Runden Tisch verlaufen sehr erfolgreich für Sie, was sollte im Idealfall dabei herauskommen?
- Wenn Ihr Maximalziel nicht erreicht werden könnte, mit welchem Ergebnis könnten Sie auch leben? Was wäre das Minimal-Ergebnis, mit dem Sie auch noch zufrieden wären?
- (Sofern nicht ohnehin klar:) Wer von den anderen TeilnehmerInnen am Runden Tisch unterstützt Ihre Interessen bzw. hat ähnlich gelagerte Interessen wie Sie?
- Wie schätzen Sie momentan die Chancen ein, dass Sie Ihr Idealergebnis am Runden Tisch erreichen können (0% bis 100%)?
- Was könnte im ungünstigsten Fall bei den Gesprächen am Runden Tisch passieren?  
Was könnte Sie zum Ausstieg veranlassen?
- Wie passt Ihre Teilnahme am Runden Tisch zu Ihrer Funktion/Rolle als .... (z.B. Bürgermeister von ...; Funktion im Gremium ...)? Inwiefern kann der Runde Tisch Ihre Tätigkeit erleichtern? Inwiefern erschweren?
- Welchen Einfluss wird der Runde Tisch nach Ihrer Einschätzung haben auf
  - den nachfolgenden Entscheidungsprozeß?
  - die interkommunale Abstimmung?
- Welche nachfolgenden Planungs- und Entscheidungsschritte können durch den Runden Tisch erleichtert bzw. besser vorbereitet werden?
- Welche Wirkungen wird der Runden Tisch wahrscheinlich in der Öffentlichkeit haben? Während den Verhandlungen? Nach Abschluss der Verhandlungen? Welche Wirkungen hätte ein Abbruch des Runden Tisch?
- Was ist aus Ihrer Sicht wichtig für einen erfolgreichen Verlauf des Runden Tisches?

Dank für die Mitarbeit

## 9.2 Abschlussinterview – Leitfaden (1)

Einstieg: Informationen über Gesprächsziel, voraussichtliche Dauer, Schweigepflicht

### Zufriedenheit mit dem Runden Tisch insgesamt

- Wie zufrieden sind Sie
  - a) mit dem Ergebnis
  - b) mit dem Verlauf des Runden Tisches?
  - c) mit der GesprächsatmosphäreJeweils Bitte um Erläuterung / Begründung.
- Welche Ihrer anfänglichen Erwartungen (ggf. aus dem Anfangsinterview zitieren) sind erfüllt worden? Welche nicht?

### Beurteilung der Prozessgestaltung

- Wie beurteilen Sie im Rückblick die Teilnehmer-Zusammensetzung des Runden Tisches? Ggf.: Wer fehlte? Wessen Teilnahme hat sich nicht bewährt?
- Wie beurteilen Sie jetzt im Rückblick den Zeitpunkt des Runden Tisches im Verlauf der öffentlichen Diskussion und des gesamten Entscheidungsprozesses (genau richtig, zu früh, zu spät)?
- War eine sachkundige Empfehlung möglich? Wenn ja: Was hat dazu beigetragen? Wenn nein: Wodurch wurde eine sachkundige Empfehlung verhindert?
- War die Zeit ausreichend bemessen? Wenn nein: Wofür hätten Sie gern mehr Zeit gehabt?
- Inwieweit waren die Expertenbefragungen ausreichend? Wenn nein: Welche Experten hätten Sie außerdem noch gern befragt?
- Inwieweit waren die Informationen ausreichend? Wenn nein: Welche Informationen hätten Sie gern noch eingeholt?
- Inwiefern waren die Informationen ausgewogen? Wenn nein: Was hätten Sie sich anders gewünscht?
- Inwieweit beurteilen Sie die Diskussion am Runden Tisch als fair und ausgewogen? Wenn unfair: Inwiefern?
- Inwieweit konnten Sie bei der vorgeschlagenen Tagesordnung der einzelnen Sitzungen die Punkte ergänzen, die Ihnen zusätzlich wichtig waren?
- Wie haben Sie die Einflussnahme des Akademieteams auf den Diskussionsverlauf erlebt?
- Wie haben Sie die Strukturierung der Sitzungen seitens des Akademieteams erlebt?
- Inwieweit haben Sie das Akademieteam als fair und neutral erlebt? Wo nicht?

## **Abschlussinterview – Leitfaden (2)**

### **Wahrgenommene Anschlussfähigkeit des Runden Tisches an bestehende - Gremien und Entscheidungsprozesse**

- Welche Auswirkungen haben Verlauf und Ergebnisse des Runden Tisches für Ihre weitere Arbeit?
- Wie passt Ihre Teilnahme am Runden Tisch rückblickend zu Ihrer Funktion/Rolle als .... (z.B. Bürgermeister von ...; Funktion im Gremium ...)? Wie haben Sie die Teilnahme am Runden Tisch mit Bezug zu Ihren Gremien /Ihrer Initiative bewerkstelligt (z.B. Mandat, Rückbindung der Ergebnisse)? Inwiefern hat Ihre Mitarbeit am Runden Tisch Ihre Tätigkeit erleichtert? Inwiefern erschwert?
- Wie kompatibel ist nach Ihren jetzigen Erfahrungen der Runden Tisch mit anderen Entscheidungsgremien und –prozessen (Verbandsversammlung, Gemeinderat, Bürgerinitiativen, verwaltungsrechtliche Genehmigungsverfahren)?
- Welche nachfolgenden Planungs- und Entscheidungsschritte können durch den Runden Tisch erleichtert bzw. besser vorbereitet werden?
- Bei welchen Problemen, die Sie aus Ihrem Arbeitsgebiet kennen, wäre ein Runder Tisch gut einsetzbar?

### **Auswirkungen des Runden Tisches**

- Welchen Einfluss wird die Empfehlung des Runden Tisches voraussichtlich auf den Beschluss der Verbandsversammlung haben?
- Welchen Einfluss hatte die Empfehlung des Runden Tisches auf die interkommunale Abstimmung?
- Welche Wirkungen haben Stattfinden und die Empfehlungen des Runden Tisches aus Ihrer Sicht in der Öffentlichkeit?

### **Vertrauen / Misstrauen**

- Hat Vertrauen bzw. Misstrauen gegenüber anderen Beteiligten für Sie bei der Arbeit am Runden Tisch eine Rolle gespielt? (Was verstehen Sie unter Vertrauen in diesem Zusammenhang?)
- Inwieweit war das Akademieteam für Sie vertrauenswürdig / glaubwürdig?
- Wie war Ihre Einschätzung gegenüber den verschiedenen Beteiligten?
- Hat sich diese Einschätzung im Laufe der Zeit verändert? Wodurch? Wendepunkte?

### **Zusammenfassende Betrachtung**

- Insgesamt betrachtet: Was sollte künftig bei Runden Tischen in ähnlichen Situationen beibehalten werden? Was sollte künftig anders gemacht werden?

### 9.3 Tabelle: Empfehlungen zur Prozessgestaltung künftiger Runder Tische

Empfehlungen zur Prozessgestaltung künftiger Runder Tische	Summe <sup>22</sup> der Befragten	Befragte im einzelnen						
		Regio- ver- band	Vertreter Kommun- en	Bürgerini- tiative u. Ortschaft srat Sick	Natur- schutz	RP	Land- rats- ämter	Amt f. LLB
<b>Sparsam einsetzen:</b> beschränken auf bedeutende und komplexe Konfliktsituationen	4		2				2	
<b>Zeitpunkt</b>								
‣ Möglichst vor dem Einstieg in förmliche Verfahren, bevor schriftliche Stellungnahmen abgegeben wurden, solange die Beteiligten ihre Positionen noch ohne Gesichtsverlust revidieren können	9	1	4		2	1	1	
‣ Bei konkreten Planungen, etwa bei der Bauleitplanung oder bei konkreten Bauvorhaben	3	1	1		1			
<b>Ausgangssituation prüfen</b>								
‣ Ausgangssituation sorgfältig auf Kompromißfähigkeit/ Verhandlungsspielraum der Konfliktbeteiligten prüfen	6	1		2	2	1		
‣ Selbstverpflichtung der Teilnehmer, ihre bisherige Position zu hinterfragen				1				
‣ Runder Tisch kann auch bei scheinbar unverrückbaren Positionen was bringen, um durch die umfassende Bearbeitung der verfügbaren Informationen der Sache gerechter zu werden, um Überzeugungsarbeit zu leisten und Vertrauen zu wecken → Klare Zieldefinition wichtig	2			1	1			
<b>Mandat und Zielsetzung des Runden Tisches genau klären</b>	5	2	1	1		1		
<b>Teilnehmer-Zusammensetzung</b>								
‣ Kontinuierliche Teilnehmer: je nach Zielsetzung des Runden Tisches; Experten punktuell hinzuziehen	2		2					
‣ Träger öffentlicher Belange als Experten zuziehen, nicht als kontinuierliche Teilnehmer			1					
‣ Paritätische Anzahl von Vertretern der Konfliktparteien anstreben	2		2					
<b>Raum und Sitzordnung</b>								
‣ Genügend großer Raum	3	1					1	1
‣ Blockweise Sitzordnung der Kontrahenten auflockern	2	1					1	
‣ Bessere Verpflegungsmöglichkeiten	2			1				1
<b>Zeitliche Gestaltung</b>								
‣ Vorgegebene Sitzungszahl, damit jeder sich darauf einstellen kann und sich auf nötige Äußerungen beschränkt	1		1					
‣ Mehr Zeit (als 2 Wochen) zwischen den Sitzungen	1				1			
‣ Sitzungstermine am Abend statt am Spätnachmittag (für Berufstätige leichter)				1				
‣ Diskussion zur Abstimmung der Protokolle vorangegangener Sitzungen zeitlich begrenzen	6	1	3	1			1	
‣ Veranschlagte Zeit pro Sitzung besser einhalten	2		1					1
‣ Mehr Zeit für die Diskussion der Experten-Gutachten	2			1				1
‣ Gegebenenfalls noch 1-2 Sitzungen dran hängen, um offene Fragen zu klären und das Ergebnis abzurunden	7	1	1	2	1	1		1

<sup>22</sup>Die Befragten erörterten meist mehrere Aspekte, notiert wurden die Einzeläußerungen.

Empfehlungen zur Prozessgestaltung künftiger Runder Tische (Fortsetzung)	Summe der Befrag- ten	Befragte im einzelnen						
		Regio- ver- band	Vertreter Kommun- nen	Bürgerini- tiative u. Ortschaft- srat Sikk	Natur- schutz	RP	Land- rats- ämter	Amt f. LLB
<b>Informationsbeschaffung</b>								
‣ Auf Unabhängigkeit der beauftragten Gutachter besonderen Wert legen	7		2	4	1			
‣ Informationen in Absprache aller Beteiligten beschaffen: Konsens über zu beauftragende Gutachter und zu bearbeitende Fragestellung herstellen	2			1	1			
<b>Diskurs-Organisation und -Moderation</b>								
‣ unabhängige, neutrale Moderation	2			1				1
‣ Themen vorstrukturieren und einzelnen Sitzungen zuordnen	1		1					
‣ zu Beginn (erste Sitzung) gleichen Informationsstand aller Beteiligten a) zum Ist-Zustand der Thematik und b) zur Methodik eines Runden Tisches herstellen	1					1		
‣ Unterlagen zur Vorbereitung einer Sitzung (Tagesordnung, Protokoll der vorigen Sitzung etc.) mehrere Tage vor der nächsten Sitzung zuschicken	1							1
‣ Bei der Diskussion sorgfältig zwischen Sachverhalten und Bewertungen trennen	1	1						
<b>Verabschieden der Empfehlung</b>								
‣ Genügend Zeit für Erstellung und Abstimmung des Abschlussdokumentes	3		2					1
‣ Am Ende des Runden Tisches sollen alle Teilnehmer, auch das Moderationsteam, ihr persönliches Fazit der Verhandlungen ziehen, das auch ins Abschlussdokument aufgenommen wird	3			3				
<b>Ergebnis-Vermittlung</b>								
‣ Entscheidungsträgern die Empfehlung des Runden Tisches persönlich vermitteln und ihnen Gelegenheit für Rückfragen geben	1							1

Tabelle 17: Empfehlungen zur Prozessgestaltung künftiger Runder Tische